

**Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen  
- Abteilung Köln -  
Fachbereich Sozialwesen**

**Bachelorthesis im Studiengang Soziale Arbeit**

**Soziale Arbeit und Polizei im Flüchtlingsbereich**

**Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit am Beispiel einer  
Noterstaufnahmeeinrichtung des Landes Niedersachsen**

Vorgelegt von: Stefanie Pipiale

Matrikelnr.: 510175

Am: 31. Mai 2016

Erstleser: Prof. Dr. Josef Freise

Zweitleser: Prof. Dr. Werner Schöning

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Aufnahme von Asylsuchenden in Deutschland.....</b>	<b>3</b>
2.1. Unterbringung im Rahmen des Asylverfahrens .....	3
2.2. Aufbau und Aufgaben einer Erstaufnahmeeinrichtung .....	7
2.3. Aktuelle Situation der Erstaufnahmeeinrichtungen im Land Niedersachsen .....	9
2.4. Zielgruppe der Erstaufnahmeeinrichtungen.....	13
<b>3. Polizeiarbeit im Kontext von Asyl.....</b>	<b>16</b>
3.1. Entwicklung des Polizeibegriffs .....	16
3.2. Grundsätze der Polizeiarbeit in Deutschland.....	18
3.3. Kontrast zwischen Selbst- und Fremdbild .....	20
3.4. Aufgaben in Bezug auf die Aufnahme von Asylsuchenden .....	23
<b>4. Die Rolle Sozialer Arbeit bei der Aufnahme von Asylsuchenden.....</b>	<b>27</b>
4.1. Zum Selbstbild der Sozialen Arbeit .....	27
4.2. Das Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Polizei .....	30
4.3. Aufgaben von Sozialer Arbeit bei der Erstaufnahme von Asylsuchenden .....	34
4.4. Notwendige Qualifikationen für die Arbeit in Aufnahmeeinrichtungen.....	38
<b>5. Empirischer Zugang: Ein Beispiel der Zusammenarbeit in einer Noterstaufnahmeeinrichtung .....</b>	<b>42</b>
5.1. Struktur und Akteure .....	42
5.2. Methodik der empirischen Untersuchung .....	44
5.3. Darstellung der Ergebnisse .....	47
5.4. Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit im Flüchtlingsbereich .....	55
<b>6. Resümee.....</b>	<b>60</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>62</b>
<b>Ehrenwörtliche Erklärung.....</b>	<b>71</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>72</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>73</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>74</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>75</b>

## 1. Einleitung

*„Die weltweiten Flucht- und Wanderungsbewegungen sind weder umkehrbar, noch unterliegen sie großen Möglichkeiten der politischen Steuerung.“ (Nuscheler 1995, S. 268)*

Immer wieder versuchen Politiker Fluchtursachen zu bekämpfen und Fluchtbewegungen zu reduzieren. Doch das Eingangszitat verdeutlicht, dass auch nach 20 Jahren politischer Anstrengung noch kein wirksamer Weg gefunden wurde, um die scheinbar in der Natur des Menschen liegenden Migrationsbewegungen einzudämmen. Demnach muss man damit beginnen, diese zu akzeptieren. Es gilt Strukturen zu schaffen, die den Menschen im Falle einer Flucht auf eine menschenwürdige Art und Weise Schutz bieten.

Seit einigen Jahren steigen auch in Deutschland die Zahlen ankommender Asylsuchender aufgrund von Krisen und Konflikten in der globalisierten Welt (vgl. Telöken 2011, S. 51f). Es stellt sich daher innerhalb der Bundesrepublik die Frage, wie Strukturen und Kapazitäten zur Aufnahme der ankommenden Schutzsuchenden geschaffen werden können. Deutschland sieht sich aufgrund seiner Historie und völkerrechtlichen Übereinkommen besonders dazu verpflichtet, Schutzsuchenden ein Recht auf Asyl zu bieten (vgl. Tiedemann 2015, S. 9). Im Jahr 2015 wurden durch Überforderung der innerdeutschen Behörden und einer Überlastung der vorhandenen Strukturen im Rahmen des Asylverfahrens bestehende Missstände in den Unterbringungen der Länder und Kommunen deutlich. Im Zentrum der Kritik standen immer wieder Erstaufnahmeeinrichtungen oder provisorisch eingerichtete Notunterkünfte. Die Unzufriedenheit der Aufgenommenen führte zu Konflikten innerhalb der Einrichtungen, die häufig große Polizeieinsätze verlangten und die Bevölkerung beunruhigten. Auch Mitarbeitende in den Unterbringungen stießen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit (vgl. NDR 2015).

Dass dies nicht der Standard sein muss, zeigte im Herbst 2015 eine niedersächsische Noterstaufnahmeeinrichtung. Innerhalb kürzester Zeit wurden Strukturen für die Unterbringung von 2.000 Schutzsuchenden aufgebaut. In einer ehemaligen Kaserne entstand eine Unterkunft, die weitgehend konfliktfrei betrieben werden konnte. Von der Landesaufnahmebehörde wurde der DRK als Betreiber beauftragt, der in enger Zusammenarbeit mit der Polizeibehörde des Landkreises ein präventiv orientiertes Konzept entwickelte. Auf dem Gelände der Unterkunft wurde eine Polizeiwache installiert, deren Belegschaft den Auftrag hatte die Organisation und den Alltag vor Ort aktiv mitzugestalten (DRK Landesverband Niedersachsen e.V. 2015).

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich daher mit der Untersuchung möglicher Synergien im Flüchtlingsbereich, die durch eine Zusammenarbeit der Professionen Sozialer Arbeit und Polizei entstehen können. Denn lange Zeit herrschte eine konfliktbeladene Beziehung zwischen

den Akteuren (vgl. Möller 2010a, S. 9f). Inwiefern sich durch die Flüchtlingsarbeit nun Veränderungen und Chancen ergeben, wird anhand der Fragestellung nach den Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit von Sozialer Arbeit und Polizei im Flüchtlingsbereich untersucht.

Um diesen Aspekt zu untersuchen, sollen in einem ersten Kapitel die grundlegenden Rahmenbedingungen zur Aufnahme von Asylsuchenden in Deutschland dargestellt werden. Außerdem sollen Erstaufnahmeeinrichtungen sowie ihre Adressatinnen und Adressaten vorgestellt werden. Da die Aufnahme von Asylsuchenden den jeweiligen Ländern obliegt, werden im Rahmen dieser Abhandlung nicht alle Bundesländer berücksichtigt. Eine tiefergehende Betrachtung der Situation im Land Niedersachsen findet statt, da dies für die spätere empirische Untersuchung relevant ist. Anschließend werden die Professionen Polizei und Soziale Arbeit einander gegenübergestellt. Rollenbilder und Grundsätze ihrer Arbeit werden präsentiert, um so ein Fundament für eine Bewertung ihrer Zusammenarbeit im Flüchtlingsbereich zu bilden. Inwiefern bereits Berührungspunkte zwischen den Professionen vorliegen, bedarf einer theoretischen Auseinandersetzung. Im letzten Teil der Arbeit soll ein empirischer Zugang zur Kooperation von Sozialer Arbeit und Polizei im Flüchtlingsbereich stattfinden. Im Rahmen einer explorativen Vorstudie am Beispiel des Konzepts der niedersächsischen Noterstaufnahmeeinrichtung werden erste Ansätze zur Beantwortung der Fragestellung entwickelt.

Ziel der Arbeit ist es, durch die Untersuchung der Forschungsfrage erste Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit im Flüchtlingsbereich zu erarbeiten, Anregungen für mögliche Kooperationsfelder zu liefern sowie Impulse für Qualitätsverbesserung bei der Aufnahme von Asylsuchenden zu geben.

## **2. Aufnahme von Asylsuchenden in Deutschland**

Das vorliegende Kapitel befasst sich mit der Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland Schutz suchen. Das Kapitel verfolgt das Ziel, eine Grundlage für die Untersuchung einer möglichen Zusammenarbeit von Sozialer Arbeit und Polizei im Flüchtlingsbereich zu schaffen. Hierfür werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen, der Ort der Begegnung und die dort lebenden Menschen charakterisiert. Somit sollen die Arbeitsbedingungen und damit einhergehende Herausforderungen für sowohl die Professionen als auch die Zielgruppe sichtbar werden.

Der Kapitelabschnitt 2.1 soll zunächst Klarheit über die Vielzahl an Bezeichnungen und Begriffen zur Benennung der Zielgruppe bringen, die in Medien und Alltagssprache verwendet werden. Zur Einordnung der Pflichten von Bund und Ländern bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen bedarf es eines Umrisses asylrechtlicher Grundlagen und des deutschen Asylverfahrens. In Abschnitt 2.2 werden durch eine Betrachtung der Ausgestaltung in verschiedenen Bundesländern die Schwerpunkte der Aufgaben von Erstaufnahmeeinrichtungen ermittelt. Welchen speziellen Anforderungen die Erstaufnahme im Land Niedersachsen unterliegt, wird in Abschnitt 2.3 vorgestellt. Durch eine Skizzierung der erforderlichen Kapazitäten soll der Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten veranschaulicht werden. Die Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden werden ausdifferenziert, um die Voraussetzungen für einen Perspektivwechsel zu schaffen, der unter 2.4, dem letzten Abschnitt des Kapitels, stattfinden soll. Dieser geht auf die psychosoziale Situation der Zielgruppe ein und verdeutlicht, welche Herausforderungen ihren Alltag prägen.

### **2.1. Unterbringung im Rahmen des Asylverfahrens**

Der erste Abschnitt setzt sich mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Aufnahme von geflüchteten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland auseinander. Ebenfalls wird eine Einordnung der Unterbringungsfrage in das Asylverfahren vorgenommen. Somit soll eine Grundlage für das Verständnis und die Verwendung relevanter Begrifflichkeiten und gesetzlichen Regelungen in dieser Arbeit geschaffen werden. Dies bildet den Ausgangspunkt für den gewählten Schwerpunkt, der auf der Ausgestaltung der gesetzlichen Vorschriften in der Praxis liegt.

In der Alltagssprache werden die Begriffe Asylsuchende beziehungsweise Asylsuchender, Asylbewerberin beziehungsweise Asylbewerberin, Asylberechtigte beziehungsweise Asylberechtigter oder Flüchtling als gleichbedeutend verwendet, wobei diese rechtlich gesehen verschiedene Statusformen im Asylverfahren bezeichnen. Da diese Statusformen einen großen Einfluss auf den rechtlichen Anspruch der Unterbringung im Rahmen des Asylverfahrens haben, soll zunächst eine Abgrenzung der verschiedenen Termini erfolgen. Es werden jedoch

nur für die Unterbringung relevante Aspekte beleuchtet, weshalb an dieser Stelle keine vollständige Differenzierung der verschiedenen Aufenthaltsstatusformen vorgenommen wird.

Menschen, die wegen tatsächlicher oder drohender Menschenrechtsverletzungen gezwungen sind aus ihrer Heimat zu fliehen und in Deutschland Schutz suchen, bezeichnet man als *Asylsuchende* (vgl. Bundesregierung 2016a). Asylsuchende müssen ihr sogenanntes Asylbegehren<sup>1</sup> bei einer deutschen Behörde, beispielsweise der Polizei, vortragen, bevor der eigentliche Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt werden kann. Erst dann erhalten sie den Status einer *Asylbewerberin* beziehungsweise eines *Asylbewerbers* (vgl. Kalkmann 2015, S. 1).

Nach dem Asylverfahren wird entschieden, ob Deutschland der Antragstellerin beziehungsweise dem Antragsteller Schutz gewährt. Im Falle eines positiven Bescheids muss geprüft werden, welche Art des Schutzes gewährt wird. Anhand dieser Differenzierung unterscheidet sich, ob zwischen Flüchtlingen oder Asylberechtigten die Rede ist (vgl. Kalkmann 2015, S. 4). Gemäß der auch von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Genfer Flüchtlingskonvention<sup>2</sup>, kurz GFK, ist ein *Flüchtling* jede Person, die

*„[...] aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will [...]“ (Art. 1A Abs. 2 GFK).*

In der Bundesrepublik Deutschland ist die GFK heute durch §3 Abs. 1 des Asylgesetzes<sup>3</sup> (AsylG) umgesetzt. Demnach wird eine Person als *Flüchtling* anerkannt, wenn sie aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen der in Art. 1A Abs. GFK genannten Gründen Schutz sucht (vgl. Schirilla 2016, S. 27).

Impulsgeber für die GFK waren die Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes und die durch den zweiten Weltkrieg ausgelösten Fluchtbewegungen, welche in Deutschland auf nationaler Ebene eine unmittelbare Folge hatten. Als zentrale ethische Entscheidung führte Deutschland mit Artikel 16 Abs. 2 S. 2 des Grundgesetzes (GG) 1949 ein eigenes Asylrecht ein, welches politisch Verfolgten Asyl zusicherte (vgl. Tiedemann 2015, S. 9). Eine *Asylberechtigte* oder ein *Asylberechtigter* ist also, wer aufgrund seiner politischen oder religiösen Überzeugung oder seines durch unverfügbare Merkmale geprägtes Anderssein durch seinen Heimatstaat beziehungsweise eine dem Heimatstaat zuzurechnende, nichtstaatliche Instanz verfolgt wird (vgl.

---

<sup>1</sup> Häufig auch Asylgesuch.

<sup>2</sup> Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559, 560).

<sup>3</sup> Früher: Asylverfahrensgesetz (AsylVfG).

BAMF 2016a). Vor dem Hintergrund stark gestiegener Asylbewerberzahlen in den 1980er Jahren führten Gesetzesverschärfungen zu einer Änderung: 1993 wurde §16a Abs. 1 eingeführt, welcher den Asylanspruch durch die sogenannte „Sichere-Drittstaaten-Regelung“ und somit für alle nicht auf dem Luftweg Eingereiste einschränkte (vgl. Tiedemann 2015, S. 12). Aufgrund der geografischen Lage Deutschlands, den jeweiligen Zugangskriterien und mittlerweile identischer Rechtsfolgen beider Statusformen (vgl. Tiedemann 2015, S. 68) ist der Flüchtlingsstatus im Sinne der GFK einflussreicher geworden als eine Asylberechtigung nach dem GG (vgl. Tiedemann 2015, S. 13).

Für die vorliegende Arbeit sind vor allem die Gruppe der Asylsuchenden sowie Asylbewerberinnen beziehungsweise Asylbewerber von hoher Relevanz, da ihre Unterbringung gesetzlich verankert ist, wie im Folgenden belegt wird.

Im Rahmen der seit 1997 fortlaufenden Bemühungen seitens der Europäischen Union<sup>4</sup> (EU) zur Harmonisierung des Asylrechts aller Mitgliedsstaaten werden Richtlinien zur Auslegung der GFK entworfen (vgl. Tiedemann 2015, S. 12f). Im Kontrast zu Verordnungen der EU wirken Richtlinien jedoch nicht unmittelbar für und gegen individuelle Rechtspersonen. Die Formen und Mittel der Umsetzung<sup>5</sup> obliegen den jeweiligen Mitgliedsstaaten (vgl. Tiedemann 2015, S. 30f). Die sogenannte EU-Aufnahmerichtlinie<sup>6</sup> erweist sich bezüglich Fragen der Unterbringung und Versorgung als richtungsweisend, auch wenn sie von einigen Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, auf nationaler Ebene nicht fristgerecht und vollständig umgesetzt wurde (vgl. Reuters 2015). Sie erteilt den Mitgliedsstaaten das Recht, über den Aufenthaltsort während des Asylverfahrens zu bestimmen, um so eine zügige Bearbeitung und Überwachung des Asylantrags zu gewährleisten. Ebenfalls dürfen materielle Leistungen an den Verbleib am festgelegten Aufenthaltsort geknüpft werden (vgl. Art. 7 RL 2013/33/EU).

Auf nationaler Ebene wird die Unterbringung von Asylsuchenden sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Asylgesetz (AsylG), dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und dem Asylbewerberleistungsgesetz geregelt (AsylbLG) (vgl. Wendel 2014, S. 8).

Mit Vorbringung des Asylgesuchs einer Person vor einer Behörde wird von dieser eine verpflichtende Weiterleitung zur Gewährung von vorübergehendem Schutz an eine Aufnahmeeinrichtung eines Landes veranlasst (§24 Abs. 3 AufenthG/§20 Abs. 1 AsylG). Die Verteilung auf die verschiedenen Bundesländer richtet sich dabei nach einem Schlüssel, der sich aus

---

<sup>4</sup> 1997 noch die Europäische Gemeinschaft (EG).

<sup>5</sup> Eine Unterlassung dieser Umsetzung in nationales Recht innerhalb der zeitlichen Zielvorgabe verletzt das Unionsrecht.

<sup>6</sup> Richtlinie 2013/33/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen.

den Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl des vorausgegangenen Kalenderjahres errechnet und als Königsteiner Schlüssel bezeichnet wird (§45 Abs. 1 AsylG).<sup>7</sup> Bei der Zuteilung werden ebenfalls die Bearbeitungsmöglichkeiten für Anträge aus bestimmten Herkunftsländern sowie die Wahrung der Einheit der Kernfamilie berücksichtigt (vgl. Wendel 2014, S. 8). Nach §44 Abs. 1 AsylG sind die einzelnen Länder dazu verpflichtet,

*„[...] für die Unterbringung Asylbegehrender die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten sowie entsprechend ihrer Aufnahmequote die im Hinblick auf den monatlichen Zugang Asylbegehrender in den Aufnahmeeinrichtungen notwendige Zahl von Unterbringungsplätzen bereitzustellen.“<sup>8</sup> (§44 Abs. 1 AsylG)*

Mit „Aufnahmeeinrichtung“ ist in der Regel eine Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) gemeint, in der sich ebenfalls eine Außenstelle des BAMF befindet, welche das Asylverfahren durchführt (vgl. Wendel 2014, S. 8). Nach §3 des Aufnahmegesetzes des Landes Niedersachsen (AufnG NI) besteht beispielsweise neben Aufnahmeeinrichtungen und angegliederten Gemeinschaftsunterkünften ebenfalls die Möglichkeit, Asylsuchende in „sonstigen Unterbringungseinrichtungen“ wie Noterstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen (vgl. §3 AufnG NI). Größe, Beschaffenheit, Ausstattung oder Personaleinsatz sind nicht durch das Asylgesetz festgelegt (vgl. Wendel 2014, S.10).

Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind in der Regel dazu verpflichtet, mindestens sechs Wochen, längstens jedoch sechs Monate, in der Aufnahmeeinrichtung zu wohnen (vgl. §47 Abs. 1 AsylG). Dabei erhalten sie während ihres Aufenthalts als Leistungsberechtigte nach §1 AsylbLG Grundleistungen zur Deckung der Bedarfe des täglichen Lebens in Form von Sach- oder Geldleistungen (vgl. §3 AsylbLG). Die Verpflichtung, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, endet vor Ablauf der sechs Monate durch eine Umverteilung in eine Gemeinschaftsunterkunft in einer Kommune (vgl. §1 Abs. 2 AufnG NI), durch eine Asylberechtigung, durch eine Anerkennung des Flüchtlingsstatus oder, wenn durch Eheschließung ein Anrecht auf einen Aufenthaltstitel besteht (vgl. §48 AsylG).

Im folgenden Abschnitt wird die Komplexität der asylrechtlichen Grundlagen verdeutlicht, denen im Flüchtlingsbereich arbeitende Professionen unterliegen. Es existiert eine Vielzahl an Bezeichnungen für die verschiedenen Statusformen des Asylverfahrens, deren gründliche Differenzierung für ein Verständnis der Rechte und Pflichten beteiligter Akteure notwendig ist.

Die Unterbringung stellt neben der Bearbeitung der eingehenden Asylanträge die größte Herausforderung für die Arbeit im Flüchtlingsbereich dar. Daher wird im weiteren Verlauf dieser

---

<sup>7</sup> Das Land Niedersachsen nimmt 2016 demnach 9,32104% der Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf (vgl. BAMF 2016b).

<sup>8</sup> Der Begriff der Asylbegehrenden in diesem Zitat entspricht dem bereits erläuterten Begriff der Asylsuchenden.



Arbeit die Unterbringung von Asylsuchenden sowie Asylbewerberinnen beziehungsweise Asylbewerbern aufgegriffen, um die Zusammenarbeit von Akteuren im Bereich der Sozialen Arbeit und der Polizei zu untersuchen. Dies wird anhand der Unterbringungsform von Aufnahmeeinrichtungen des Landes stattfinden. Das Um die Übersichtlichkeit zu wahren, wird auf kommunale Unterbringungsformen oder besondere Umstände, wie beispielsweise das Flughafenverfahren, nicht weiterführend eingegangen.

Nach dieser rechtlichen Einordnung soll im folgenden Abschnitt eine Darstellung der praktischen Umsetzung der beschriebenen Rechtsnormen stattfinden: Erst in der praktischen Ausgestaltung der gesetzlichen Vorgaben ergeben sich Einblicke in mögliche Bereiche einer Zusammenarbeit von Sozialer Arbeit und Polizei, welche im Rahmen dieser Arbeit untersucht werden soll.

## **2.2. Aufbau und Aufgaben einer Erstaufnahmeeinrichtung**

Inhalt dieses Abschnitts wird die Beschreibung der Unterbringungsform der Erstaufnahmeeinrichtung sein. Üblicher Aufbau und die reguläre Aufgaben werden skizziert, nicht behandelt wird jedoch die organisatorische Struktur der Verwaltungen von Landesaufnahmebehörde und Erstaufnahmeeinrichtung.

Aufgrund der sich im Moment rasch wandelnden Situation kann die bestehende Fachliteratur allein kein aktuelles und ausdifferenziertes Bild über die Flüchtlingsunterbringung gegeben werden. Die Ursache hierfür ist, dass die internationale Forschung zu Flucht, Zwangsmigration und Asyl sich laut dem „Netzwerk Flüchtlingsforschung“ in den letzten Jahren überhaupt erst etabliert hat. Erst im Juni 2013 gegründet, versucht das Netzwerk die Relevanz einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu betonen (vgl. Kleist 2016a). Seit April 2015 versucht das daraus hervorgehende, assoziierte Netzwerk „Grundlagen der Flüchtlingsforschung“, eine bislang vernachlässigte Grundlagenforschung nachzuholen (vgl. Kleist 2016b). Dies macht deutlich, dass in Deutschland bisher kaum eine wissenschaftliche Debatte über Begriffe, Konzepte und Theorien geführt wurde, daher stützte sich die begriffliche Differenzierung in Abschnitt 2.1 auch hauptsächlich auf gesetzliche Definitionen. Des Weiteren wird die (inter-)disziplinäre Abstimmung durch die geringe Anzahl an forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und die damit einhergehende Isolierung bisher eingeschränkt (vgl. Kleist 2016a). Um eine Übersicht über Strukturen und Aufgaben der Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland zu bekommen, wird deshalb auf Positionspapiere von Experten, Internetauftritte von Bund und Ländern sowie der zuständigen Behörden zurückgegriffen. Hinzu kommt, dass diese spezielle Form der Unterbringung im Rahmen der sich noch am Anfang befindenden Flüchtlingsforschung, insbesondere im Bereich der Sozialen Arbeit, bislang keine wesentliche Beachtung fand.

Die Regierung von Niederbayern führt in einem Informationspapier zu einer Erstaufnahmeeinrichtung in Deggendorf an, dass dort ankommende Asylbegehrende nach der Überprüfung der Zuständigkeit der Erstaufnahmeeinrichtung zunächst dort aufgenommen und registriert werden. Die Besonderheit von Erstaufnahmeeinrichtungen liegt darin, dass neben Trägern der Sozialen Arbeit auch verschiedene Behörden am Aufnahmeverfahren beteiligt sind und zwecks eines reibungslosen Ablaufs Außenstellen direkt auf dem Gelände selbst oder in unmittelbarer Umgebung lokalisiert sind. Dazu zählen neben der Landesaufnahmebehörde und einer Außenstelle des BAMF außerdem das Gesundheitsamt, das Sozialamt, die Ausländerbehörde sowie die Polizeibehörde (vgl. Regierung von Niederbayern 2014).

Das Land Schleswig-Holstein beschreibt in einer Stellungnahme zur Organisation von Erstaufnahmeeinrichtungen die zentralen Aufgaben: Hierzu zählen zunächst die verschiedenen Schritte des Asylverfahrens wie Registrierung, Datenerfassung und Antragsstellung, die im Aufgabengebiet des BAMF liegen. Um dabei einen reibungslosen Ablauf bis zur Weiterverteilung der Zielgruppe in die Kommunen oder den Bescheid über Ausgang des Asylverfahrens zu gewährleisten, gehören die Unterbringung und Verpflegung, eine medizinische Erstversorgung sowie soziale Beratung zu weiteren wesentlichen Aufgaben der Einrichtung. Durch die Polizeidienststelle und den Wachdienst soll die Sicherheit vor Ort gewährleistet werden (vgl. o.V. 2015).

Zudem werden laut dem Internetauftritt des Landes Niedersachsen in den Erstaufnahmeeinrichtungen die Grundleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz als Sachleistungen bereitgestellt. Dazu gehören Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter sowie Heizung und Unterkunft. Leistungen zur Deckung persönlicher Bedürfnisse sollen ebenfalls in Sachleistungen bereitgestellt werden. Sobald der Verwaltungsaufwand dafür nicht länger tragbar ist, können diese in Form von einem Taschengeld gewährt werden (vgl. Land Niedersachsen 2016a).

Die bayerische Projektgruppe Asyl<sup>9</sup> betont in ihrem Konzept für eine neue Erstaufnahmeeinrichtung in Bayern die Bedeutung von Zusatzangeboten wie Sprachförderung, Kinderbetreuung, Förderunterricht für Kinder und Jugendliche, Konfliktmanagement sowie Freizeitaktivitäten, die durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gestaltet und installiert werden sollen. Zur Durchführung der Angebote wird die Unterstützung durch Ehrenamtlichen empfohlen, welche qualifiziert und fortlaufend durch Fachkräfte der Sozialen Arbeit begleitet werden müssen (vgl. PGASYL 2011).

---

<sup>9</sup> Gruppe von Experten aus den verschiedenen Bereichen der Arbeit mit Flüchtlingen (in Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen).

Eine weitere Herausforderung besteht in der Schaffung angemessener, geschützter Unterbringungsmöglichkeiten bei der Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Personen liegen, wie „[...] *Minderjährigen, unbegleiteten Minderjährigen, Behinderten, älteren Menschen, Schwangeren, Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern, Opfern des Menschenhandels, Personen mit schweren körperlichen Erkrankungen, Personen mit psychischen Störungen und Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben*“ (Art. 21 RL 2013/33/EU) (vgl. Art. 22 RL 2013/33/EU).

Durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom Oktober 2015 wird die Antragsbearbeitung in der Erstaufnahmeeinrichtung direkt mit der Vorbereitung der Arbeitsaufnahme verbunden (vgl. Bundesregierung 2015). So richteten das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit (BA) das Projekt „Kompetenzen erkennen - Gut ankommen in Niedersachsen“ ein. Im Rahmen dieses Projektes sollen Qualifikationen und Eignung für den Arbeitsmarkt direkt in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes vor Ort festgestellt werden, um so vorhandene Ressourcen zu erschließen und einen reibungslosen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ebnen (vgl. Schlemmer-Kaune 2015).

Zusammenfassend beschäftigen sich die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes mit der Aufnahme, Registrierung und Erstversorgung der ankommenden Asylbegehrenden. Ein besonderes Augenmerk werde auf die Erfassung von besonders schutzbedürftigen Personen, wie beispielsweise unbegleiteten Minderjährigen, deren Unterbringung speziellen Anforderungen unterliegen solle. Darüber hinaus sollen sie Unterstützung bei der Orientierung im Aufnahme-land leisten und je nach Länge des Aufenthalts bei ersten Integrationsschritten begleiten. Da sie die erste Institution sind mit denen die Asylsuchenden in Kontakt kommen, halten sie eine repräsentative Funktion inne, welche sich auf einen neuen Lebensabschnitt vieler neu ankommender Menschen auswirken kann.

Da die Anzahl der Erstaufnahmeeinrichtungen und vorübergehend in Betrieb genommenen Noterstaufnahmestellen großen Schwankungen unterliegt (vgl. Halstrup 2016) und sich diese Anzahl für die Fragestellung als nebensächlich erweist, wurde auf eine Zusammenstellung aller Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland verzichtet. Für die Untersuchung der Zusammenarbeit von Sozialer Arbeit und Polizei anhand eines Beispiels einer niedersächsischen Noterstaufnahmeeinrichtung ist vor allem die aktuelle Situation im Land Niedersachsen von Bedeutung. Auf diese wird daher im nachstehenden Kapitelabschnitt gesondert eingegangen.

### **2.3. Aktuelle Situation der Erstaufnahmeeinrichtungen im Land Niedersachsen**

Um einen Überblick über die Rahmenbedingungen für die praktische Arbeit in einer (Not-)Erstaufnahmeeinrichtung im Land Niedersachsen zu erlangen, werden in diesem Abschnitt zum

einen die niedersächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen vorgestellt und zum anderen ein knapper Einblick in die Situation im Bundesland gegeben.

In der Bundesrepublik gingen im Jahr 2015 mit 476.649 Asylanträgen 155,3% mehr Anträge ein als noch im Jahr 2014. Im Land Niedersachsen wurden nach dem Verteilungssystem des Königsteiner Schlüssels (vgl. Kap. 2.1) 37.075 Asylanträge registriert. Dies bedeutet einen Zuwachs von 122,2% im Vergleich zum Vorjahr. Auch im Januar 2016 verzeichnete Niedersachsen 165,2% mehr Asylanträge als im Januar 2015 (vgl. Land Niedersachsen 2016c).

Aufgrund der starken Zunahme an Asylsuchenden wurden die Anzahl der Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen erheblich ausgebaut. Die niedersächsische Landesaufnahmebehörde betreibt reguläre Erstaufnahmeeinrichtungen an den Standorten Bramsche (2.485 Plätze), Braunschweig (2.300 Plätze), Friedland (1.040 Plätze), Osnabrück (744 Plätze) und Oldenburg (800 Plätze) (vgl. Tab. 1). Zudem sind durch das Land Notunterkünfte geschaffen worden, die den Erstaufnahmeeinrichtungen zuzuordnen sind. Weiterhin wurden ab Oktober 2015 im Rahmen der Amtshilfe Notunterkünfte in den Kommunen errichtet, welche zum 31.3.2016 wieder eingestellt wurden (vgl. Land Niedersachsen 2016b). Insgesamt stehen dem Land im Jahr 2016 damit bis zu 33.830 nutzbare beziehungsweise abrufbare Plätze zur Verfügung.

Tab. 1: Nutzbare Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Niedersachsen (Stand: 15.04.2016)<sup>10</sup>:

Erstaufnahmeeinrichtung	Nutzbare Plätze
Bramsche	2.485
Braunschweig	2.300
Friedland	1.040
Osnabrück	744
Oldenburg	800
Außenstellen/Notunterkünfte	26.461
<b>Gesamt</b>	<b>33.830</b>

Trotz einer weiterhin steigenden Anzahl von Asylanträgen sinken die Belegungszahlen in den Erstaufnahmeeinrichtungen (vgl. Tab. 2). Dies hängt einerseits mit Veränderungen in der Asylpolitik<sup>11</sup> hinsichtlich der EU-Außengrenzen der Bundesregierung zusammen, die dazu führt, dass weniger Asylsuchende Deutschland tatsächlich erreichen. Andererseits mussten seitens des BAMF erst Kapazitäten geschaffen werden, sodass alle im Laufe des letzten Jahres auf-

<sup>10</sup> Quelle: in Anlehnung an Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2016.

<sup>11</sup> Z.B. die EU-Türkei-Vereinbarung (vgl. Bundesregierung 2016b) oder die Ernennung von sicheren Herkunftsstaaten (vgl. Anlage II zu §29a AsylG).

genommenen Asylsuchenden ihren Antrag nun stellen können und eine Aufarbeitung stattfinden kann. Viele der betreffenden Asylbegehrenden wurden aus Kapazitäts- und Kostengründen bereits in kommunale Unterbringungsformen umverteilt und belegen daher keine Plätze mehr in einer Erstaufnahmeeinrichtung (vgl. Thurm 2016).

Tab. 2: Belegungszahlen der Aufnahmeeinrichtungen des Landes Niedersachsen<sup>12</sup>:

Belegung/ Unterbringung in	01.01.2014	01.01.2015	09.12.2015	01.02.2016	01.04.2016
<b>Bramsche</b>					
EAE	449	947	1.426	579	224
Notunterkünfte	0	0	2.352	1.468	680
<b>Braunschweig</b>					
EAE	376	737	3.393	1.904	846
Notunterkünfte	0	0	8.391	5.947	2.717
<b>Friedland</b>					
EAE	336	449	2.176	3.557	791
Notunterkünfte	0	0	5.047	2.568	1.409
<b>Oldenburg</b>					
EAE	0	0	389	693	359
Notunterkünfte	0	0	249	265	156
<b>Osnabrück</b>					
EAE	0	0	0	357	133
Notunterkünfte	0	0	0	0	55
<b>Notunterkünfte der Kommunen (im Rahmen der Amtshilfe bis 31.03.2016)</b>					
ab 16.10.2015			9.717	6.667	eingestellt
<b>Belegung (insg.)</b>	<b>1.161</b>	<b>2.133</b>	<b>33.150</b>	<b>24.005</b>	<b>7.330</b>

Im April 2016 waren von 33.830 bereitstehenden Plätzen lediglich 7.330 belegt. Daher stellt sich der Landesaufnahmebehörde und beteiligten Akteuren die Frage, welche Aufgaben dem

<sup>12</sup> Quelle: in Anlehnung an Land Niedersachsen 2016b.

zusätzlich eingestellten Personal in belegungsschwachen Phasen zukommen. Außerdem entstehen hohe Leerkosten, da auch schwach belegte Einrichtungen ihre Bereitschaftskosten<sup>13</sup> decken müssen.

Die niedersächsische Landesaufnahmebehörde hat ein ganzheitliches Betreuungskonzept erarbeitet, welches rechtliche, medizinische und pädagogische Perspektiven einbezieht und die wichtigsten Bereiche der sozialen Betreuung miteinander verknüpft. So soll gewährleistet werden, dass jeder Einzelne respektvoll wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Dies trage beispielsweise dazu bei, dass trotz hoher Arbeitsbelastungen besonders schutzbedürftige Personen identifiziert und in dafür ausgerichteten Räumlichkeiten untergebracht werden können (vgl. Land Niedersachsen 2016d).

Wie in Abschnitt 2.1 beschrieben, findet die Verteilung der Asylsuchenden unter Berücksichtigung der Quote nach dem Königsteiner Schlüssel sowie der Eignung der Erstaufnahmeeinrichtung statt, welche verschiedene Spezialisierungen innehaben. In der Regel ist Niedersachsen für diejenigen Asylsuchenden und Personen zuständig, die im Rahmen besonderer Aufnahmeaktionen nach Deutschland eingereist sind. Schwerpunkte liegen auf der Identitätsfeststellung, Passersatzpapierbeschaffung und Rückkehrförderung. Der Standort Friedland ist im Besonderen zuständig für einreisende Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion einreisende jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderern (vgl. Land Niedersachsen 2016e).

Betrachtet man die Herkunftsländer der im Jahr 2015 Aufgenommenen, so fällt auf, dass die größte Gruppe der Asylsuchenden aus Syrien und dem Irak stammen. Eine weitere große Gruppe stammt aus Albanien, Montenegro, Serbien und dem Kosovo (vgl. Tab. 3). Nachdem nun der Rahmen für eine Arbeit innerhalb der niedersächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen veranschaulicht wurde, soll im anschließenden Kapitelabschnitt ein Perspektivwechsel vorgenommen werden. Die Asylsuchenden sollen nicht mehr länger als Objekte der Verwaltung betrachtet werden, vielmehr soll nun auf ihre Erfahrungen, Lebenswelten und Bedürfnisse eingegangen werden, da dies ein essentieller Teil der Arbeit von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Polizistinnen und Polizisten im direkten Kontakt mit ihnen ist. Für produktive Lösungsfindungen und wirkungsvolle Interaktionen ist ein wertschätzender Umgang mit der Zielgruppe notwendig, welcher durch das im Folgenden vermittelte Wissen ermöglicht wird.

---

<sup>13</sup> Konstanter Teil der Gesamtkosten, der unabhängig von der Belegung ist (z.B. Pacht, Strom, Instandhaltung, etc.).

Tab. 3: Herkunftsländer der Asylsuchenden im Land Niedersachsen 2015<sup>14</sup>:

Herkunftsland	Asylanträge	
Syrien	10.458	28%
Irak	3.989	11%
Albanien	3.617	10%
Montenegro	3.345	9%
Serbien	2.955	8%
Kosovo	2.803	8%
Afghanistan	1.131	3%
Mazedonien	1.125	3%
Sudan	1.043	3%
Iran	818	2%
Sonstige	5.791	16%
<b>Gesamt</b>	<b>37.075</b>	<b>100%</b>

#### 2.4. Zielgruppe der Erstaufnahmeeinrichtungen

Nachdem unter Punkt 2.1 bereits aus rechtlicher Perspektive eine Eingrenzung der Asylsuchenden als Zielgruppe der Erstaufnahmeeinrichtungen erfolgte und in Kap. 2.3 die wichtigsten Herkunftsländer aufzeigte, sollen in diesem Abschnitt besondere Eigenschaften der Zielgruppe hervorgehoben werden. Dabei wird keine vollständige Lebensweltanalyse angestrebt, sondern lediglich eine Darstellung der im Rahmen der Fragestellung für Soziale Arbeit und Polizei relevanten Aspekte.

Wesentlich bei der Betrachtung der Lebenswirklichkeit von Asylsuchenden sind mögliche Mehrfachbelastungen, die sie unabhängig von ihrem Herkunftsland durch unterschiedliche Erlebnisse in verschiedenen Lebensphasen erfahren haben können (vgl. Steinkopff 1999, S. 6). Diese lassen sich in drei Phasen einteilen: die Vorfluchtphase, die Fluchtphase und die Exilphase (vgl. Abb. 1). Sowohl während der Vorfluchtphase als auch der Fluchtphase kann es zu physisch und psychisch belastenden (Gewalt-)Erfahrungen, also traumatisierenden Erlebnissen, sowie Erfahrungen von Verlust und Fremdbestimmung kommen. Zu diesen Belastungen kommt in der anschließenden Exilphase ebenfalls die Anspannung durch die Rahmenbedingungen des Aufnahmelandes. Die Ungewissheit des laufenden Asylverfahrens, die damit verbundene Abhängigkeit von Behörden und Institutionen sowie eine Konfrontation mit einer fremden Kultur prägen den Alltag von Asylsuchenden oder Asylbewerberinnen und Asylbewerbern (vgl. ebd., S. 7). Darüber hinaus kann die neue Umgebung, veränderte Ernährung

<sup>14</sup> Quelle: in Anlehnung an Land Niedersachsen 2016c.

und eine fremde Sprache nach einer Vielzahl an Verlusten ein Fremdheitsgefühl hervorrufen. Gerade die Sprachlosigkeit und das damit einhergehende Gefühl von Hilflosigkeit kann in einer neuen Gesellschaft verängstigend und ausgrenzend wirken (vgl. Von Schlippe/El Hachimi/Jürgens 2004, S.66).

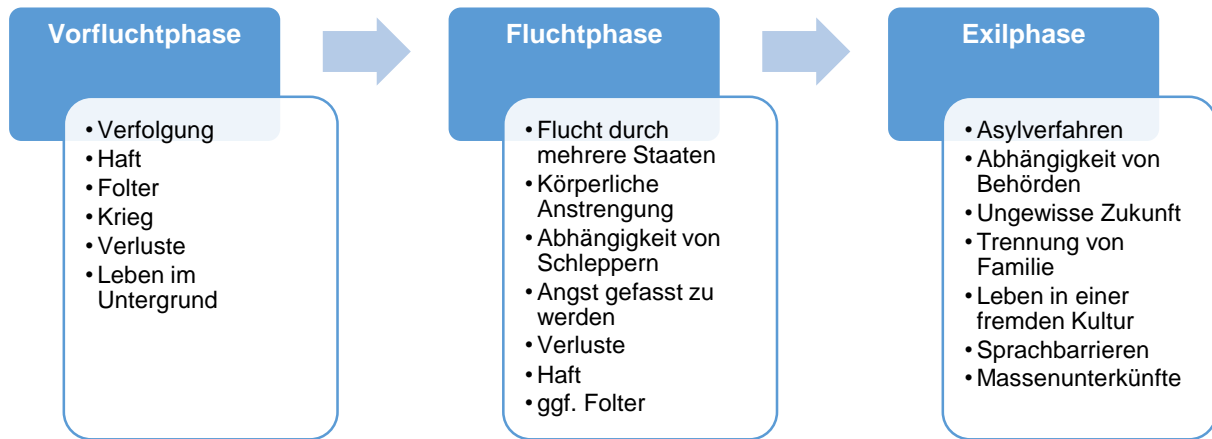


Abb. 1: Belastungen in verschiedenen Lebensphasen von Flüchtlingen<sup>15</sup>

Darüber hinaus bestehen in den Herkunftsländern der Asylsuchenden häufig Normen, Werte und Traditionen, die sich von denen des Aufnahmelandes unterscheiden und sich beispielsweise im Verständnis von Autorität, Geschlechterrollen und Freiheit sowie dem daraus resultierendem Handeln ausdrücken können (vgl. Steinkopff 1999, S. 9f). Die im Herkunftsland erlernten Deutungsmuster funktionieren im Aufnahmeland nicht in derselben Art und Weise. Dies kann zu einem Gefühl von Kontrollverlust, Orientierungslosigkeit und psychischer Instabilität führen (vgl. Pirmoradi 2012, S. 29). Ein Beispiel hierfür ist, wenn Frauen oder Kinder aus patriarchalisch geprägten Familien die Sprache besser beherrschen als das männliche Familienoberhaupt: Frau und Kind gewinnen an Einfluss, während der Mann durch seine Sprachlosigkeit das bereits erwähnte Gefühl von Hilflosigkeit und Abhängigkeit erfährt. So können sich die Machtverhältnisse innerhalb einer Familienstruktur stark verschieben, wodurch Konflikte hervorgerufen werden können (vgl. ebd., S. 39).

Das Leben in großen Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften erweist sich in vielen Fällen als weitere Erschwernis. Häufig liegen die Unterkünfte isoliert am Rande der Kommunen – in Gewerbegebieten, in Kasernen oder auf dem Land. In den meisten Fällen stehen den Asylsuchenden nur wenige Quadratmeter zur Verfügung. Es leben Menschen in unterschiedlichen Altersstufen, aus verschiedenen Herkunftsländern sowie mit unterschiedlicher kultureller Prägung und religiöser Vorstellung auf engstem Raum miteinander. Hinzu

<sup>15</sup> Quelle: in Anlehnung an Steinkopff 1999, S. 6.



kommen die bereits beschriebenen mitgebrachten Belastungen, welche unter diesen Bedingungen nur schwer verarbeitet werden können (vgl. Schirilla 2016, S. 31).

In Bezug auf staatliche Behörden, wie beispielsweise die Polizei, haben Asylsuchende meist viele negative Erfahrungen gemacht. Häufig existierte kein objektiver Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Die institutionelle Schutzmacht war häufig das Militär, das lediglich zur Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols diente. Korruption, Brutalität und Unterdrückung von Minderheiten prägten den Alltag, daher spielte bei der Lösung von Konflikten die Familie und der Verwandtenkreis eine übergeordnete Rolle (vgl. Lillig 2004, S. 14f).

Die in diesem Kapitel aufgezeigten Aspekte der Lebenswelten von Asylsuchenden geben nur eine grobe Idee der häufig komplexen Mehrfachbelastungen, unter denen die Zielgruppe leidet. Diese Hintergründe sind jedoch grundlegend für die Arbeit mit Asylsuchenden und können so zu einer Sensibilisierung beitragen, die eine Einordnung des Verhaltens und der Konflikte innerhalb oder mit der Zielgruppe unterstützt. Nicht nur offensichtliche Schwierigkeiten, die beispielsweise durch die Flucht oder das schwebende Asylverfahren bestehen, sondern auch die Folgen einer Konfrontation mit der neuen Kultur können zu Konflikten führen und sind daher von allen beteiligten Akteuren zu beachten. Das folgende Kapitel befasst sich mit der Polizeibehörde als eine dieser Akteure.

### 3. Polizeiarbeit im Kontext von Asyl

Im Rahmen dieses Kapitels wird ein Überblick über die Grundsätze polizeilicher Arbeit in Deutschland gegeben. Es kann dabei keine vollständige Darstellung der Ziele, Aufgaben und Arbeit der Polizeibehörde in Deutschland geleistet werden. Besonderes Gewicht erhalten die Aspekte, die für eine Untersuchung des Arbeitseinsatzes im Flüchtlingsbereich und den darin liegenden möglichen Relationen zur Sozialen Arbeit benötigt werden. Nicht berücksichtigt wird zum Beispiel die Ordnungsbehörde, die in engem Zusammenhang mit der Polizeibehörde steht.

Abschnitt 3.1 zeigt die Entwicklung des Polizeibegriffs, anschließend beschreibt Kapitel 3.2 die daraus resultierenden Grundsätze für heutige Polizeiarbeit. Darüber hinaus werfen die Darstellungen der heutigen Leitlinien der Polizeiarbeit die Frage auf, wie das Selbstbild der Polizei und das Fremdbild innerhalb der Bevölkerung, insbesondere der Zielgruppe, gegenüber der Polizei zusammenhängen, dies wird in Abschnitt 3.3 dargelegt. Anschließend werden in Abschnitt 3.4 die Aufgaben und Herausforderungen der Polizei bei der Aufnahme von Asylsuchenden erarbeitet.

#### 3.1. Entwicklung des Polizeibegriffs

Bevor das Augenmerk auf die wesentlichen Leitlinien der heutigen Polizeiarbeit gelenkt wird, soll geklärt werden, welche Entwicklungen der Polizeibegriff durchlief. Hierbei fällt beispielsweise auf, dass die Wohlfahrtspflege noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den Aufgaben der Polizei gezählt wurde (vgl. Götz 1995, S. 16). Zudem soll festgelegt werden, was im Verlauf der vorliegenden Arbeit unter dem Begriff der Polizei zu verstehen ist.

Seinen Ursprung hat der Begriff „Polizei“ beziehungsweise „Policey“ im lateinischen Wort „politia“, was Staatswesen bedeutet (vgl. Dold 2010, S. 67). In Deutschland wurde der Begriff Mitte des 15. Jahrhunderts unter anderem durch die Reichspolizeiordnung geläufig (vgl. Kugelman 2012, S. 23). Unter „Policey“ verstand man eine Auffassung über die Aufgaben eines Staates<sup>16</sup> gegenüber seinen Bürgern, ausgenommen die Sicherheit nach außen (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S.83). Die Sozialordnung und Gesellschaftsstrukturen sollten gefestigt werden, weshalb auch die Fürsorge gegenüber den Bürgern eine Rolle spielte (vgl. Kugelman 2012, S. 23f). Die Polizeiordnung sollte das Verhalten der Bürger lenken und konzentrierte sich auf die innere Verwaltung, welche die Gefahrenabwehr und die Wohlfahrtspflege in den Vordergrund stellte (vgl. Dold 2010, S. 69). Man sprach in diesem Zusammenhang auch von der „guten Policey“ (vgl. Kugelman, S. 24).

<sup>16</sup> Dazu gehörten bspw. Wirtschaftsverwaltung, Justiz, Berufsausübung, Wohlfahrtspflege, Sittlichkeit, etc. (vgl. Kugelman 2012, S. 23).

Der absolutistische Fürstenstaat des 18. Jahrhunderts erweiterte diese Auffassung. Die Polizeigewalt wurde zum Hoheitsrecht, das mittels der Beamten durchgesetzt wurde und die für öffentliche Ruhe und Ordnung sorgen sollte (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 83). Max Weber gibt zu bedenken, dass vom Herrschenden bestimmt wurde, was unter Ruhe und Ordnung zu verstehen war, und zu Lasten des Proletariats fiel (vgl. Weber 1980, S. 516). Es ist zu kritisieren, dass keine Wohlfahrtspflege im eigentlichen Sinne geleistet wurde. Vielmehr wurde die Polizei durch die Belange des Bürgertums und der Wirtschaftsförderung gesteuert (vgl. Kugelman 2012, S. 24). Ein Umdenken gab es ab dem 18. Jahrhundert mit der Aufklärung. Zunehmend wurden die Aufgaben und Befugnisse der Polizei auf die Garantie von Sicherheit und Ordnung eingegrenzt und der Bereich der Wohlfahrtspflege schrittweise ausgegliedert (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 85).

Während des nationalsozialistischen Regimes wurde die Polizeigewalt missbraucht und gewährleistete nicht mehr Sicherheit, sondern verbreitete durch willkürliche Machtausübung systematisch Unsicherheit. Erst nach Ende des 2. Weltkrieges wurde durch die Besatzungsmächte die grundsätzliche Trennung von Polizei- und Ordnungsbehörden weiter vorangetrieben, um die Gefahr eines erneuten Missbrauchs einzudämmen. Dabei ist zu beachten, dass die verschiedenen Besatzer diese unterschiedlich konsequent verfolgten, dies zeigt sich noch heute in den Gesetzgebungen der verschiedenen Bundesländer. Das Resultat dieser Trennung ist eine Aufteilung in verschiedene Verwaltungsbereiche, beispielsweise das Sozialamt oder das Jugendamt (vgl. ebd., S. 84f).

Infolge der historischen Entwicklung lassen sich heute grundsätzlich drei Polizeibegriffe definieren (vgl. Kugelman 2012, S. 30), die an dieser Stelle einander gegenübergestellt werden sollen.

Beim *materiellen Polizeibegriff* steht die Gefahrenabwehr im Vordergrund. Unter Polizei versteht man dabei die Staatstätigkeit der Gefahrenabwehr, wobei es keinerlei Rolle spielt, von welcher Behörde diese ausgeht (vgl. ebd.).

Der *formelle Polizeibegriff* behandelt die sachliche Zuständigkeit. Demnach ist Polizei im formellen Sinne die Summe aller Aufgaben, für die die Polizeibehörde zuständig ist. Das Polizeirecht organisiert, verpflichtet oder legitimiert dies durch Rechtsnormen (vgl. ebd.).

Mit dem *institutionellen Polizeibegriff* wird eine organisatorische Bestimmung der handelnden Behörden möglich (vgl. ebd.). Der Polizei sind hierbei alle im Vollzugsdienst tätigen Dienstkräfte oder zu den Polizeibehörden zählenden Dienstkräfte zuzuordnen (vgl. Dold 2010, S. 73).

Aus dieser Aufteilung lässt sich ableiten, dass die institutionell als Polizei festgelegte Verwaltungsbehörde Aufgaben erledigt, welche formell vom Gesetzgeber<sup>17</sup> als polizeilich definiert sind. Diese können über das materielle Verständnis der Gefahrenabwehr als Polizeiaufgabe hinausgehen. Die Unterstützung der Länder bei der Aufnahme von Asylsuchenden fällt demnach unter den formellen Polizeibegriff. In den weiteren Ausführungen ist der Begriff „Polizei“ institutionell zu verstehen, sofern nicht anders ausgewiesen.

Durch einen Abriss der historischen Entwicklung des Polizeibegriffs wird deutlich, dass Soziale Arbeit und Polizei durchaus gemeinsame Wurzeln innehaben. Es ergibt sich die Frage, inwiefern diese Wurzeln eine mögliche Zusammenarbeit der beiden Professionen vereinfachen oder erschweren. Es bleibt hervorzuheben, dass der Begriff *Polizei* nicht nur die gebräuchliche institutionelle Auslegung beinhaltet, sondern auch ein Aufgabengebiet. Inwiefern Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Aufgabengebieten beider Professionen festzustellen sind gilt es im Folgenden zu untersuchen.

### 3.2. Grundsätze der Polizeiarbeit in Deutschland

Grundlage der Sozial- und Polizeiarbeit ist der Schutz von Individuum und Gesellschaft (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 95). Dieser Kapitelabschnitt soll ein Bild über die heutigen Grundsätze und Aufgaben der Polizei geben, sodass die Grundlage für eine spätere Untersuchung hinsichtlich der Zusammenarbeit der Professionen gegeben ist.

Die Polizei in Deutschland versteht sich als Dienstleister für den Staat<sup>18</sup> (vgl. Sterzenbach 2013, S. 38). Die Abwehr von Gefahren ist der Kern der Polizeiarbeit<sup>19</sup> und soll den Rechtsfrieden, den Schutz staatlicher Institutionen sowie den Schutz Einzelner gewährleisten (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 76). Dabei konzentriert sie sich nach Maßgabe der meisten Landespolizeigesetze insbesondere auf zwei Schutzgüter: die öffentliche Sicherheit und zweitrangig die öffentliche Ordnung (vgl. Kugelman 2012, S. 77).

Die *öffentliche Sicherheit* besagt, dass die Rechtsordnung unantastbar ist. Folglich hat die Polizei den Auftrag, das Recht zu schützen. Damit sind sowohl die Rechtsgüter des Einzelnen als auch des Gemeinwesens gemeint (vgl. Götz 1995, S. 42).

Die *öffentliche Ordnung* umfasst ungeschriebene sozialetische Normen der Gesellschaft, die aber empirisch feststellbar sein müssen (vgl. Kugelman 2012, S. 89). Es handelt sich hierbei um Verhaltensregeln für das Leben in der Öffentlichkeit, welches die Basis für ein geordnetes staatsbürgerliches Zusammenleben bilden (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 101).

<sup>17</sup> Grundsätzlich ist die Polizei laut Art. 30 GG Angelegenheit der Länder (vgl. Dold 2010, S. 73).

<sup>18</sup> In Großbritannien z.B. steht der Dienst der Polizei für den Bürger im Vordergrund (vgl. Mawby 1990, S. 10).

<sup>19</sup> Weitere Aufgabenbereiche sind die Strafverfolgung, Vollzugshilfe und die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten (vgl. Dold 2010, S. 78ff).

Die bei der Gefahrenabwehr zugrundeliegenden Leitprinzipien sind die Achtung der Menschenwürde, der Grundrechte und des Rechtsstaats (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 98). Hervorzuheben ist der Begriff der *Gefahr*. Lediglich bei Gefahr darf die Polizeibehörde handeln, Freiheiten beschränken oder die für die Gefahr Verantwortlichen in die Pflicht nehmen (vgl. Pieroth et al. 2014, S. 60). Eine Gefahr liegt dann vor, wenn eine Situation oder ein Verhalten „[...] bei ungehindertem Ablauf des zu erwartenden Geschehens mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ein polizeilich geschütztes Rechtsgut schädigen wird“ (ebd.). Handelt es sich dabei um einen Einzelfall, der zeitlich und räumlich zu bestimmen ist, spricht man von einer *konkreten Gefahr* (vgl. Kugelmann 2012, S. 108). Als Beispiel ist ein konkreter gewalt-samer Übergriff eines Rechtsradikalen auf einen Asylsuchenden anzuführen. Wird hingegen eine allgemeine Sachlage oder ein Verhalten in den Blick genommen, spricht man von einer *abstrakten Gefahr* (vgl. ebd.). Exemplarisch hierfür ist das Phänomen der steigenden Zahlen rechtsradikaler Übergriffe in Relation zur steigenden Anzahl von Asylantragsstellenden in Deutschland zu nennen.

Die Befugnisnormen zur Gefahrenabwehr werden auf der Grundlage des Ermessensgrundsatzes ausgeführt. Das bedeutet, dass die verantwortlichen Beamten nicht willkürlich für eine Handlungsalternative zur Gefahrenabwehr entscheiden sollen, sondern diese nach pflichtgemäßen Ermessen auswählen. Maßstäbe sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Effektivität zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung sowie der Gleichheits- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Zudem sollen die Umstände des Einzelfalls in Relation zu den öffentlichen Interessen in die Erwägung einbezogen werden (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 104). Hinzu kommt, dass laut dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz auch alle anderen Behörden der Gefahrenabwehr verpflichtet sind. Mit Ausnahme der Strafverfolgung und vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten soll die Polizei erst dann eingreifen, wenn es keiner anderen Behörde möglich ist. Es gilt das Prinzip der Subsidiarität (vgl. ebd., S. 105).

Zusammenfassend legitimieren die Gesetzgebungen der einzelnen Länder die Polizei in ihren Aufgaben. Die Gefahrenabwehr ist als Hauptaufgabe herauszustellen und ist durch einen präventiven Charakter gekennzeichnet. Die Polizeiarbeit im Flüchtlingsbereich und bei der Aufnahme von Asylsuchenden ist diesem Aufgabenspektrum zuzuordnen. Aus der Darstellung des Auftrags und der Grundsätze der Polizei geht hervor, dass moderne Polizistinnen und Polizisten ihr Denken und Handeln an demokratischen Werten ausrichten müssen, um ihre Aufgabe in strukturellen Maßgaben erfolgreich zu bewältigen (vgl. Sterzenbach 2013, S.38f). Wie die Rolle der Polizistinnen und Polizisten innerhalb der Profession selbst, aber auch aus externer Perspektive wahrgenommen wird, soll im anschließenden Abschnitt veranschaulicht werden.

### 3.3. Kontrast zwischen Selbst- und Fremdbild

Dieser Kapitelabschnitt soll Eigen- und Fremdwahrnehmung von Polizeibehörde und Polizistinnen beziehungsweise Polizisten im Einzelnen einander gegenüberstellen. Die Verdeutlichung der Diskrepanz dieser Wahrnehmungen soll der späteren Untersuchung von Möglichkeiten und Grenzen in Hinblick auf die Zielgruppe der Erstaufnahmeeinrichtungen dienen. Zu beachten ist dabei, dass wenn in diesem Abschnitt die Rede von „der“ Polizei die Rede ist, dies lediglich der Veranschaulichung dient. Es muss beachtet werden, dass sich die Institution Polizei im Ländervergleich stark unterscheidet. Ebenso ist die große gesellschaftliche Gruppe der Polizistinnen und Polizisten nicht homogen, sondern differenziert zu betrachten ist. Gleiches gilt für die Gruppe der Asylsuchenden.

Im Rahmen der Verbrechensaufklärung gehört es zur Aufgabe der Polizei, Täterprofile anzulegen und Menschen als Verdächtige zu identifizieren. Dies kann zu einer Stigmatisierung der Betroffenen führen, die auch im Falle erwiesener Unschuld schwerwiegende Auswirkungen zur Folge haben und lange haften bleiben können. Doch solche Etikettierungen können auch bei der Polizei selbst Konflikte hervorrufen. Verhaltensweisen können beeinträchtigt werden, wenn sich zum Beispiel das Selbstbild („was denke ich über mich/uns?“) und das selbst wahrgenommene Fremdbild („was denken andere über mich/uns?“) stark unterscheiden (vgl. Ohlemacher 2003, S. 154).

Schon bei der Bewerberauswahl werden bestimmte Anforderungen abgebildet. Die Polizeiakademie Niedersachsen gibt unter anderem Sensibilität und Empathie sowie Durchsetzungskraft ohne unhöflich zu werden als Berufsvoraussetzungen an (vgl. Polizeiakademie 2010). In Nordrhein-Westfalen beschreibt sich die Polizei als staatliche Institution die für „Recht und Gesetz, Gleichberechtigung, Offenheit, Verantwortung, Verlässlichkeit und Vertrauen“ steht und sieht uneingeschränkte Neutralität als „höchstes Gut“ bei der Berufsausübung an (vgl. Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW 2016). Das bedeutet, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sich selbst identitätsstiftende Merkmale zuschreiben und einem Idealbild folgen (vgl. Bosold 2006, S. 72f). Doch ist das im Volksmund beschriebene Bild der Polizei „als Freund und Helfer“ heute noch aktuell (vgl. Dorsheimer 2008, S. 3)?

Ohlemacher führte zu diesem Thema 2001 eine Studie in Form einer Befragung der niedersächsischen Polizei durch. Bei dem repräsentativen Sample von 1.706 Vollzugsbeamtinnen und -beamten sollte empirisch untersucht werden, ob es innerhalb der Behörde zu einer Abschottung kommt, welche die Entstehung einer Subkultur in Verbindung mit fremdenfeindlichen Einstellungen sichtbar machen könnte. Er stellte im Vergleich zu einer Studie aus dem Jahre 1991 eine Steigerung der Berufszufriedenheit und der wahrgenommenen öffentlichen

Anerkennung fest (vgl. Ohlemacher 2003, S. 164f). Die meisten Befragten sahen sich an erster Stelle als „Dienstleister“ oder „Gesetzeshüter“. Eine große Anzahl Befragter sah sich jedoch auch als „Prügelknabe verfehlter Politik“. Im Mittelfeld lag die Bezeichnung als „Freund und Helfer“, während an letzter Stelle das Bild als „Hüter des Gewaltmonopols“ genannt wurde (vgl. ebd., S. 169). Bei der Frage nach dem Bild in der Bevölkerung wurden unter den ersten drei Positionen die Bezeichnungen „Gesetzeshüter“, „Schutzmänner“ und „Freund und Helfer“ angegeben. Der Begriff der „Dienstleister“ rückte in das Mittelfeld. „Hüter des Gewaltmonopols“ und „Büttel“ wurden am seltensten genannt. Bei der Frage in welche öffentlichen Institutionen die Bürgerinnen und Bürger das meiste Vertrauen hätten, sahen sie die Polizei auf Platz 3 und bejahten die Wahrnehmung eines hohen Vertrauens in ihre Arbeit (vgl. ebd., S. 166).

Innerhalb des Projekts „G.A.i.L - Sozialarbeit im Polizeirevier“, das 1998 in der Stadt Magdeburg ins Leben gerufen wurde, analysierte der Projektleiter Schmitt-Zimmermann die Selbstbilder der Professionen Polizei und Soziale Arbeit sowie deren Rollenbilder über die jeweils andere Profession (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 3). Dabei waren die Sozialarbeiter nur in zwei Punkten uneinig mit dem Selbstbild der Polizistinnen und Polizisten: Die Polizei wurde in deutlich geringerem Maße als unparteiisch und objektiv angesehen. Ebenfalls waren die Sozialarbeiterinnen beziehungsweise Sozialarbeiter weniger der Meinung, dass die Polizei individuelle Probleme oder Konflikte löst. Der Rolle der Polizei als Löser von sozialen Problemen stimmten beide Professionen nicht zu. In hohem Maße zugeschrieben wurde ihr von beiden Professionen unter Beachtung der Gesetze einen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen und der Gesellschaft ein sicheres Gefühl geben zu wollen (vgl. ebd., S. 117).

Um einen Perspektivwechsel vorzunehmen, werden nun die Ergebnisse der Teilstudie eines DFG-Forschungsprojekts<sup>20</sup> zum Thema „Polizisten und Asylbewerber in Duisburg“ von 2004 herangezogen. Lillig befragte Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Mitarbeitende einer Erstaufnahmeeinrichtung. Sie stellte fest, dass für eine Beurteilung des Verhältnisses zwischen der Zielgruppe und der Duisburger Polizei eine Differenzierung notwendig ist. Deshalb kategorisierte sie die Begegnungen in solche, die im öffentlichen Raum stattfinden, und solche, die in der Unterkunft stattfinden (vgl. Lillig 2004, S. 33).

Im öffentlichen Raum beschrieben die Befragten das Verhältnis zur Polizei durchgängig als positiv. Die Beamtinnen und Beamten verhielten sich höflich und korrekt, wobei Polizistinnen als strenger beschrieben wurden. Schwarzafrikanerinnen beziehungsweise Schwarzafrikaner merkten signifikant häufiger an, von der Polizei kontrolliert zu werden (vgl. ebd.).

<sup>20</sup> „Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen – Teilnehmende Beobachtung des Alltags von operativen Kräften“ unter der Leitung von Prof. Dr. Hermann Strasser (Universität Duisburg-Essen).

Innerhalb ihrer Aufnahmeeinrichtung gaben die Befragten jedoch an, sich bei Konflikten bevorzugt an Landsleute oder die Heimleitung zu wenden, ehe sie die Polizei verständigten. Im Falle eines Notrufs bedurfte es häufig mehrerer Anrufe, bis die Polizei tatsächlich eintraf. Dies führte bei den Betroffenen dazu, dass sie sich nicht ernst genommen oder vernachlässigt fühlten. Die Androhung der Abschiebung, die in der Regel von der Polizei ausgeführt wird, schürte dazu das Misstrauen der Asylbewerberinnen und Asylbewerber gegenüber der Polizei. Die Mitarbeitenden bestätigten darüber hinaus, dass einige der Polizeieinsätze innerhalb der Einrichtung nicht mit der notwendigen Sensibilität für die Lebenslage und gemachte Erfahrungen hinsichtlich uniformierter Staatsgewalt der Adressatengruppe durchgeführt wurden (vgl. Lillig 2004, S. 34f).

Die Ergebnisse der Befragung sind aus mehrerlei Gründen kritisch zu betrachten. Bei direkten Befragungen zu sensiblen Themen ist in Anbetracht der Lebenslage der teilnehmenden Asylbewerberinnen und Asylbewerber davon auszugehen, dass es zu einer Unschärfe der Antworten kommt. Da die Befragten sich teilweise selbst in einer bedrohlichen Phase befinden, möchten sie möglicherweise sich oder andere nicht belasten und haben eventuell Ängste, die sie an kritischen Äußerungen gegenüber staatlichen Autoritäten hindern. Eventuelle sprachliche Barrieren und damit verbundene Verständnisschwierigkeiten fanden nur wenig Berücksichtigung in Lilligs Darstellungen. Es bleibt fraglich, ob der Grund der Untersuchung verstanden wurde und die Befragten sich sicher waren, keine negativen Auswirkungen durch ihre Aussagen zu erfahren. In der Teilstudie ist ebenfalls offen geblieben, inwiefern subjektive Wahrnehmung der Zielgruppe und objektive Fallschilderung sich unterscheiden. Wie das Verhalten der Polizei auf Menschen wirkt, die in anderen Kulturkreisen sozialisiert wurden, die die deutsche Sprache als Fremdsprache erlernen und teilweise den Missbrauch von Polizeigewalt<sup>21</sup> erlebt haben, kann der Studie von Lillig nicht entnommen werden. Dennoch leistet sie einen ersten Einblick in die Berührungspunkte zwischen Polizei und der Zielgruppe in Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die aus verschiedenen Perspektiven beleuchteten Beschreibungen über die Rolle der Polizei in Deutschland zeigen Diskrepanzen zwischen Selbstwahrnehmung sowie wahrgenommener und tatsächlicher Fremdwahrnehmung. Während die Polizistinnen und Polizisten sich als gesetzestreue und objektive Dienstleister zum Schutz von Staat und Bürgerinnen beziehungsweise Bürgern sehen und gleichsam als eben solche wahrgenommen fühlen, hat vor allem die Zielgruppe von Erstaufnahmeeinrichtungen ein anderes Bild vor Augen. Für sie ist es schwierig, die Polizei als „Freund und Helfer“ zu sehen, da diese beispielsweise die durchführende Instanz bei Abschiebungen ist. Zusammen mit den negativen Erfahrungen mit der Polizei in

<sup>21</sup> Korruption, Brutalität und Unterdrückung von Minderheiten wurden als Beispiele in der Studie als Erfahrungen genannt (vgl. Lillig 2004, S. 14f).



den Herkunftsländern führt dies dazu, dass das Misstrauen und der Vorbehalt gegenüber den Beamtinnen und Beamten in Uniform bestehen bleibt. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen werden im nachstehenden Kapitelabschnitt die aktuellen Aufgaben der Polizei im Kontext der Aufnahme von Asylsuchenden und Unterbringung von Asylbewerberinnen beziehungsweise Asylbewerbern betrachtet.

### **3.4. Aufgaben in Bezug auf die Aufnahme von Asylsuchenden**

„Dein Freund und Flüchtlingshelfer“ betitelte das Magazin „Streife“<sup>22</sup> im Jahr 2015 die Polizei in einem ihrer Artikel (vgl. Coskuner 2015, S. 9f). Ob sich diese Aussage bewahrheitet, bleibt zu prüfen. Dazu stellt Abschnitt 3.4 die Polizeiarbeit in den Kontext der Aufnahme von Asylsuchenden dar und beleuchtet den Aufgabenbereich der Polizei im Flüchtlingsbereich. Da diese Thematik in der bestehenden Fachliteratur bislang nicht systematisch erfasst wurde, werden die Aufgaben aus aktuellen Berichten von Fachzeitschriften entnommen und in einen theoretischen Zusammenhang gestellt.

Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten durch die Zielgruppe der Erstaufnahmeeinrichtungen geht die Polizei in gewohnter Weise nach, da die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland dem Schutz der Polizei unterliegen und somit zum alltäglichen Geschäft gehören (vgl. Abschnitt 2.2). Wo viele unterschiedliche Menschen auf engstem Raum zusammenleben müssen, kommt es auch zu Konflikten. Die Polizei Niedersachsen beschreibt Drängeleien bei der Essens- oder Kleiderausgabe als häufige Konfliktursachen in der Erstaufnahmeeinrichtung Friedland (vgl. Kaatz 2015, S. 6). Aufgabe der Polizeibeamten und Polizeibeamten ist es, diese zu deeskalieren, Situationen zu entschärfen und objektiv zwischen den streitenden Parteien zu schlichten. So können daraus resultierende größere Unruhen vermieden werden (vgl. Jäger 2015, S. 2). Als exemplarische Handlungsalternative sei in diesem Zusammenhang die Polizeiinspektion Göttingen anzuführen. Sie reagierte auf die vermehrten Einsätze in der Erstaufnahmeeinrichtung am Standort Friedland mit einer Einsatzkonzeption, die eine ständige Anwesenheit von Einsatzkräften in der Einrichtung vorsieht. Durch die Präventivmaßnahme ließ sich eine Entspannung der Situation hervorrufen. So kam es zu einer Ressourcenschonung der Einsatzkräfte sowie einer Stärkung des Sicherheitsgefühls innerhalb der Unterkunft (vgl. Kaatz 2015, S. 6).

In Anbetracht der steigenden Anzahl an Asylsuchenden im Jahr 2015 riefen viele Behördenleitungen in den Ländern ihre Mitarbeitenden dazu auf, einen humanitären Beitrag im Sinne der hilfesuchenden Menschen zu leisten, so beispielsweise auch Michael Frücht, der Leiter des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten NRW. Er merkte

<sup>22</sup> Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen.

an, es sei *„oberste Aufgabe der Polizei, Menschen in Not zu helfen und ein selbstverständlicher Akt der Menschlichkeit“* (Coskuner 2015, S. 9).

Innerhalb kurzer Zeit wurden verschiedene Liegenschaften der Landespolizei durch Polizeibeamtinnen beziehungsweise Polizeibeamten zu Notunterkünften für die Erstaufnahme, sogenannten Noterstaufnahmeeinrichtungen, umgebaut (vgl. Redaktion Streife 2015a, S. 6f). Mit der Aufnahme von Flüchtlingen in eigenen Liegenschaften hat die Polizei als Betreiber von Notunterkünften eine neue organisatorisch-logistische Aufgabe übernommen (vgl. Schröder 2015a, S. 7).

Vor der Errichtung von Unterkünften ist es wichtig, die Anwohnerinnen und Anwohner im umliegenden Gebiet zu informieren. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen sozialen Trägern ist die Polizei ein wichtiger Ansprechpartner, um Vertrauen zu schaffen und Ängste zu nehmen. Gleichsam demonstriert sie, dass die Polizei auch für den Schutz der Asylsuchenden zuständig ist und wirkt rechten Kräften entgegen (vgl. Redaktion Streife 2015a, S. 6).

Ergänzend dazu sollen Anwohnerinnen und Anwohner durch die Außenwirkung vermehrter Polizeipräsenz im Umfeld von Erstaufnahmeeinrichtungen und mediale Berichterstattung nicht verunsichert werden. Deshalb soll in der Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel im Rahmen von Presseberichten oder mobilen Polizeiinformationsständen, ein gezielt offener und sachlicher Umgang mit der Situation und eventuellen Vorkommnissen stattfinden. Diese sollen nicht verharmlosend dargestellt werden, um die Sorgen und Anliegen der unmittelbaren Nachbarschaft ernst zu nehmen (vgl. Grande 2015, S. 5).

Auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen selbst übernehmen Polizistinnen und Polizisten zusätzliche Aufgaben. Sie werden beispielsweise zur Registrierung der Neuankommenden eingesetzt. Zur Anlage eines Aktenblatts für das Asylverfahren und der „Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender“ (BÜMA) ist es notwendig, alle vorhandenen Daten in ein computergestütztes System einzutragen. Oft gestaltet sich dies aufgrund fehlender Ausweisdokumente oder Sprachbarrieren zeitaufwendig. Dolmetschende Personen stehen nicht permanent zur Verfügung, weshalb sich die Beamtinnen und Beamten oft mit Gesten verständigen müssen. Zudem ist es ihre Aufgabe, ein Passfoto der asylbegehrenden Personen anzufertigen. Die Polizeihauptkommissarin Coskuner betont, dass von dem eingesetzten Personal eine „Bürgerorientierung“ erwartet werde, die für jegliche Polizeiarbeit selbstverständlich sein sollte (vgl. Coskuner 2015, S. 9f). Für diese Tätigkeit wurden auch bereits pensionierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wieder aktiviert. Diese berichten, dass ihre Erfahrungen in der Polizeiarbeit bei dieser Aufgabe von Vorteil seien. Der erlernte klare Umgangston helfe dabei, zeitintensive Diskussionen zu vermeiden und das Umfeld zu entlasten. In der Polizeiarbeit

würden viele Erfahrungen im Umgang mit fremden Kulturen gesammelt, die die Arbeit bei der Registrierung erleichterten (vgl. Petrović 2015, S. 18).

Darüber hinaus leistet die Polizeibehörde auf verschiedenen Organisationsebenen besondere Unterstützung für weibliche Asylsuchende, Asylbewerberinnen, Asylberechtigte und Flüchtlinge. Dazu finden Informationsveranstaltungen zur Rolle der Frau und ihren Rechten in Deutschland statt. Hierbei wird das Gewaltschutzgesetz thematisiert und über spezielle Hilfsangebote informiert (vgl. Wroblewski 2015a, S. 19). Durch niedrigschwellige vertrauensbildende Maßnahmen soll ein positives Bild der Polizei vermittelt und somit die Anzeigenbereitschaft der Frauen erhöht werden (vgl. Land Niedersachsen 2016d).

Die verschiedenen Kreispolizeibehörden rücken neben akuten Einsätzen zur Krisenintervention die Integration der neu angekommenen Menschen in den Mittelpunkt. Ein erster Zugang zu den Familien findet über sogenannte Türöffner-Tage in den Polizeipräsidien statt (vgl. Borscheinen 2015, S. 20f). Eine tragende Säule bildet die präventive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Um Ängste und Vorbehalte abzubauen bieten die Jugendkontaktbeamten in Kooperation mit den Schulen und Sportvereinen verschiedene Angebote an. Diese sollen neben einem Vertrauensaufbau auch Kontakte zu einheimischen Kindern und Jugendlichen herstellen und den Zugang zu Freizeitaktivitäten ermöglichen (vgl. Wroblewski 2015b, S. 22). Auch die Polizeisportvereine bieten in diesem Sinne kostenfreie Teilnahme an Sportangeboten an (vgl. Redaktion Streife 2015b, S. 11). Die Polizei NRW hat eine Puppentheaterreihe für Kinder zum Thema „Sicherheit im Straßenverkehr“ entwickelt, die fast gänzlich ohne Worte auskommt. Die Kinder sollen hierdurch die Institution Polizei auf eine positive Art und Weise kennenlernen sowie auf eine emotionale und sensibilisierende Weise durch die Puppen den sicheren Umgang mit Gefahren im Straßenverkehr aufgezeigt bekommen (vgl. Redaktion Streife 2015c, S. 15).

Parallel dazu soll auch das Sicherheitsgefühl der Erwachsenen im Straßenverkehr gestärkt und ihre Mobilität somit erhöht werden. Der Verkehr in Deutschland unterscheidet sich häufig stark von dem in den Heimatländern der Schutzsuchenden. Bei Präventionsangeboten wie Radfahrtrainings auf Verkehrsübungsplätzen soll Vertrauen in die Polizeiarbeit geweckt werden. Die Polizei Köln vermittelte in diesem Rahmen herrenlose Fahrräder und Helme an die Teilnehmenden eines Verkehrssicherheitstrainings (vgl. Redaktion Streife 2015d, S. 13).

Die Polizeiarbeit im Flüchtlingsbereich steht unter einem hohen Erwartungsdruck. Die Beamtinnen und Beamten agieren in einem politischen und medialen Fokus. Dabei unterliegen sie einer dauerhaft gesteigerten Arbeitsbelastung (vgl. Schröder 2015b, S. 12). Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) spricht von einem hohen Erwartungsdruck und einer andauernden Überbelastung, die dazu führe, dass die Behörde ihre gesetzlich zugewiesenen Aufgaben

nicht mehr korrekt erledigen könne (vgl. Schönwald 2015, S. 5). Zusätzlich betont die GdP die unzureichenden Arbeitsbedingungen bei der Registrierung. Fehlende Geräte und Fahrzeuge sowie inadäquate Technik behinderten eine effiziente Bearbeitung der anfallenden Aufgaben (vgl. ebd., S. 5f). Der stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, Jörg Radek, hebt neben den genannten Punkten die psychische Belastung der Einsatzkräfte hervor. Die Konfrontation mit den Schilderungen der Fluchterfahrungen und der Verzweiflung durch die schlechten Aufnahmebedingungen vor Ort führe zu einer dauerhaften seelischen Belastung, für deren Aufarbeitung keine Zeit bleibe (vgl. ebd., S. 11).

Wie die Zusammenstellung in diesem Abschnitt gezeigt hat, kam es innerhalb der Polizeiarbeit zu einer Veränderung der bestehenden Aufgabenbereiche. Die in Abschnitt 3.2 erläuterten und gesetzlich verankerten Aufgaben der Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten finden auch im Flüchtlingsbereich unvermindert statt. Die Ausgestaltung dieser Tätigkeiten wurde auf die neue Zielgruppe ausgeweitet, angepasst oder neu für diese gestaltet. Die pragmatische und direkte Herangehensweise auf Grundlage der polizeilichen Grundsätze nimmt im Kontext der Aufnahme von Asylsuchenden eine wichtige Rolle ein. Der Einsatz in untypischen Arbeitsbereichen, wie der Registrierung in Erstaufnahmeeinrichtungen, birgt ebenfalls den Vorteil, schon früh auf die Zielgruppe einwirken und die Gefahrenabwehr durch Einblicke in die speziellen Rahmenbedingungen vor Ort optimieren zu können. Begegnungen mit Menschen aus anderen Kulturen finden in dem Alltag der Einsatzkräfte auch außerhalb des Flüchtlingsbereichs regelmäßig statt. Dennoch ist die Konfrontation mit den Lebenswelten der Schutzsuchenden psychisch besonders herausfordernd, was aufgrund einer hohen Arbeitsbelastung im Moment nur wenig Beachtung findet. Dies kann sich jedoch langfristig auf die Arbeit der Beamtinnen und Beamten auswirken. Dies wirft die Frage nach dem Bedarf einer Begleitung der Polizeiarbeit durch Fachpersonal auf, welche in Kapitel 5 erneut aufgegriffen wird. Vorher soll nun in Kapitel 4 zunächst die Soziale Arbeit in Hinblick auf ihre Rolle bei der Aufnahme von Asylsuchenden untersucht werden.

## 4. Die Rolle Sozialer Arbeit bei der Aufnahme von Asylsuchenden

Nach einer Betrachtung der polizeilichen Rolle bei der Aufnahme von Schutzsuchenden soll Kapitel 4 die Rolle der Sozialen Arbeit in diesem Zusammenhang aufgreifen. Zentral ist die Frage nach dem bisher strittigen Alleinstellungsmerkmal der Sozialen Arbeit im Flüchtlingsbereich. Da es sich im Gegensatz zu Professionen wie Medizin oder Jura bei ihr um eine noch sehr junge Profession handelt (vgl. Motzke 2014, S. 11ff), wird zunächst ihr Selbstbild untersucht. In einem folgenden Abschnitt werden die daraus resultierenden Ergebnisse in ein Verhältnis zur Profession Polizei gesetzt. Dies stellt das Fundament für die empirische Betrachtung im weiteren Verlauf dar. In den Kapitelabschnitten 4.3 und 4.4 werden auszugsweise Aufgaben, Funktionen und erforderliche Qualifikationen vorgestellt. Dies findet vor allem in Bezug auf das erarbeitete Professionsverständnis und den Flüchtlingsbereich – insbesondere die Aufnahme von Asylsuchenden – statt. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die hier vorliegende Erarbeitung lediglich einen Einstieg in das weitgehend unerforschte Feld darstellen kann (vgl. Möller 2010a, S. 11; Pöls 2011, S. 183).

### 4.1. Zum Selbstbild der Sozialen Arbeit

Im Folgenden werden wichtige Aspekte zum Selbstverständnis der Sozialen Arbeit erläutert, um eine Grundlage für die Verwendung des Professionsbegriffs im weiteren Verlauf dieser Arbeit zu schaffen. Das Selbstverständnis in der noch jungen Profession ist nicht klar definiert und einheitlich, sondern noch in der Entwicklung (vgl. Motzke 2014, S. 11ff). Das Herausgreifen relevanter Aspekte aus Professionstheorien und der Ethik der Sozialen Arbeit soll zeigen, welches Bild den weiteren Überlegungen zur Flüchtlingssozialarbeit sowie der Zusammenarbeit mit der Profession Polizei zugrunde gelegt wird. An dieser Stelle liegt der Schwerpunkt nicht auf dem vollständigen Diskurs, der Analyse vorhandener Professionstheorien oder Ethikansätze, sondern vielmehr darauf, relevante Aspekte aufzugreifen und in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen.

Um die Profession Soziale Arbeit näher bestimmen zu können, bedarf es zunächst einer Klärung ihres Gegenstands. Klüsche definiert diesen als

*„[...] die Bearbeitung gesellschaftlich und professionell als relevant angesehener Problemlagen.“* (Klüsche 1999, S. 44).

Klüsches Definition erweist sich als defizitär, weil die Bearbeitung von gesellschaftlich relevanten Problemlagen, solange sie nicht näher in ihrer Art und Weise bestimmt werden, ebenso die Aufgabe anderer Professionen ist, wie beispielsweise der Politik, Soziologie oder Ökonomie (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 13). Auch ist die Soziale Arbeit keine losgelöste Instanz, die nur diejenigen Problemlagen bearbeitet, die sie für relevant hält: In Deutschland ist

eine weitreichende rechtliche Einbindung Sozialer Arbeit in den Sozialstaat gegeben (vgl. Staub-Bernasconi 2007a, S. 40), die Rahmenbedingungen herstellt und Aufträge formuliert.<sup>23</sup>

Auch Staub-Bernasconi sieht in ihrer Gegenstandsbestimmung die „Problemlösungen in menschlichen Beziehungen“ (Staub-Bernasconi 2007b, S. 4) als zentral an. Kritisch betrachtet könnte dabei der Anschein erweckt werden, dass die Soziale Arbeit aus professionstheoretischer Perspektive keinen Anspruch auf eine eigenständige Wissenschaft hätte (vgl. Motzke 2014, S. 30). Allerdings erweitert Staub-Bernasconi die Definition um die Prinzipien der Menschenrechte und sozialen Gerechtigkeit und benennt diese als fundamental für die Interventionen Sozialer Arbeit (vgl. Staub-Bernasconi 2007b, S. 4). Sie stützt sich dabei auf die menschenrechtlichen Bestimmungen des Artikels 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, aus welchem sich auch das europäische Asylrecht legitimiert (vgl. AEMR 1948). Dieser betont den Anspruch eines jeden Menschen auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die Rechte und Freiheiten jedes Menschen geachtet und geschützt werden. Zudem wurde 1994 das UN-Manual „Social Work and Human Rights“ veröffentlicht, welches die Menschenrechte als „untrennbaren Bestandteil der Theorie, Wert- und Moralvorstellungen sowie der Praxis der Sozialen Arbeit“ hervorhebt und unabhängig vom jeweiligen Staat als „Rechtfertigung und Beweggrund“ für sozialarbeiterisches Handeln betont (vgl. Staub-Bernasconi 2007a, S. 9f).

Ziele der menschenrechtsbezogenen Sozialen Arbeit sind – individuell gesehen – die Wiederherstellung oder Stärkung der Menschenwürde durch Befähigung zur Befriedigung eigener Bedürfnisse und Wünsche (vgl. ebd., S. 10). Staub-Bernasconi stellte bei der Analyse diverser sozialer Probleme fest, dass auch persönliche Probleme oft Gesellschaftsbezug aufweisen. Diese werden jedoch häufig als selbstverschuldet wahrgenommen, obwohl sie auf soziale Probleme durch hindernde Machtstrukturen hindeuten (vgl. Staub-Bernasconi 2005, S. 250). Die Soziale Arbeit soll also den Einzelfall analysieren und anhand dessen gesamtgesellschaftliche Missstände aufdecken sowie Veränderungen zum Wohle aller herbeiführen (vgl. ebd., S. 254).

Die auf den Überlegungen von Staub-Bernasconi aufbauende Definition der International Federation of Social Workers (IFSW) und der International Association of Schools of Social Work (IASSW), nach der sich auch der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) richtet, wurde im Juli 2014 bei der Generalversammlung überarbeitet und entfernte den negativ behafteten Problembegriff gänzlich (vgl. DBSH 2014). Demnach ist die Soziale Arbeit eine Profession,

---

<sup>23</sup> Ein Beispiel für einen solch gesetzlich definierten Auftrag stellt der Schutzauftrag der Jugendhilfe gemäß §8a SGB VIII dar (vgl. §8a SGB VIII).

*„[...] deren Ziel die Förderung des sozialen Wandels, der sozialen Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts sowie die Stärkung und Befreiung der Menschen ist. Die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, die Menschenrechte, gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlagen der Sozialen Arbeit. [...] um existenzielle Herausforderungen zu bewältigen und das Wohlergehen zu verbessern [...]“ (DBSH 2014.).*

Wie bereits beschrieben, ist die Soziale Arbeit in ihrer Aufgabe in Deutschland nicht losgelöst von der rechtlichen Ordnung des Sozialstaats. Ihre Handlungen unterliegen nicht nur den eben formulierten Zielsetzungen und ethischen Grundsätzen, sondern auch einer Vielzahl an Restriktionen und Auflagen durch den Staat, welche ihre Autonomieentfaltung einschränken (vgl. Schütze 1992, S. 144ff). Das sogenannte „doppelte Mandat“ von Hilfe und Kontrolle ist als zentrales Strukturmerkmal zu verstehen, welches von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern einen ständigen Balanceakt fordert. Dabei entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen einerseits der Hilfe, also den Rechtsansprüchen, Bedürfnissen und Interessen des Klienten, und andererseits den Kontrollinteressen des Staates (vgl. Böhnisch/Lösch 1973, S. 27). Laut Nagel spricht das Gegenüber von Regelanwendung und hermeneutischen Fallverstehens gegen eine Einordnung der Sozialen Arbeit als Profession (vgl. Nagel 1997, S. 49). Doch eben dieses konträre Verhältnis des professionellen Handelns ist entscheidend: Eine Vermeidung von Fehlern kann nur dann stattfinden, wenn der fortwährende Konflikt von Handlungsparadoxien erkannt und reflektiert wird (vgl. Schütze 1996, S. 188). Auch in der Praxis ist es eben diese Fähigkeit, die von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in einem sich ständig ändernden Rahmen verlangt wird. Es besteht keine vollständige Sicherheit, die Komplexität der Situation vollständig erfassen zu können (vgl. ebd., S. 192). Dennoch lässt sich der Charakter der Profession aufgrund der Autonomiesituation insgesamt als „bescheiden“ einschätzen (vgl. Schütze 1992, S. 144ff).

Schützes Ansatz entsprechend ist Staub-Bernasconis Idee von einer menschenrechtsbasierter Sozialen Arbeit zu kritisieren. Von individuellen auf internationale Probleme schließen zu können und diese nach menschenrechtlichen Aspekten bewerten zu können, um sie schließlich nachhaltig zum Wohle aller zu bearbeiten, ist nur begrenzt möglich. Es besteht keine Sicherheit, Situationen dieser Größenordnung unabhängig von anderen Professionen in ihrer vollständigen Komplexität erfassen und bewältigen zu können. Zudem existiert eine bereits erwähnte Kopplung an staatliche Maßgaben, die die Soziale Arbeit in ihren Aufträgen in Deutschland beschränkt. Ihre Autonomie ist durch das doppelte Mandat insofern eingeschränkt, dass sie vom deutschen Staat dazu verpflichtet wird, eine individuumbezogene Funktion anzunehmen. Sie soll Dienstleister für den Staat bleiben und keine Forderungen an die Politik stellen. Es stellt sich die Frage, inwiefern Soziale Arbeit also sozialen Wandel in der

Gesellschaft und einer Verbesserung der menschenrechtlichen Situation antreiben kann, solange sie von Institutionen beauftragt und finanziert wird, die beispielsweise aus ökonomischen oder politischen Gründen Misslagen mit verantworten und kein Interesse an einer Bekämpfung der Ursache haben. Bleibt die Profession Soziale Arbeit in Deutschland nur deshalb „bescheiden“, weil sie ihre Finanziere nicht verärgern möchte?

Für die folgenden Ausführungen wird ein kritisches Verständnis der Profession Soziale Arbeit angenommen. Ihre Grundsätze, wie beispielsweise unter menschenrechtlichen Prinzipien die Förderung von sozialen Wandel, Entwicklung und Zusammenhalt voranzutreiben, müssen in Relation zu ihren vorhandenen Ressourcen und strukturellen Einschränkungen gesehen werden. Es geht im Folgenden nicht um eine Hervorhebung der Sozialen Arbeit als Universallösung auf soziale Problemlagen. Eine realistische Einschätzung ihrer Möglichkeiten und Grenzen ist der Ausgangspunkt für die Untersuchung einer möglichen Zusammenarbeit mit der Polizei. Im folgenden Abschnitt sollen daher Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Blick genommen werden.

#### **4.2. Das Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Polizei**

Im Folgenden wird das Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Polizei betrachtet: Anhand der im Rahmen dieser Arbeit aufgezeigten Rollen der Professionen in Deutschland bedarf es einer weiteren Ausdifferenzierung der vorhandenen Übereinstimmungen und Unterschiede, um später eine Trennlinie zwischen diesen Professionen ziehen zu können. Es soll die gegenseitige Anerkennung thematisiert werden, da diese für eine Zusammenarbeit von grundlegender Bedeutung ist.

Polizei und Soziale Arbeit sehen sich beide als Bearbeiter von sozialen Problemlagen und kommen in ihrer Praxis häufig miteinander in Kontakt. Bei diesen wechselseitigen Begegnungen sind sie dazu gezwungen, Abstimmungen vorzunehmen (vgl. Möller 2010a, S. 9). Dennoch bestehen zur Kooperation der beiden Professionen bislang noch erhebliche Forschungsdefizite. Eine interprofessionelle Debatte spiegelt sich weder im Fortbildungsbereich noch in der aktuellen Fachliteratur wieder. Entsprechende Publikationen sind selten oder überholt (vgl. ebd., S. 11). Herangezogen für die weitere Betrachtung des Themas werden im Schwerpunkt die Publikation *„Sozialarbeit und Polizei – Sozialarbeit im Polizeirevier als neues Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit“* aus dem Jahr 2000 von Schmitt-Zimmermann, welches bereits in Abschnitt 3.3 kurz vorgestellt wurde, Dolds 2010 publizierte Arbeit mit dem Titel *„Polizei und soziale Hilfe als soziale Systeme – Chancen und Grenzen der Koordination“*, sowie Möllers 2010 veröffentlichtes Werk *„Dasselbe in Grün? Aktuelle Perspektiven auf das Verhältnis von Polizei und Sozialer Arbeit“*. Trotz der weit zurückliegenden Veröffentlichungsjahre und teilweise sehr



praxisorientierten Behandlung des Themas liefern die genannten Quellen wichtige Informationen zur Untersuchung des Themenkomplexes sowie Einblicke in mögliche Berührungspunkte.

In der Vergangenheit hat das Verhältnis zwischen den Professionen Soziale Arbeit und Polizei einen Wandel durchlaufen. Wurden in den 1970er und 1980er Jahren noch die Grenzen und Aufgabenbereiche abgesteckt, hat sich der „Machtkampf“ in den letzten Jahren zunehmend in eine wohlwollende Bereitschaft zum Dialog entwickelt. Der gegenseitige Respekt scheint gewachsen zu sein, was nicht zuletzt mit einem Generationswechsel der Fachkräfte zusammenhängt. In den beruflichen Selbstverständnissen der 68er Generation waren beide Professionen noch Opponenten, biografisch bedingt entspannt sich dies bei jüngeren Generationen (vgl. ebd., S. 9f).

Diese Entspannung führte jedoch nicht gleichzeitig zu einem konfliktfreieren Umgang miteinander. Zielsetzungen, Zuständigkeiten und Auftragslagen wurden unbestimmter. Die Soziale Arbeit wirft der Polizei sogar Kolonialisierungsbestrebungen vor, da diese sich vor allem in der polizeilichen Jugendarbeit sozialarbeiterischer Ansätze und Methoden bedient (vgl. ebd., S. 10f). Fraglich ist hierbei die Sprachwirksamkeit der Sozialen Arbeit (vgl. Heite 2008, S. 153f). Scheinbar erkennt die Polizei die innerhalb der Profession entwickelten Ansätze und Methoden an, dennoch schreibt sie deren Verwendung kein benötigtes Professionswissen zu. Mit dieser Problematik sieht sich die Profession Soziale Arbeit auch hinsichtlich anderer Professionen häufig konfrontiert (vgl. ebd., S. 122). Kritik demgegenüber kann aber nur schwer glaubhaft ausgeübt werden, da in der Sozialen Arbeit für sozialarbeiterische Aufgaben zunehmend ungelernte und fachfremde Kräfte einstellt werden, um Kosten zu reduzieren (vgl. Seithe 2012, S. 154).

Um exemplarisch die Tendenzen in der Wahrnehmung hinsichtlich dieses Aspekts darzustellen, befragte Schmitt-Zimmermann Fachleute<sup>24</sup> für Soziale Arbeit und Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Dieser Befragung ist zu entnehmen, dass das Bild über die Soziale Arbeit von dem Selbstverständnis der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter abweicht. Ein Drittel der Personen mit polizeilichen Hintergrund sowie etwa ein Drittel der Personen mit sozialarbeiterischen Hintergrund sehen Polizistinnen und Polizisten dazu in der Lage, mit einer Zusatzausbildung die Aufgaben der Sozialen Arbeit zu übernehmen (vgl. Schmitt-Zimmermann 2010, S. 114f). Das zeigt, dass nur wenig Diskrepanzen zwischen den Professionen erkannt und eine Nähe zwischen ihnen angenommen wird: Beide handeln im Auftrag der Gesellschaft und leisten einen Beitrag zum Schutz dieser (vgl. ebd., S. 118). Doch eine erfolgsversprechende Zu-

---

<sup>24</sup> Zu beachten sei, dass auch Fachfremde, wie z.B. Soziologen oder Zivildienstleistende, sich als Experten der Sozialen Arbeit verstanden und sich selbst so zur Teilnahme autorisiert haben (vgl. Schmitt-Zimmermann 2000, S. 114).

sammenarbeit ergibt sich nicht nur aus Ähnlichkeiten in Kompetenzen und Wirkkreisen, sondern auch aus der Bereicherung und Ergänzung durch unterschiedliche Fähigkeiten und Ressourcen (vgl. Möller 2010b, S. 17).

Die grundlegenden Unterschiede (vgl. Tab. 4), welche die Ausgangslage für eine Kooperation bilden, beschrieb Möller (2010b) bereits treffend. So zeichnet sich in der Profession Soziale Arbeit neben dem Blick auf die gesamte Gesellschaft eine Konzentration auf das Individuum ab, die nicht im Sinne des Gemeinwohls als Adressatin beziehungsweise Adressat verstanden wird. Vielmehr bezieht sie soziale Merkmale wie Bedürfnisse, Interessen und Lebenswelten der Zielgruppe ein, um ihren Auftrag zu erledigen. Das häufig vermisste Expertenwissen zeigt sich darin, dass diese weichen Faktoren, welche im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen, oftmals situationsabhängig, individuell und komplex verwoben sind. Dabei nehmen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eine unterstützende Haltung und somit eine Parteilichkeit ein. Eine Standardisierung ist nur bis zu einem gewissen Maße möglich, da der Beziehungsaufbau durch unvorhersehbare Faktoren bestimmt wird. Daher kommt ihr eine hohe Gestaltungsmöglichkeit zu und Entscheidungsfreiheit zu. Dennoch müssen sie sich an den rechtlichen Rahmen und die Vorgaben ihres Auftrags halten (vgl. Möller 2010b, S. 17ff).

Diese Vorgaben sind in der Polizeiarbeit der Hauptaspekt: Bei der Realisierung ihres Auftrages wird von der Polizei, erwartet, dass sie sich genauestens an gesetzliche Bedingungen hält, da sie ihre Legitimierung gänzlich durch den Staat erfährt. Die rechtlichen Maßgaben sind durch historische Entwicklungen ebenfalls Garant für die Sicherheit vor Machtmissbrauch seitens der Polizei (vgl. Kap. 3.1, Kap. 3.2). Ihr Handeln gegenüber dem Individuum ist kurzfristiger Natur und dient der Erfüllung des Auftrags und der Sicherung der gesamten Bevölkerung. Das Individuum steht nur indirekt im Mittelpunkt. Das standardisierte Vorgehen ermöglicht es den Vollzugsbeamtinnen und -beamten, klare Entscheidungen zu treffen und in Notfällen schnell reagieren zu können. In Gefahrensituationen strahlen Mitarbeitende der Polizei Autorität und Respekt aus, was zur Abwehr von gefährlichen Situationen maßgeblich ist (vgl. Möller 2010b, S.17ff).

Tab. 4: Unterschiede zwischen Sozialer Arbeit und Polizei<sup>25</sup>:

<b>Merkmal/ Profession</b>	<b>Soziale Arbeit</b>	<b>Polizei</b>
<b>Auftrag</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherstellung individueller Handlungsfähigkeit</li> <li>• Soziale Integration</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gefahrenabwehr (repressiv/präventiv)</li> <li>• Strafverfolgung</li> </ul>
<b>Selbstverständnis</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Subjekt-/strukturbezogene Gestaltungs-, Entwicklungs- und Bildungsaufgabe</li> <li>• Doppeltes Mandat</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahrung/Wiederherstellung öffentlicher Sicherheit und Ordnung</li> <li>• Vorbeugende Schutzfunktion</li> </ul>
<b>Arbeitsprinzipien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prinzip des Datenschutzes /Vertrauensschutzes</li> <li>• Freiwilligkeit (in den meisten Fällen)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Legalitätsprinzip</li> <li>• Vertretung der Staatsmacht/des Gesetzes</li> </ul>
<b>Vorgehensweise</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hohe Transferleistung von wissenschaftlichem Wissen in praktisches Handeln in der individuellen Situation</li> <li>• Bedürfnis- und lebensweltorientiert</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nach gesetzlichen Maßgaben</li> <li>• Bürokratisch-standardisiert</li> <li>• Administrativ-formalisiert</li> </ul>
<b>Beziehung zur Zielgruppe</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Langfristiger, intensiverer Kontakt</li> <li>• Zuschreibung einer Unterstützungsfunktion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• kurzfristiger</li> <li>• asymmetrisches Machtverhältnis</li> <li>• wird als Gegenspieler wahrgenommen</li> </ul>

Im Kontrast dazu stehen die Übereinstimmungen der Professionen. Beide Professionen werden von der Öffentlichkeit als relevante Bearbeitungssysteme sozialer Probleme wahrgenommen. Ihnen werden Erwartungen, Ansprüche und Kritik entgegengebracht. Ähnlichkeiten in den Aufgaben sind beispielsweise präventive Herangehensweisen, soziale Kontrolle, der Aspekt des Opferschutzes und ihre Unterstützungsfunktion (vgl. ebd., S.19f).

Als bereits bestehende Kontaktbereiche von Sozialer Arbeit und Polizei gelten nach Möller 2010 unter anderem die folgenden Arbeitsfelder: Jugend, Rechtsextremismus, Prostitution, Sucht, Gewaltprävention und Häusliche Gewalt (vgl. ebd.)

Trotz gemeinsamer Arbeitsbereiche und überlappender Aufgaben existieren auf konzeptioneller Ebene bisher nur wenige Berührungspunkte. Eine produktive Zusammenarbeit findet bisher kaum oder nur in Einzelfällen statt. Umso dringlicher wird eine Auseinandersetzung mit der Kooperation der beiden Professionen in Anbetracht des expandierenden Arbeitsaufkommens im Flüchtlingsbereich. Austauschprozesse und Kooperationsformen müssen gefunden wer-

<sup>25</sup> Quelle: in Anlehnung an Möller 2010b, S. 17ff.

den, um unter Berücksichtigung menschenrechtlicher Aspekte effiziente Lösungen für die Arbeit mit einer mehrfachbelasteten Zielgruppe erfolgreich zu gestalten. Ein Nebeneinander der Professionen führt aus den verschiedensten Perspektiven zu Nachteilen für sowohl die Zielgruppe als auch beteiligte Akteure sowie Auftraggeber.

Bevor im empirischen Teil dieser Arbeit die Untersuchung der Zusammenarbeit am Beispiel einer Noterstaufnahmeeinrichtung des Landes stattfinden kann, bedarf es zunächst der weiteren Spezifizierung der Aufgaben von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern bei der Aufnahme von Asylsuchenden. Bisher wurde in Kapitel 4 aus professionstheoretischen Perspektiven auf die Rolle der Sozialen Arbeit geblickt. In diesem Abschnitt wurde festgestellt, dass der Vorwurf anderer Professionen, insbesondere auch der Polizei, besteht, dass Soziale Arbeit über kein Expertenwissen verfüge. Im Folgenden soll untersucht werden, was das spezielle Wissen der Profession Soziale Arbeit im Flüchtlingsbereich ausmacht und welches Alleinstellungsmerkmal ihr Eingreifen in den Flüchtlingsbereich legitimiert. Es wird abgegrenzt, inwiefern sich die Handlungsansätze der Sozialen Arbeit von anderen Professionen unterscheiden.

#### **4.3. Aufgaben von Sozialer Arbeit bei der Erstaufnahme von Asylsuchenden**

Im vorherigen Kapitelabschnitt stellte sich bei der Betrachtung des Verhältnisses zwischen den Professionen Sozialer Arbeit und Polizei die Frage, für welche Aufgabenfelder im Flüchtlingsbereich die Soziale Arbeit Verantwortung trägt. Aus den bisherigen Ausführungen ist abzuleiten, dass es bereits bei Fragen im alltäglichen Leben zu vielschichtigen, komplexen Herausforderungen kommt. Für eine professionelle Ausrichtung der Sozialen Arbeit in diesem Bereich und der Untersuchung von Kooperationsmöglichkeiten mit der Polizei bedarf es daher der klaren Definition ihrer Zuständigkeitsbereiche. Grundsätzlich sollte hierfür eine intensive Analyse des tatsächlichen Bedarfs durchgeführt werden; dies ist im Rahmen dieser Arbeit allerdings nicht zu leisten. Es werden daher kurz die Ziele der Flüchtlingssozialarbeit dargestellt, wonach ein Überblick über bereits entwickelte Einsatzgebiete erfolgt. Der Schwerpunkt wird auf der Tätigkeit von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen und deren Unterstützung in Erstaufnahmeeinrichtungen liegen.

Spezifiziert man die bisher professionstheoretisch gewonnenen Erkenntnisse (vgl. Abschnitt 4.1) auf die Flüchtlingssozialarbeit, so ist ihr langfristiges Ziel in Bezug auf geflüchtete Menschen die Auflösung der Teilhabebeschränkungen an der Gesellschaft (vgl. DBSH 2014). Dies soll durch die Stärkung und Befähigung von Einzelnen und Gruppen geschehen, indem durch Beratung, Betreuung und Unterstützung Zugänge zu allen Bereichen des sozialen Lebens und Sicherung von materiellen Wohlergehen geschaffen und gesichert werden (vgl. Initiative Hochschullehrender zu Sozialer Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften 2016, S. 5). Diese Aufgabe

muss neben der direkten Unterstützung im Einzelfall auch durch strukturell-konzeptionelle Arbeit auf gesellschaftlicher und politischer Ebene stattfinden, um einen langfristigen sozialen Wandel herbeizuführen (vgl. ebd., S6; DBSH 2014). Daraus können für die Praxis vielfältige Aufgabenbereiche hervorgehen. Da bisher aber nur wenig Standardisierungsprozesse stattgefunden haben und viel auf dem Engagement von einzelnen Institutionen basiert (vgl. Schirilla 2016, S. 158), stellt die folgende Auflistung lediglich einen Ausschnitt der dezentral gewachsenen Angebote dar (vgl. AG MASF Brandenburg 2011a):

- Betreuung und Beratung im Rahmen der Erstaufnahme
- Betreuung bei Heimunterbringung und Alltagsbewältigung
- Unterstützung bei der Wohnraumsuche („Auszugsmanagement“)
- Integrationsförderung (Sprach-, Freizeit- und Bildungsangebote, Arbeitsmarktzugang)
- Unterstützung von unbegleiteten Minderjährigen
- Beratung zur finanziellen, gesundheitlichen und sozialen Absicherung
- Asylverfahrensberatung, Rückkehrberatung
- Sozialdienste bei Behörden zur Flüchtlingskoordination (zum Beispiel Amt für Wohnungswesen)
- Hilfe bei psychischen/psychosozialen Belastungen
- Ehrenamtskoordination und -qualifizierung
- Antidiskriminierungsarbeit
- Öffentlichkeits-, Netzwerk- und Lobbyarbeit

Die Betreuung und Beratung im Rahmen der Erstaufnahme soll nun in den Fokus gerückt werden, weshalb die darüber hinaus aufgezählten Aufgabenfelder hinsichtlich einer weiteren Erläuterung vernachlässigt werden. Sie dienen dennoch einer Veranschaulichung der Vielseitigkeit der Aufgabenfelder des Flüchtlingsbereichs.

Bei der Differenzierung von Betreuung und Beratung ist zu betonen, dass diese nicht völlig losgelöst von dem jeweils anderen Bereich betrachtet werden können (vgl. ebd., S. 1). Gerade bei längeren Aufenthaltszeiten durch eine hohe Anzahl an Asylsuchenden kommen zusätzliche Aufgaben hinzu. Es ist erforderlich, die Begriffe *Betreuung* und *Beratung* sowie damit einhergehende praktische Aufgaben voneinander abzugrenzen (vgl. Wendel 2014, S. 73).

Der sächsische Ausländerbeauftragte Martin Gillo definiert im „Heim-TÜV 2013“<sup>26</sup> die *soziale Betreuung* als einen hoch zu gewichtenden Faktor für eine menschenwürdige und angemessene Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften in Kommunen (vgl. Gillo 2013, S. 17f).

---

<sup>26</sup> Seit 2010 werden in Sachsen alle Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende nach klaren Standards untersucht, welche sich am zentralen Wert des GG, der Menschenwürde, orientieren. Ziel ist es, Verbesserungsprozesse anzutreiben (vgl. Gillo 2013, S. 7).

Seine Ausführungen lassen sich ebenfalls auf die Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder anwenden, da diese sich selbst bei einer kürzeren Verweildauer gleichermaßen an der in Art. 1 des Grundgesetzes verankerten Menschenwürde orientieren müssen.

Hervorgehoben wurde, dass die sozialen Betreuungsangebote durch qualifizierte Sozialarbeiterinnen beziehungsweise Sozialarbeiter erbracht werden. Diese verfügen über geeignete Fähigkeiten und notwendige Qualifikationen im Umgang mit der sehr vielseitigen, heterogenen Zielgruppe (vgl. Kap. 2.4; Gillo 2013, S. 19). Die Überprüfung der Standards der sozialen Betreuung in den sächsischen Gemeinschaftsunterkünften findet anhand folgende Kriterien statt: Das Vorhandensein eines schriftliches, verbindliches Betreuungskonzept, der verwendete Betreuungsschlüssel, die Haltung des gesamten Heimpersonals gegenüber der Bewohnerinnen und Bewohnern, die Ansprechbarkeit und Anwesenheit der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vor Ort sowie die Gestaltung und Menge bedarfsgerechte Angebote (vgl. Gillo 2013, S. 28).

Der Betreuung sind alle Unterstützungsmaßnahmen im alltäglichen Leben zuzuordnen. Dazu gehören beispielsweise die Koordination der Zimmer, die Gestaltung eines friedlichen Zusammenlebens, die Unterstützung bei Behördenangelegenheiten und eine Orientierungshilfe im neuen Sozialraum (vgl. AG MASF Brandenburg 2011a). Die Soziale Arbeit leistet dabei auch Vermittlungsarbeit zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und verschiedenen Akteuren wie Ehrenamtlichen, dem Wachschutz oder Personen im benachbarten sozialen Umfeld (vgl. Gillo 2013, S. 19).

Klar davon abzugrenzen ist die *Beratungstätigkeit*. Das Land Nordrhein-Westfalen definiert die wesentlichen Aufgaben für die Beratung im Flüchtlingsbereich in einem Richtlinienkatalog: Der Schwerpunkt liegt auf der Hilfestellung bei asyl-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen sowie Übersetzungshilfen. Hinzu kommt die Beratung bei Problemen im sozialen, psychischen, gesundheitlichen und persönlichen Bereich (vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2008, S. 6f). In der Erstaufnahmeeinrichtung sollen diesbezüglich lediglich eine erste Klärung der Situation und eine Sozialberatung stattfinden. Bei asylrechtlichen Fragen findet eine Vermittlung an eine unabhängige Verfahrensberatung statt (vgl. AG MASF Brandenburg 2011a). In allen Fällen handelt es sich jedoch um Interaktion, Kommunikation und Kooperation in einem kulturell heterogenen Setting, nämlich einer interkulturellen Beratung (vgl. Heimannsberg 2000, S. 70). Diesem Ansatz nach wird während des gesamten Beratungsprozesses kultursensibel vorgegangen, das heißt kulturelle Unterschiede werden weder übergangen noch in den Mittelpunkt gestellt. Die vorhandene Vielfalt und die Individualität der Situation zwischen Ratsuchenden und Beratenden werden vielmehr genutzt, um einen Dialog zu fördern (vgl. Pirmoradi 2012, S. 55). Laut dem interkulturellen Ansatz Pirmoradis ergeben

sich daher zusätzliche Aufgaben, welche über bloßes Fachwissen hinausgehen und qualifizierte Fachkräfte der Sozialen Arbeit erfordern. Diese sind der Aufbau einer kultursensitiven Beziehung, das Erfassen und Verstehen der Problemlage, die Vereinbarung und Überprüfung von Beratungszielen unter Berücksichtigung der ethnisch kulturellen Werteorientierung und das Finden ressourcenaktivierender, kultursensibler Lösungswege (vgl. ebd., S. 6f).

Aus dieser Gegenüberstellung ergeben sich zwei voneinander abweichende Aufgaben der Sozialen Arbeit in Erstaufnahmeeinrichtungen. Gemeinsam haben sie, dass es sich um Begegnungen in einem kulturell heterogenen Setting handelt. Dennoch lassen sich aus den Kernpunkten beider Aufgaben unterschiedliche Anforderungen an die Qualifikationen der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ableiten. Während bei der Betreuung ein breit angelegtes Wissen über sozialräumliche Strukturen, Vorgänge der Behörden und pragmatische Problembewältigung gefordert wird, basiert die Beratungstätigkeit auf Vertrauensbildung und Beziehungsarbeit. Für sie sind die Kompetenzen der kultursensiblen Beratung und Gesprächsführungsmethoden von Vorteil. Ebenfalls sind durch die komplexen Belastungen (vgl. Kapitelabschnitt 2.1) Kenntnisse im Umgang mit Traumatisierungen erforderlich.

In der Praxis erwarten die Betreiber der Erstaufnahmeeinrichtung von den eingesetzten Kräften der Sozialen Arbeit oft, beide Bereiche gleichermaßen abzudecken. Beim veranschlagten Betreuungsschlüssel liegt keine Unterscheidung in Betreuung und Beratungstätigkeit vor. Häufig erweist sich dieser daher als nicht ausreichend. Deshalb fordert die AG MASF Brandenburg in ihrem Positionspapier zu Anforderungen der Beratung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen im Land Brandenburg, dass ein differenzierter Personalschlüssel für beide Bereiche entwickelt wird, da eine qualitative Absicherung beider Bereiche sonst nicht geleistet werden kann (vgl. AG MASF Brandenburg 2011b). Des Weiteren führt eine Verknüpfung beider Bereiche zu einer in den vorherigen Abschnitten bereits beschriebenen Doppelfunktion der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Einerseits besteht der Auftrag, die Schutzsuchenden in ihren Belangen zu unterstützen. Andererseits erwarten die Betreiber und Behörden das Ausüben einer Kontrollfunktion (vgl. Wendel 2014, S. 73). Eine Trennung der beiden Bereiche könnte den Druck auf Beratende vor Ort reduzieren und so die Möglichkeiten des Aufbaus eines vertrauensvollen und respektvollen Verhältnisses ausweiten. Dies ist in Anbetracht der belasteten Zielgruppe erforderlich, um einen menschenwürdigen Umgang miteinander zu fördern und die ersten Integrationsschritte anzustoßen.

Zusammenfassend zeigt dieser Abschnitt eine Fülle an Aufgaben auf, die der Sozialen Arbeit im Flüchtlingsbereich zukommen. Speziell in Erstaufnahmeeinrichtungen fallen darunter die soziale Betreuung und Beratung. Die Zuständigkeit der Sozialen Arbeit wurde durch eine Betrachtung dieser Aufgabenfelder ersichtlich. Obwohl bisher keine intensive Auseinanderset-

zung mit Qualitätsstandards in diesem Feld stattfand und sich die Ansprüche der verschiedenen Länder stark unterscheiden, konnte festgestellt werden, dass fachspezifische Qualifikationen aufgrund des kulturell heterogenen Settings erforderlich sind. Da die Zielgruppe ebenfalls keine homogene Gruppe darstellt und häufig von komplexen Mehrfachbelastungen geprägt ist, bedarf es im Umgang mit dieser einer speziellen Haltung und Methodik. Bestandteil des folgenden Abschnitts werden die bereits angeklungenen Anforderungen an die Qualifikationen der Fachkräfte zur erfolgreichen Tätigkeit in den beschriebenen Aufgabenfeldern sein.

#### **4.4. Notwendige Qualifikationen für die Arbeit in Aufnahmeeinrichtungen**

Aus den voranstehenden Kapitelabschnitten ist abzuleiten, dass sich die Soziale Arbeit sowohl hinsichtlich ihrer Profession als auch ihrer Rolle im Flüchtlingsbereich noch in der Findungsphase befindet. Es wurde bereits angedeutet, dass die Arbeit mit geflüchteten Menschen eine besondere Herausforderung darstellt und daher spezifische Qualifikationen erfordert. Alle beteiligten Akteure benötigen sicherlich eine neue Sensibilität und sollten ihre Arbeitsweisen an der Zielgruppe ausrichten. Ausgangspunkt ist die Perspektive und das Selbstverständnis der jeweiligen Profession. Für eine Profession in der Findungsphase erweist sich dies als besonders mühevoll. In bisherigen Kapiteln wurde die Frage nach dem Alleinstellungsmerkmal und Expertenwissen der Sozialen Arbeit aufgeworfen. Dieses Kapitel soll die speziellen Anforderungen an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern im Kontakt mit Schutzsuchenden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes beschreiben. Anhand dessen gilt es zu bewerten, ob die Soziale Arbeit zu Recht als „bescheiden“ betitelt wird.

Aus den geschilderten Aufgabenbereichen wird ersichtlich, dass die Tätigkeitsfelder der Sozialen Arbeit im Flüchtlingsbereich von der einzelfallbezogenen Arbeit bis zur übergreifenden politischen Arbeit reichen (vgl. Pröbß 2011, S. 183). Nach Staub-Bernasconi dient die Einzelfallhilfe dazu, die Problemlagen in den Gesellschaftsstrukturen zu identifizieren und schrittweise zu bearbeiten (vgl. Kapitel 4.1). Eine erfolgreiche Einzelfallhilfe setzt die Fähigkeit voraus, jedes Anliegen mit „offenen Augen“ zu betrachten. Da betreuende und beratende Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter durch professionelles Handeln Lebenschancen vergeben können, sollte folglich jeder Sachverhalt individuell betrachtet und das eigene Vorgehen reflektiert werden (vgl. ebd., S. 184). Dazu gehört auch eine vollständige Anerkennung der schutzsuchenden Person unabhängig ihres rechtlichen Aufenthaltsstatus, ihrer Herkunft, Religion oder Bleibeperspektive (vgl. Initiative Hochschulelehrender zu Sozialer Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften 2016, S. 5).

Die Einzelfallhilfe in Form von Beratung soll Asylsuchende sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber dazu befähigen, ihre Handlungsoptionen zu erkennen und mithilfe der erforderlichen



Informationen, beispielsweise zur rechtlichen Situation, selbstständig Entscheidungen zu treffen. Dabei sollten stets die Bedürfnisse und Ressourcen der Betroffenen im Vordergrund stehen, diese sind klar von den Interessen einer gesamten Zielgruppe oder Organisation abzugrenzen. Um Transparenz für alle Beteiligten zu schaffen bietet sich simultan zu dem von Gillo vorgeschlagenen Betreuungskonzept eine Entwicklung von Beratungsgrundsätzen und -standards an (vgl. Prölß 2011, S. 185). Dazu benötigen die Fachkräfte stets aktuelle Kenntnisse über die rechtlichen Gegebenheiten, gesellschaftliche Strukturen und Angebote. Die Bewältigung von Problemlagen der Zielgruppe in Aufnahmeeinrichtung erfordert neben diesem Fachwissen eine hohe Flexibilität und Kreativität bei der individuellen Lösungsfindung, da die Bedingungen für die Zielgruppe Flüchtlingssozialarbeit stark abhängig von der Politik und den Behörden sind (vgl. Rassmann 1999, S. 67).

Prölß spricht bei der Interessenvertretung der Adressatinnen und Adressaten von einer „Anwaltschaft“ (Prölß 2011, S. 184f), wobei dieser fachfremde Begriff in Anbetracht der Findungsphase der Profession in diesem Arbeitsbereich nicht unkritisch zu sehen ist. Eine Alternative könnte der Begriff „Fürsprecherschaft“ darstellen. Laut dem Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm versteht man unter dem Verb „fürsprechen“

*„[...] stellvertretend zu gunsten oder zum besten jemandes oder einer sache sprechen, ihn oder sie vertheidigen, für ihn oder sie mit wort und rede einstehn“ oder „im namen einer gesammtheit von personen oder einer genossenschaft das wort führen, wortführer sein, worthalter sein [...] [sic!]“ (Grimm/Grimm 1971, Bd. 4, Sp. 837).*

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter nehmen in diesem Sinne als Fürsprecherinnen und Fürsprecher eine parteiliche Rolle zugunsten der Schutzsuchenden ein, um so für deren „Bestes“ beziehungsweise für die Wahrung ihrer Rechte einzutreten, wenn diese Unterstützung benötigen (vgl. Kapitelabschnitt 4.1). Hervorzuheben ist, dass sie auch vor Rechtsanwälten ihre Rolle als Fürsprechende bewahren, was durch diese Begriffsverwendung deutlich gemacht würde.

Um von der Zielgruppe in der Rolle als Fürsprechende angenommen zu werden, müssen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der Lage sein, eine Beziehung und somit ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Voraussetzung hierfür ist der Grundsatz der Verschwiegenheit<sup>27</sup>. Eine deutliche Abgrenzung der Sozialen Arbeit zu öffentlichen Stellen und eine Erklärung der Datenschutzrichtlinien kann dabei dienlich sein (vgl. Pölß 2011, S. 184). Zudem sollte ein kultursensitiver Umgang mit den Schutzsuchenden stattfinden (vgl. Chatzigianni-Henrion 2009,

---

<sup>27</sup> Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter besteht in Ermittlungsverfahren allerdings kein Auskunftsverweigerungsrecht nach §53f StPO, es sei denn sie bringen sich durch die Auskunft selbst in Gefahr (vgl. §55 StPO). Eine Verpflichtung zur Aussage vor der Polizei besteht nicht, lediglich vor der Staatsanwaltschaft oder einer RichterIn beziehungsweise eines Richters (vgl. Hoffmann 2004, S. 9).

S. 101), um beispielsweise Missverständnisse zu vermeiden. Oft ist der Zugang zu beziehungsweise die Verständigung mit den Ratsuchenden nur in einer Fremdsprache oder gegebenenfalls durch Dolmetschende möglich (vgl. Von Schlippe/El Hachimi 2000, S. 94f). Die gelungene Kommunikation ist eine Grundlage für einen positiven Beziehungsaufbau (vgl. Pirmoradi 2012, S. 155f). Diese Situation verlangt eine Beschäftigung mit dem Einfluss von Sprache auf die Wahrnehmung und das Verstehen. Oft scheitert eine Kommunikation nicht an fehlenden Sprachkenntnissen, sondern an einem fehlenden Bewusstsein über Diskrepanzen und Determinationen in den verschiedenen Verstehenssystemen. Um die Rolle der Fürsprecherinnen auszuüben, muss die Beschäftigung mit der kulturellen und sprachlichen Prägung der Sprach- und Verstehenssysteme der Schutzsuchenden und deren Lebenswelt stattgefunden haben. So lassen sich die Fragen und Probleme der Ratsuchenden in deren Wahrnehmung der Welt einordnen und Fehlinterpretationen oder Missverständnisse vermeiden. Gewonnenes Empathievermögen kann so zu einer neuen Distanz zu sowie zu einem Verständnis für Verhaltensweisen führen (vgl. Kunze 2000, S.70).

Über die Einzelfallhilfe hinaus beinhaltet die Arbeit in Unterkünften für Asylsuchende die Schaffung und Pflege von Netzwerken, Lobbyarbeit und Kooperationsaufbau. Unter Wahrung der Identität und den Werten der Profession sowie Fürsprache für die Interessen der Zielgruppe werden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu Koordinatoren, Vermittlern und Mediatoren. Dies setzt eine gute Kompromissbereitschaft und Empathievermögen voraus (vgl. Pölß 2011, S. 187). Oft erweist sich die Koordination des ehrenamtlichen Engagements von Freiwilligen rund um Aufnahmeeinrichtung als eine große Herausforderung, da Ehrenamtliche Begleitung benötigen. Ehrenamtliche stellen mit ihren Angeboten dennoch eine notwendige Unterstützung dar und stärkt die Akzeptanz in dem umliegenden Sozialraum. Hieraus geht hervor, dass eine positive Haltung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen gefördert werden sollte. Durch klare Rahmenbedingungen, Zielvorstellungen und Begleitung können Rollenkonflikte und Grenzüberschreitungen vermieden werden (vgl. ebd., S. 188).

Dieser Abschnitt zeigt deutlich, dass die Arbeit im Flüchtlingsbereich einen komplexen Aufgabenbereich beinhaltet. Um diesen erfolgreich zu bearbeiten, bedürfen die Fachkräfte besonderer Eignungen. Zu Beginn wurde die Frage nach speziellen Kenntnissen und Methoden gestellt, die nur durch eine professionelle Soziale Arbeit bewerkstelligt werden können. Dazu gehören die ethischen Grundwerte und die Orientierung an den Menschenrechten sowie der Auftrag diese für alle Menschen gleichermaßen anzuwenden: Diese Haltung macht die Professionellen zu Fürsprechenden für die schutzsuchende Zielgruppe, die aufgrund ihrer Flucht weder im Herkunftsland noch im Aufnahmeland anderweitige parteiliche Unterstützung erfährt. Flexibilität erwies sich als zentrale Fähigkeit im Umgang mit den sich ständig ändernden Rahmenbedingungen, individuellen Lebenswelten und komplexen Problemlagen. Doch nicht nur

gegenüber der Zielgruppe sind Empathie und Perspektivwechsel gefragt, sondern auch in Kontakt mit weiteren Akteuren, wie Behörden oder Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, ebenso bei der Koordination von Ehrenamtlichen. Abschließend ergibt sich daraus die Kernfähigkeit der Profession. Trotz des Mandats gegenüber den legitimierenden Auftraggeberinnen und Auftraggebern arbeiten Professionelle immer unter Einbezug der Lebenswelten aller beteiligten Individuen und möglichst offen und reflektiert. Nach Auswertung der multiperspektivischen Interessen und Handlungsoptionen wird ein möglicher Lösungsweg aus der komplex verflochtenen Problemlage gesucht. Im Gegensatz dazu ist von anderen Professionen dieser Perspektivwechsel nicht gefordert, da sie nicht über mehrperspektivische Lösungsansätze verfügen. Sie sehen sich nicht wie die Soziale Arbeit dazu beauftragt, alles Notwendige zu verlassen, um Individuen unter Berücksichtigung menschenrechtlicher Aspekte dazu zu befähigen, ihre Anliegen selbst zu bearbeiten, sondern bieten mittels professionseigener Werkzeuge eine Teilhilfestellung. Die Soziale Arbeit bedient sich verschiedenster Ressourcen und bezieht alle relevanten Akteure mit in die Lösungsfindung ein, um das aus Sicht des Individuums bestmögliche Ergebnis zu erreichen.

Das nun folgende Kapitel beschäftigt sich mithilfe empirischer Methoden damit, inwiefern die beiden vorgestellten Professionen Polizei und Soziale Arbeit voneinander profitieren können und wo einer Zusammenarbeit dabei Grenzen gesetzt sind.

## **5. Empirischer Zugang: Ein Beispiel der Zusammenarbeit in einer Noterstaufnahmeeinrichtung**

In diesem Kapitel bietet ein empirischer Zugang zu der bislang nur theoretisch beleuchteten Fragestellung nach den Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit der Professionen Soziale Arbeit und Polizei im Flüchtlingsbereich. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht eine niedersächsische Noterstaufnahmeeinrichtung des Landes, die in kurzer Zeit erfolgreich Strukturen eines friedlichen Miteinanders und eine Bewerkstelligung der Unterbringung von Schutzsuchenden unter Berücksichtigung menschenrechtlicher Aspekte leisten konnte. Die Forschungsaktivitäten bilden dabei nur eine stark eingegrenzte Vorstudie, deren Erkenntnisse aber durchaus Impulse für tiefergehende Analysen geben können. Unter Berücksichtigung der in Kapitel 2 erläuterten Rahmenbedingungen für Erstaufnahmeeinrichtungen im Land Niedersachsen werden in einem ersten Abschnitt prägnante Strukturen und relevante Akteure im Forschungsfeld vorgestellt. Anschließend wird die Wahl der Methodik, insbesondere die explorative Vorgehensweise, erläutert, welche sich als richtungsweisend für die Zuspitzung der Fragestellung der vorliegenden Arbeit erwies. Abschließend werden die Ergebnisse der Untersuchung dargelegt und auf die Möglichkeiten und Grenzen für die Zusammenarbeit der im Theorieteil dieser Arbeit vorgestellten Akteure hin überprüft.

### **5.1. Struktur und Akteure**

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport beauftragte am 4. September 2015 den DRK-Landesverband Niedersachsen Notunterkünfte zu errichten und in Betrieb zu nehmen. Dadurch sollte eine Entlastung der Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes stattfinden. In sieben Liegenschaften der Bundeswehr wurden Noterstaufnahmeeinrichtungen geschaffen, von welchen in dieser Abhandlung nun eine näher betrachtet werden wird. Es handelt sich um eine Kaserne mit ca. 2.000 Plätzen für Asylsuchende. Diese liegt in einer niedersächsischen Kommune mit etwa 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Innerhalb von zwei Wochen wurde die Unterkunft mithilfe von drei DRK-Kreisverbänden, Soldaten der Bundeswehr, Polizeibeamtinnen und -beamten, ehrenamtlichen Ortsansässigen und DRK-Bereitschaften eingerichtet, sodass ab dem 14. September 2015 eine schrittweise Belegung der vorhandenen Plätze stattfand. Das Land stellte einen Sicherheitsdienst. Das zuständige Polizeikommissariat richtete eine Wache auf dem Gelände ein. Die materielle Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner wurde durch die DRK-Mitarbeitenden vor Ort organisiert und von Ehrenamtlichen unterstützt. Neben einer Informationstheke unterstützen Dolmetschende die Neuankommenden bei einer ersten Orientierung (vgl. DRK Landesverband Niedersachsen e.V. 2015).

Der Zeitplan und die Vielzahl beteiligter Akteure deuten einen erhöhten Druck auf die hauptamtlichen Mitarbeitenden an. Durch die Notsituation blieb nur wenig Zeit das eingesetzte Personal zu schulen oder auf kommende Situationen vorzubereiten. Eine operative Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Polizei und Militär fand bislang nicht statt. Auch die willkürliche Zusammensetzung ankommender Asylsuchender, die ihren neuen Alltag in sich noch entwickelnden Strukturen friedlich miteinander gestalten sollten, stellte eine Herausforderung dar. Durch den medialen Fokus auf den Flüchtlingsbereich standen alle Beteiligten sowie in dem Zusammenhang erfolgten Vorkommnisse im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Auch die Ortsansässigen reagierten in unterschiedlicher Weise auf die neue Funktion der Kaserne. Während ein Teil die neuen Nachbarn willkommen hieß und freiwillige Unterstützung leistete, formierten sich die rechten Strukturen innerhalb des Ortes zu einer selbsternannten „Bürgerwehr“, die Schutz für den Ort bieten sollte.

Trotz des gebotenen Konfliktpotenzials kam es in und um die Unterkunft zu keiner Eskalation. Im Vergleich zu anderen (Not-)Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Niedersachsen herrschte in der Kaserne ein friedliches Klima<sup>28</sup>. Durch eine Zusammenarbeit von DRK und Polizei konnten die Prozessabläufe innerhalb des Asylverfahrens auf pragmatische Weise vereinfacht und beschleunigt werden, indem wichtige Behörden durch Mitarbeiter des BAMF, Sozial- oder Jugendamts und der Landesaufnahmebehörde beispielsweise vor Ort stationiert wurden. Dies begrenzte ineffiziente Transportfahrten und entlastete Kapazitäten, die anderweitig zum Einsatz kommen konnten. Durch das Engagement der Beteiligten konnten sich in kürzester Zeit viele Angebote wie Sport- und Freizeitaktivitäten, Kinderbetreuung, Sprachförderung oder spirituelle Angebote entwickeln.

Die guten Versorgungsstrukturen<sup>29</sup> und das vorherrschende Klima in der Einrichtung führten sogar soweit, dass eine Gruppe von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ihre Notunterkunft in einer anderen Kommune verließ und in die Kaserne einziehen wollte (vgl. Keller 2015). In der vorliegenden Arbeit soll diese Noterstaufnahme daher als Untersuchungsobjekt dienen, um ausschlaggebende Faktoren für die erfolgreiche Entwicklung zu identifizieren. Ein besonderer Stellenwert der Analyse soll der Zusammenarbeit zwischen den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und der Polizei zukommen. Zwei Professionen, die in der Unterstützung der

---

<sup>28</sup> In der Erstaufnahmeeinrichtung Braunschweig kam es dahingegen z.B. durch Überbelegung, fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten und lange Wartezeiten bei der Essensausgabe vermehrt zu Konflikten zwischen Asylsuchenden. Gewaltsame Auseinandersetzung mit bis zu 70 Personen, die teilweise schwer verletzt im Krankenhaus versorgt werden mussten, erfordern nicht nur häufige Polizeieinsätze, sondern gefährden die Sicherheit und ein friedliches Zusammenleben in der Unterkunft (vgl. NDR 2015).

<sup>29</sup> Das Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge Exil e.V. bezeichnet die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Niedersachsen generell in einem offenen Briefes an die Landesaufnahmebehörde, das Landesinnenministerium und die Landesregierung sogar als „*beschämend*“ (Exil e.V. 2015).

Schutzsuchenden eine besondere Rolle einnehmen. Der anschließende Kapitelabschnitt stellt die methodischen Überlegungen sowie die Art und Weise der Untersuchung dar.

## **5.2. Methodik der empirischen Untersuchung**

Dieser Abschnitt stellt die gewählte Methodik der qualitativen Sozialforschung vor. Es sollen die Entscheidungskriterien für das Forschungsdesign und die darauf aufbauende Planung und Vorgehensweise verdeutlicht werden.

Wie sich im Verlauf der vorliegenden Arbeit herausstellte, handelt es sich sowohl bei der Kooperation der Professionen Soziale Arbeit und Polizei sowie der Arbeit im Bereich von Flucht, Zwangsmigration und Asyl um sehr junge Forschungsbereiche. Explizit die Situation der Erstaufnahme von Asylsuchenden stellt ein Desiderat dar. Dementsprechend existieren nur wenig wissenschaftliche Informationen zu diesem Themenbereich. Der Zugang zu diesem Feld weist daher einen explorativen Charakter auf. Ein erster Beobachtungsschwerpunkt lag auf der Zusammenarbeit beteiligter Akteure bei der Errichtung und Betreibung der Noterstaufnahmeeinrichtung. Obgleich die Positionen zur qualitativen Forschung als Exploration divergieren, stellt sie ein angemessenes Mittel dar, um theoretisch wenig strukturierte Gegenstandsbereiche zu erkunden (vgl. Lamnek 2010, S. 81).

Das methodologische Prinzip der Anpassung sieht eine Assimilation der Erhebungsmethoden an den Gegenstand vor. Es wird eine angemessene hermeneutische Deutungskompetenz vorausgesetzt, um die Fragestellung zu spezifizieren und eine erste Formulierung von Hypothesen aus dem Einzelfall zu ermöglichen (vgl. ebd., S. 82f). Blumer spricht Forschenden einen flexiblen Umgang mit der Untersuchungsausrichtung zu, da sie erst durch das Vertraut machen eines ihnen unbekannten Bereichs des sozialen Lebens entstehen (vgl. Blumer 1973, S. 122). Es soll so ein möglichst genaues Bild über die Realität im Forschungsfeld entstehen, welches im Laufe der Untersuchung nuanciert und genauer analysiert werden soll. Deskriptive Informationen sollen schließlich mit bereits existierenden theoretischen Zusammenhängen verknüpft werden (vgl. ebd., S. 123ff).

In diesem Sinne fand eine Reihe an Erschließungen des Untersuchungsobjekts statt: eine Sozialraumbegehung der Kommune bei der die Forschende sich einen ersten Eindruck von der Situation vor Ort sowie möglichen Auffälligkeiten schaffen konnte. Dabei kamen formlose Gespräche mit Anwohnerinnen und Anwohnern der Kommune sowie einer Gruppe von Bewohnern der Einrichtung zustande.

Da das Sampling explorativen Charakter hatte, wurde kein vorheriger Kriterienkatalog für die Auswahl der Gesprächsteilnehmer angefertigt. Folglich wird hier auf eine Darstellung verzichtet. Die Nennung der Funktionen der Gesprächsteilnehmenden wird als sinnvoll erachtet, um mögliche Effekte auf Darstellungsweisen miteinbeziehen zu können. Die Kontaktaufnahme

wurde in der Einrichtung wohlwollend angenommen. Die Gespräche vor Ort wurden durch die Flüchtlingskoordinatorin (Cf) der Polizei organisiert. Die Konsequenz daraus ist, dass der empirische Zugang zur Thematik eine polizeiliche Prägung erhielt. Die Polizeibehörde zeigte sich als sehr offen und gesprächsbereit. Es muss allerdings beachtet werden, dass in dieser Untersuchung schwerpunktmäßig die Sichtweise der Polizei betrachtet wird. Zu Positionen und Haltung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder Schutzsuchenden bedarf es weiterführender Untersuchungen.

Am ersten Aufenthaltstag in der Kommune wurde die Forscherin durch die Flüchtlingskoordinatorin der Polizeiwache auf dem Gelände durch die Noterstaufnahmeeinrichtung geführt. Begleitend zur Führung erläuterte die Expertin die Strukturen, Akteure und Entwicklungen seit Eröffnung der Einrichtung in einem narrativ aufgebauten themenzentriert zu verortenden Interview. Währenddessen konnten erste Begegnungen mit den Mitarbeitenden vor Ort und Bewohnerinnen und Bewohnern der Unterkunft stattfinden. Der Leiter des DRK (Dm) wurde ebenfalls angetroffen und schilderte seine Sichtweise zur Situation vor Ort und dem Konzept der Unterkunft. Dabei ist zu beachten, dass die Anwesenheit der Polizeibeamtin einen Einfluss auf die Aussagen des Sozialarbeiters ausgeübt haben könnte (vgl. Anhang 2). Am gleichen Tag lieferte die Teilnahme an einer Bürgerinformationsveranstaltung zur geplanten Erhöhung der Belegungszahlen weitere Impressionen zur Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung sowie der Zusammenarbeit beteiligter Organisatoren (vgl. Radio Bremen 2015).

An einem zweiten Termin wurde ein episodisches Interview mit der Leiterin des zuständigen Polizeikommissariats (Ef) (vgl. Anhang 3) geführt. Die Methode des episodischen Interviews geht davon aus, dass die Subjekte hinsichtlich des Untersuchungsgegenstands Erfahrungen erzählen oder beschreiben können ohne eine Beschränkung auf eine reine Erzählung auszuüben. Sie bietet sich an um gruppenspezifisches Erfahrungs- und Alltagswissen zu erheben und nutzt dazu Ansätze der narrativen und leitfadengestützten Interviews. Ein weiteres Merkmal ist, dass der Interviewende durch zielgerichtete Fragen anhand eines Leitfadens eine dem Alltag ähnliche Gesprächssituation herstellen kann (vgl. Lamnek 2010, S. 321f). Ziel dieser Methode war es, gruppenspezifisches Wissen der Polizei zu erheben. Dabei sollte die Möglichkeit gegeben werden, neue Sichtweisen in die Untersuchung einzubringen und die professionsinterne Wahrnehmung zu veranschaulichen. Durch die gezielten Nachfragen fand eine wiederholte Zentrierung auf die Zusammenarbeit mit beteiligten Akteuren und den Umgang mit möglichen Konfliktherden statt.

Während der Wartezeit in der Inspektion wurde ein narratives Interview mit dem Jugendkontaktbeamten (Am) der Polizei im Landkreis geführt (vgl. Anhang 4). Dieses beinhaltete neben der Konzentration wichtige Sichtweisen auf die Zusammenarbeit mit Sozialer Arbeit und der

Zielgruppe vor Ort. Zentral waren allerdings die behördlich angegliederten Strukturen der Sozialen Arbeit. Auf einer Transferfahrt zwischen Inspektion und Unterkunft konnte ein narratives Interview mit einem in der Noterstaufnahmeeinrichtung eingesetzten Streifenbeamten (Bm) geführt werden (vgl. Anhang 5). Dieser schilderte aus Angestelltenperspektive vor allem die alltägliche Arbeit und seine persönliche Haltung zur Tätigkeit in der Unterkunft.

Als empirische Methode wurde bei der Führung durch die Flüchtlingskoordinatorin und in Fällen zufälliger Aufeinandertreffen, beispielsweise mit den Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörde, aufgrund des explorativen Forschungsdesigns das themenzentrierte Interview gewählt, welches durch narrative Elemente erweitert wurde. Dies ist besonders für Thematiken mit starkem Handlungsbezug geeignet und bietet die Möglichkeit schwer abfragbare Sinnstrukturen und Handlungszusammenhänge zu erschließen. Dabei wird das Interview durch die Sprachform der Erzählung strukturiert. Lediglich der Gegenstand der Erzählung wird bestimmt und durch Nachfragen und Interessensbekundungen stimuliert (vgl. Mayring 2016, S. 73f). Diese Methodik sollte vor allem die Wahrnehmungen von im Flüchtlingsbereich aktiven Beteiligten aufzeigen. Durch die Erzählungen hervorstechender Situationen und Erfahrungen können so vielfältige Rückschlüsse gezogen werden.

Da es sich beim Forschungsgegenstand um ein sensibles Thema handelt, das unter erhöhtem Interesse der Öffentlichkeit steht, wurde mit den Beteiligten vereinbart, auf Tonband- oder Filmaufnahmen zu verzichten. Alle erhobenen Daten unterliegen einer Anonymisierung. Zudem konnte dadurch eine Annäherung an eine natürliche Alltagskommunikation geschaffen werden. Dadurch wurde das Vertrauen erhöht und eine kritische Darstellung der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ermöglicht (vgl. Strübing 2013). Dementsprechend wurden basierend auf Notizen und Erinnerungen Gedächtnisprotokolle verfasst, die der weiteren Auswertung der Ergebnisse als Grundlage dienen (vgl. Anhang 1).

Die Interviews hatten zunächst die offen gefasste Fragestellung der Entwicklungen und Erfolge der Noterstaufnahmeeinrichtung und die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren. Es stellte sich die Frage, welche Faktoren den Erfolg der Einrichtung beeinflussen. Durch die geschilderten Erfahrungen verschiedener Beteiligter kristallisierte sich heraus, dass besonders Soziale Arbeit und Polizei durch überschneidende Aufgabenbereiche und Zielgruppen in enger Beziehung zueinander stehen. Die explorative Untersuchung deutete an, dass die Zuständigkeiten zwischen den Professionen nicht klar ersichtlich sind und in der Praxis der Erstaufnahme von Flüchtlingen die Gefahr möglicher Rollenkonflikte besteht.

Auf diesen Erkenntnissen aufbauend wurde die Forschungsfrage auf die Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit von Polizei und Sozialer Arbeit im Flüchtlingsbereich zuge-



spitzt und das empirische Material dahingehend untersucht. Das bereits ausgewählte empirische Material wird hinsichtlich dieser Thematik durch die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet (vgl. Mayring 2010, S. 48 - 101). Diese ermöglicht durch ein systematisches, regelgeleitetes Vorgehen eine klar strukturierte Analyse, welche dennoch flexibel genug ist, um den Forschungsgegenstand qualitativ zu durchdringen (vgl. ebd., S. 48 - 51). Im Zentrum der Analyse stehen Kategorien, die eine Intersubjektivität absichern sollen und dem Kodierleitfaden (Anhang 6) entnommen werden können (vgl. Kuckartz 2007, S. 57). Für die vorliegende Arbeit wird eine Kombination aus zunächst deduktiver Kategorienbildung und anschließender induktiver Restkategorienbildung gewählt, welche in einem Kategoriensystem zusammenfallen (vgl. Mayring 2010, S. 67f). Dieses wurde anschließend durch die Theorie rücküberprüft (vgl. ebd., S. 68). Die daraus gewonnenen Ergebnisse werden in den anschließenden Kapitelabschnitten dargestellt und interpretiert (vgl. ebd., S. 59).

Wie eingangs erwähnt, können die nachfolgend dargestellten Ergebnisse lediglich als eine begrenzte Vorstudie begriffen werden, die bei weiteren Forschungsansätzen als Grundlage dienen kann, um entstandene Hypothesen zu überprüfen (vgl. Komrey 2000, S. 67).

### **5.3. Darstellung der Ergebnisse**

Anknüpfend an die vorgestellte methodische Vorgehensweise befasst sich dieser Abschnitt mit einer zusammenfassenden Darstellung, der für die Fragestellung relevanten Ergebnisse. Nachdem die Interviews mithilfe der beschriebenen Methodik aufbereitet und ausgewertet wurden, wird im Rahmen dieses Kapitels auf eine ausführliche Wiedergabe der Gedächtnisprotokolle verzichtet. Hervorgehoben werden stattdessen die Aussagen, die für die deduktiv gebildeten Ober- und Unterkategorien von Bedeutung sind. Die in den Gedächtnisprotokollen paraphrasierten Aussagen der Befragten werden im Folgenden mit Bezeichnung des jeweiligen Protokolls (EaA, EaB, EaCD, EaE), Interviewpartners (Am, Bm, Cf, Dm, Ef) und Zeilenangaben wiedergegeben.

Im Verlauf der qualitativen Inhaltsanalyse wurde ein Kategoriensystem (vgl. Tab. 5, Anhang 6) entwickelt, welches die Auswertung in Bezug auf die Fragestellung nach Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit von Sozialer Arbeit und Polizei im weiteren Verlauf strukturierte.

Tab. 5: Kategoriensystem der Gedächtnisprotokolle (EaA, EaB, EaCD, EaE)<sup>30</sup>:

<b>Kategoriensystem</b>
<b>K1: Arbeitsalltag in der Erstaufnahmeeinrichtung</b>
K1.1: Akzeptanz der Einrichtung
K1.2: Herausforderungen im Arbeitsalltag
K1.3: Anforderungen für die Arbeit im Flüchtlingsbereich
<b>K2: Soziale Arbeit im Flüchtlingsbereich</b>
K2.1: Verständnis der Profession Soziale Arbeit
K2.2: Spezielle Qualifizierung/Kompetenzen der Sozialen Arbeit
K2.3: Aufgaben der Sozialen Arbeit
K2.4: Beziehung zwischen Sozialer Arbeit und Zielgruppe
<b>K3: Polizei im Flüchtlingsbereich</b>
K3.1: Verständnis der Profession Polizei
K3.2: Spezielle Qualifikationen/Kompetenzen der Polizei
K3.3: Aufgaben der Polizei
K3.4: Beziehung zwischen Polizei und Zielgruppe
<b>K4: Zusammenarbeit der Professionen</b>
K4.1: Verhältnis zwischen den Professionen
K4.2: Kooperative wahrgenommene Aufgabenbereiche
K4.3: Konkurrierend wahrgenommene Aufgabenbereiche
K4.4: Ohne Zuständigkeit übernommene Aufgabenbereiche

Die erste Kategorie „K1: Arbeitsalltag in der Erstaufnahmeeinrichtung“ hatte das Ziel, den Arbeitsalltag in der Noterstaufnahmeeinrichtung zu beschreiben. Durch die Akzeptanz der Einrichtung (K1.1) wurde der Erfolg beziehungsweise Misserfolg der Einrichtung gemessen. Dazu wurden positive und negative Einflüsse auf die Einstellung der involvierten Personen betrachtet. Durch geschilderte Probleme und Konflikte wurden Erkenntnisse über die Herausforderungen im Arbeitsalltag (K1.2) gewonnen. Zudem könnten über formulierte allgemeine Anforderungen an Tätige im Flüchtlingsbereich (K1.3) erste Kriterien für qualifiziertes Personal angedacht werden.

Für eine „Akzeptanz der Einrichtung“ (K1.1) sprach die wiederholte Feststellung, dass sich für das Gemeindeleben keinerlei Einschränkungen ergeben (vgl. EaA, Z. 64, EaE, Z. 132f). Eine Veränderung im Stadtbild ergebe sich daraus, dass Asylsuchende sich häufig am Marktplatz aufhielten, um dort das öffentliche W-LAN zu nutzen (vgl. EaA, Z. 68f). Die Gemeinde profitiere von einem wirtschaftlichen Aufschwung und Belebung ihrer Angebotsstrukturen im Sozialraum (vgl. EaE, Z. 133).

Die Bürgerinnen und Bürger befürchteten zunächst, dass die Polizeiwache keine Kapazitäten mehr für gewöhnliche Aufgaben in der Kommune haben könnte (vgl. EaCD, Z. 154), was durch

<sup>30</sup> Eigene Darstellung.

die Polizeiwache auf dem Gelände nicht eintrat. Mittlerweile kehre Ruhe in das Thema ein (vgl. EaE, Z. 134f) und es kämen weniger neue Gerüchte auf (vgl. EAE, Z. 56-59). Es werde sogar von vielerlei Seiten befürwortet, bei den Behörden eine Zuteilung der Bewohnerinnen und Bewohner nach ihrer Anerkennung als Flüchtling in den Ort der Notunterkunft zu fordern, um ihnen so durch das gewohnte Umfeld der Kommune weitere Integrationsschritte zu erleichtern, da Kontakte erhalten bleiben würden (vgl. EBm, Z. 8-14). Als negative Auswirkungen würden die Verzögerung eines geplanten Bauprojekts auf dem Gelände erachtet (vgl. EaCD, Z. 15-18) sowie die Bildung rechtsgesinnter Gruppen wie die selbsternannte „Bürgerwehr“. Von ihr sehe die Polizei allerdings zum Zeitpunkt des Interviews keine ausgehende Gefahr, da man deren Aktivitäten durch vermehrte Kontrollmaßnahmen eindämmen konnte (vgl. EaCD, Z. 137-146, EaE, Z. 123-131).

Die Zielgruppe selbst schien zum Zeitpunkt der Befragung weitgehend zufrieden, da es für die Größenordnung der Unterkunft viel „zu“ ruhig sei (vgl. EaE, Z. 141f). Dennoch wünschten sich viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber in einer Großstadt leben zu können (vgl. EaB, Z. 17f).

Allerdings waren für Arbeitende in der Noterstaufnahmeeinrichtung Herausforderungen im Arbeitsalltag festzustellen. Als zentraler Aspekt in der Unterkategorie K1.2 „Herausforderungen im Arbeitsalltag“ erwiesen sich Problemlagen im Zusammenhang mit Mängeln von Organisation und Strukturen, die im Aufgabenbereich der zuständigen Behörden lagen. Die Entscheidungsbefugten in den Behörden auf Landes- und Bundesebene hätten die sich abzeichnende Situation frühzeitig erkennen und präventiv Konzepte für den künftigen Umgang mit der hohen Anzahl an Asylsuchenden erstellen müssen (vgl. EaA, Z. 18f).

Die Organisation der Abläufe und Strukturen des Asylverfahrens und der gesetzlich vorgeschriebenen Bereitstellung von Unterkünften (vgl. Kap. 2.1) lägen in der Verantwortung des Innenministeriums (vgl. EaCD, Z. 165f). Dennoch sehe sich die Polizei dazu gezwungen, organisatorische Arbeit zu leisten, um einen konfliktfreien Ablauf in der Unterkunft gewährleisten zu können und ein Ausbrechen des „Chaos“ wie in anderen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Niedersachsen zu vermeiden (vgl. EaCD, Z. 167f). Gründe für Konflikte, Unruhen und Störungen eines reibungslosen Ablaufes innerhalb der Einrichtung und unter den Bewohnerinnen und Bewohnern führten die Befragten wiederholt auf strukturelle Probleme innerhalb der beteiligten Behörden zurück. Als Kernproblem werde die beliebig lange Prozessdauer für den Ablauf eines Asylverfahrens durch das BAMF angesehen (vgl. EaCD, Z. 84f, Z. 87f, Z. 167f; EaE, Z. 104-107). Als weitere Konfliktherde wurden Verzögerungen der Landesaufnahmebehörde bei der ersten Registrierung der Asylsuchenden und Vorbereitungen von Asylverfahren (vgl. EaCD, Z. 59f) sowie Versäumnisse der zuständigen Jugendämter rechtzeitig Vormundschaften für unbegleitete, minderjährige Asylsuchende zu vergeben (vgl. EaCD, Z. 52-

55) genannt. Außerdem kämen die Behörden nicht mit der vorgesehenen Aufstockung des Personals nach (vgl. EaCD, Z. 79-85).

Ein weiteres Hindernis stelle aus Sicht der Polizei die Haltung der anderen Behörden, beispielsweise die Landesaufnahmebehörde, dar. Häufig würden sich diese nicht zuständig fühlen (vgl. EaE, Z. 78-80) oder wenig zielorientiert und zugunsten eigener Befindlichkeiten handeln (vgl. EaE, Z. 148f). Das äußere sich darin, dass Lösungen häufig Merkmale aufwiesen, die den Behörden selbst einen bequemen Umgang mit der Situation ermöglichten (vgl. EaCD, Z. 70-72). Ein Abbau von bürokratischen Vorgaben in Notsituationen werde daher als dringend notwendig erachtet (vgl. EaA, Z. 20f, EaCD, Z. 178f). Insgesamt nehme die Polizei seitens der Landesbehörden oftmals wahr, dass bei vielen Aufgaben erwartet werden würde, dass die Polizei einspringe. Innerhalb der Behörden behindere ein Konkurrenzkampf die Entwicklung effizienter Strukturen und Abläufe (vgl. EaE, Z. 143-147).

Aufgrund der vorhandenen Missstände leistete die Polizei viel Organisationsarbeit, die sie an ihre personellen Grenzen brachte, aber gleichzeitig auch von den Mitarbeitenden der Einrichtung als Erfolge wert geschätzt wurde (vgl. EaCD, Z. 161-164). Dennoch befürchte die Polizei, dass ihre Handlungsfähigkeit und Reaktionsmöglichkeit im Falle des Bedarfs eines Großeinsatzes durch fehlende personelle Ressourcen begrenzt wäre (vgl. EaE, Z. 48f). Auch die materielle Versorgung der Einsatzkräfte sei begrenzt. So verhindere beispielsweise die technische Ausstattung die Schaffung mobiler Registrierungsstrukturen (vgl. EaE, Z. 100f). Daher müssten benachbarte Landkreise die Asylsuchenden zur Registrierung in die Kaserne transportieren (vgl. EaCD, Z. 66f, EaE, Z. 99f).

Wenige Aussagen wurden zu allgemeinen Anforderungen an die Mitarbeitenden im operativen Bereich getroffen, die unter der Unterkategorie 1.3 gesammelt wurden. Vielmehr wurden Aussagen zu benötigten, individuellen Eigenschaften getätigt. So wurden Improvisation, Geduld und Gelassenheit als wichtige Voraussetzung für die Arbeit erachtet (vgl. EaCD, Z. 185, EaE, Z. 150-152). Um sprachlichen und kulturellen Missverständnissen vorzubeugen, wäre es von Vorteil mit Dolmetschenden aus dem jeweiligen Kulturkreis der Adressatinnen und Adressaten zu kooperieren (vgl. EaA, Z. 53-56). Insgesamt benötigten Mitarbeitende eine positive Einstellung zum Prinzip „Learning-By-Doing“ (vgl. EaCD, Z. 186).

Aufgrund des bereits angesprochenen polizeilich orientierten Samplings der vorliegenden Arbeit wurden tendenziell weniger Aspekte zu Kategorie 2 „Soziale Arbeit im Flüchtlingsbereich“ genannt. Es ging in dieser Kategorie zunächst darum, generalisierte Bilder über das Verständnis der Profession (K2.1) zu sammeln. Der Kategorie K2.2 zu speziellen Qualifizierungen und Kompetenzen innerhalb der Profession wurden keine Textstellen zugeordnet, da sie in den Interviews nicht angesprochen wurden. Die Kategorie K2.3 beschrieb die Aufgaben innerhalb

der Sozialen Arbeit. Unter K2.4 wurde die Beziehung zwischen Professionsangehörigen und der Zielgruppe zusammengefasst.

Aus Sicht des Sozialarbeiters wurde das Verständnis der Sozialen Arbeit (K1.1) so dargestellt, dass es dabei um mehr als nur die Bereitstellung von Versorgungsstrukturen ginge. Man wolle nicht „aufbewahren“, sondern etwas für die Leute leisten (vgl. EaCD, Z. 110f). Wohingegen die Polizei bei dem eingesetzten Träger der Unterkunft fehlende Kompetenzen bemängelte. Dies begründete sie durch mangelnde Führungserfahrung und Verzögerungen der Entwicklung und Gestaltungen von Strukturen, Personal und Angeboten vor Ort (vgl. EaCD, Z. 196-201, EaE, Z. 85-89).

Zu den Hauptaufgaben in der Noterstaufnahmeeinrichtung zählten die medizinische Versorgung, Verpflegung und Unterbringung (vgl. EaCD, Z. 28-30, EaCD, Z. 48f, EaCD, Z. 112-114). Darüber hinaus schafften die Angestellten des DRK soziale Strukturen und Angebote in der Einrichtung. Dazu gehöre ein Infopoint, der Unterstützung bei alltäglichen Problemen leistet (vgl. EaCD, Z. 39f), die Einsatzkoordination der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, sogenannte „Housekeeper“ in den Gebäuden (vgl. EaCD, Z. 114), der Aufbau und Betrieb von Kindergärten und Schulklassen (vgl. EaCD, Z. 119-121) und die Beschäftigung von Dolmetschenden (vgl. EaCD, Z. 13f). Außerdem gehöre die Koordination und Begleitung von Ehrenamtlichen zu den Aufgaben des DRK, welche der Generierung zusätzlicher Angebote diene. Als Beispiele wurden Freizeitangebote, Deutschkurse, die Kleiderversorgung, spirituelle Angebote oder eine Fahrradwerkstatt genannt (vgl. EaCD, Z. 122-126). Hinzu komme das Engagement der Mitarbeitenden vor Ort, die ein Konzept zur Demokratieerziehung und Förderung von Selbstbestimmung entwickelten. Pro Gebäude ernannte das DRK zwei „Hausälteste“, die die Hausbewohnerinnen und -bewohner in Versammlungen vertreten und gewisse Verantwortlichkeiten übernehmen. Künftig würden Wahlen innerhalb der Hausgemeinschaften stattfinden (vgl. EaCD, Z. 91-93). Außerdem würden auch die Zusammenführung verschiedener Gremien sowie die Organisation und Durchführung von Gesprächsrunden mit allen Akteuren zum Aufgabenbereich gehören, für welchen das DRK von der Landesaufnahmebehörde beauftragt wurde (vgl. EaE, Z. 91-93).

Die Unterkategorie 2.4 stellte die Beziehungen der Sozialen Arbeit zur Zielgruppe lediglich durch eine Aussage dar. So wurde von der Polizei wahrgenommen, dass in der Profession der Sozialen Arbeit auch Personen tätig sind, die Bezugspunkte zur Herkunft, Nationalität oder Sprache, der Zielgruppe inne hätten (vgl. EaA, Z. 35).

In Kategorie 3 „Polizei im Flüchtlingsbereich“ wurden nun die Aspekte Professionsverständnis (K3.1), spezielle Kompetenzen und Qualifizierungen für die Arbeit im Flüchtlingsbereich

(K3.2), Aufgaben der Polizei (K3.3) sowie Aspekte zur Beziehung zur Zielgruppe (K3.4) – diesmal der Profession Polizei – beschrieben.

Die Polizei beschrieb sich selbst als eine zuverlässige Instanz (vgl. EaCD, Z. 101), die mit sich ständig ändernden Situationen und neuen Problemen konfrontiert würde. Um diese zu bewältigen müsse sie rasch kreative Lösungen finden (vgl. EaCD, Z. 186f). In der Unterkunft sei sie eine Konstante (vgl. EaE, Z. 89f), deren Gelassenheit im Umgang mit der Situation für die Gesamtbevölkerung als Indikator gelte (vgl. EaE, Z. 70-72). Nicht nur, weil die Thematik im Fokus des medialen Interesses stand (vgl. EaE, Z. 72), wollte man nicht den Negativbeispielen anderer Erstaufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen folgen, wo sich bereits Klanstrukturen innerhalb der Einrichtung gebildet hatten und die Polizei lediglich als „Draufhauer“ zum Einsatz kam (vgl. EaE, Z. 50-53). Es wurde erkannt, dass ein Strategiewechsel erforderlich war und man sich weg von den „Feuerwehreinsätzen“ hin zu der „Polizei als Partner“ entwickeln wollte (vgl. EaE, Z. 38-43). Obwohl das Konzept auf Polizeiführungsebene durchaus Kritik erfuhr, war man zufrieden mit den Ergebnissen (vgl. EaE, Z. 54-57). Die Polizei würde in Zukunft viel mehr Soziale Arbeit leisten und die Förderung von interkultureller Kompetenz solle mehr in den Mittelpunkt gerückt werden (vgl. EaE, Z. 66-68). Insgesamt werde das hierarchische und militärische Verständnis aus der Profession „herauswachsen“ (vgl. EaE, Z. 68f).

Als spezielle Kompetenz der Polizei wird wiederholt genannt, dass sie lösungsorientiert und pragmatisch arbeitet, wobei sie flexibel und kreativ Handlungsoptionen entwickelt, um Ziele zu erreichen oder Aufträge zu erfüllen (vgl. EaA, Z. 14-17, EaC, Z. 72, EaE, Z. 77f). Sie habe die Eigenschaft schnelle Entscheidungen zu treffen (vgl. EaA, Z. 14f) und gebe Auskünfte über mögliche Gefahren auf eine ehrliche und realitätsnahe Weise weiter (vgl. EaE, Z. 139f). Im Landkreis hätte sie viele Kontakte und gute Beziehungen zu anderen Behörden (vgl. EaA, Z. 12f, 53f). Durch Lehrgänge zu interkultureller Kompetenz (vgl. EaCD, Z. 97-99, EaE, Z. 62-64) bestehe innerhalb der Belegschaft eine Offenheit gegenüber der Flüchtlingsthematik und man wolle die gesamte Belegschaft von Beginn an in die Arbeit im Flüchtlingsbereich einbinden (vgl. EaE, Z. 62-64).

Die Aufgaben der Polizei im Flüchtlingsbereich würden sich sehr vielfältig gestalten. Das oberste Prinzip wäre dabei Sicherheit und Ordnung in der Gesellschaft zu wahren (vgl. EaE, Z. 25-27, 95f). Dazu gehöre einerseits die klassische Polizeiarbeit, zu der Anzeigenaufnahme, Ermittlungen und Streifentätigkeit zählten (vgl. EaCD, Z. 104f, EaE, Z. 108-111). Andererseits finde viel Präventiv- und Aufklärungsarbeit vor Ort statt (vgl. EaA, Z. 39f, EaE, Z. 4-6, 110f). Unter dem Aspekt der Präventionsarbeit fänden Kooperationen mit Kindergärten und Schulen, offene Freizeitangebote (vgl. EaA, Z. 39-47, EaE, Z. 136f) und Bestreifungen der Unterkünfte im Landkreis statt (vgl. EaE, Z. 28-32). Dies geschehe um Präsenz zu zeigen und somit rechten Gruppieren wie der selbsternannten „Bürgerwehr“ oder Straftaten unter Asylsuchenden

vorzubeugen. Dabei wurde betont, dass die Streifenbeamtinnen und -beamten dazu angehalten würden, aktiv auf die Asylbewerberinnen und Asylbewerber zuzugehen und das Gespräch zu suchen (vgl. EaCD, Z. 147-150). Auch das Lehren von einzelnen Unterrichtseinheiten in den Integrationskursen gehöre zum Aufgabenbereich der Polizei-beamtinnen und -beamten (vgl. EaE, Z. 32-35). Vor Ort trage die Polizei zur Wahrung der Ordnung bei, indem sie kleine Konflikte schlichte, bei Drängeleien und Streitereien einschreite (vgl. EaCD, Z. 43-47, EaCD, Z. 99f) sowie signalwirksame Maßnahmen bei Regelverstößen einleite (vgl. EaB, Z. 18-22). Die Polizei bezeichnete ihre Tätigkeit sogar als „Streetwork“ (vgl. EaCD, Z. 104f) und betitelten sich selbst als „Sozialarbeiter“ (vgl. EaB, Z. 28).

Die Beziehung zwischen Polizei und Zielgruppe wurde grundsätzlich als positiv empfunden. Da die Zielgruppe häufig schlechte Erfahrungen mit uniformierter Staatsgewalt gemacht hätte, bedürfe es einiger Beziehungsarbeit um Vertrauen herzustellen und Ängste zu beseitigen (vgl. EaE, 19-21). Die Polizei würde als zuverlässige Instanz ihre Versprechen halten und so ebenfalls Unsicherheiten abbauen (vgl. EaCD, Z. 100-104, 169-171). Die Beamtinnen und Beamten beschrieben die Arbeit im Flüchtlingsbereich als sehr abwechslungsreich zur sonstigen Polizeiarbeit. Sie empfänden Spaß, Herzlichkeit und Dankbarkeit (vgl. EaB, Z. 49f, EaCD, Z. 190-192). Man erlebe neuartige Erlebnisse und könne feststellen, dass man von den Bewohnerinnen und Bewohnern auch als Freundin bzw. Freund oder Vorbild gesehen werde (vgl. EaB, Z. 50-54). Insgesamt wolle man aber auch zeigen, dass die Polizei nicht nur hilft, sondern auch streng sein kann und Straftaten konsequent verfolgt (vgl. EaCD, Z. 171-174). Umso ruhiger die Lage in der Unterkunft sei, desto weniger Arbeit ergebe sich für die Polizei (vgl. EaE, Z. 96, 101-104). Auch langfristig gesehen setze man darauf, dass sich ein Multiplikationseffekt in den Kommunen ergebe (vgl. EaCD, Z. 174-176). Dennoch wurden einige Negativbeispiele genannt, die das Fehlverhalten einiger Asylbewerberinnen und Asylbewerber beschrieben und von den Streifenbeamtinnen und -beamten als Undankbarkeit interpretiert wurden (vgl. EaB, Z. 29-48).

In Kategorie 4 wurden Aussagen über die Zusammenarbeit der Professionen Soziale Arbeit und Polizei gesammelt. Neben dem Verhältnis zwischen den Professionen (K4.1) wurden anfallende Aufgaben nach Kooperationsmöglichkeiten (K4.2), Konkurrenzaspekten (K4.3) und ohne Zuständigkeiten übernommene Verantwortungsbereichen (K4.4) differenziert.

Außerhalb des Flüchtlingsbereich fänden bereits an mehreren Stellen Kooperationen der Professionen statt, beispielsweise mit dem Jugendamt der Kommune (vgl. EaA, Z. 22f). Das Jugendamt biete Praxisphasen im Rahmen eines dualen Studiengangs zu Sozialer Arbeit an. Einen Teil der Praxisphase würden die Studierenden dabei in der Polizeiinspektion absolvieren, um so professionsübergreifende Einblicke zu erlangen und gegenseitiges Verständnis zu

schaffen (vgl. EaA, Z. 32-34). Ebenfalls agiere die Präventionsabteilung der Polizei als Kooperationspartner bei Jugendprojekten und unterstützt diese (vgl. EaA, Z. 36-38).

Im Rahmen der Sozialraumarbeit knüpfte die Polizeibehörde bereits viele Kontakte und sammelte in Problemstadtteilen Erfahrungen, die sich nun positiv auf die Flüchtlingsarbeit auswirkten, zum Beispiel durch Kontakte zu DRK, Religionsvertretungen oder dem kurdischen Ortsverein (vgl. EaA, Z. 24-26).

Speziell die Zusammenarbeit mit dem DRK in der Noterstaufnahmeeinrichtung ermögliche aus Sicht des DRK eine Konzentration auf die jeweiligen Kernkompetenzen. Das DRK sehe durch die Konzentration der Akteure in der Unterkunft die Möglichkeit, Ressourcen zu schonen und die Wege der Absprachen zu verringern (vgl. EaCD, Z. 127f). Die Polizei brachte demgegenüber vor, dass die Koordination der Beteiligten sich anfangs problematisch gestaltete, sich aber mit der Zeit eingespielt hätte (vgl. EaA, Z. 10f). Auch empfinde man den DRK in diesem Projekt als überfordert (vgl. EaE, Z. 75f, 93-95) und fühle sich in der Pflicht ihm auch außerhalb der Sicherheitsfragen beratend zur Seite zu stehen zu müssen (vgl. EaE, Z. 109f).

Dennoch fand eine Zusammenarbeit innerhalb einiger Bereiche statt, weshalb innerhalb der Kategorie K4.2 die als kooperativ wahrgenommenen Aufgaben zusammengefasst werden konnten. So wurden die Aufbaumaßnahmen und Einrichtungen erster Strukturen von Mitarbeitenden beider Seiten unterstützt (vgl. EaA, Z. 8-10, EaE, Z.98f). Auch bei Informationsveranstaltungen arbeiteten die Leitenden des DRK und der Polizei eng zusammen, sei es innerhalb der Einrichtung oder bei öffentlichen Veranstaltungen (vgl. EaCD, Z. 89f, 19-21). Als wichtig hierfür wurden die Koordinierungsbesprechungen empfunden (vgl. EaE, Z. 81f). Auch bei Mediationsgesprächen oder der Erteilung von Sanktionsmaßnahmen kooperierten DRK und Polizei (vgl. EaB, Z. 24-27, EaCD, Z. 104-107). Als positiv würden auch gemeinsam gestaltete Aktionen bewertet. So wurde beispielsweise ein „Dankeschön“-Weihnachtsmarktstand gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern für die Kommune gestaltet (vgl. EaA, Z. 26-31).

Die Unterkategorie K4.3 sollte als konkurrierend wahrgenommene Aufgaben beschreiben. Diese könnten zur Folge haben, dass beide oder keine der Professionen sich für sie als zuständig empfindet, was bedeutet, es könnten Funktionen mehrfach ausgeübt und andere gänzlich vernachlässigt werden. So wurde die strukturelle Krisenintervention klar der Polizei zugeschrieben. In Notlagen wurde von ihr erwartet, schnelle Entscheidungen zu treffen und Lösungen einzuleiten (vgl. EaE, Z. 12-17). Andererseits wurden psychosoziale Kriseninterventionen von der Polizei gänzlich in die Hände des DRK gelegt. Exemplarisch hierfür war die Aussage, dass der Umgang mit Suizidversuchen Angelegenheit des DRK sei (vgl. EaCD, Z. 195f). Es wurden Begrifflichkeiten wie „Streetwork“ oder „Erziehungsarbeit“ von der Polizei für



sich beansprucht (vgl. EaCD, Z. 104f, 159). Eine klar dem DRK zuzuordnende Aufgabenstellung war die Aufgabe der Bereitstellung einer unabhängigen Asylverfahrensberatung. Dazu gab der DRK lediglich an, dass vor Ort keine Expertise vorhanden sei und dieses Angebot nicht bereitgestellt werde (vgl. EaCD, Z. 114f, 132f).

Es existiere eine Reihe an Aufgaben, für die sich die Professionen zwar nicht zuständig fühlten, diese aber dennoch anboten (K4.4). Die Polizei begründete diese Verantwortungsübernahme stets mit dem Aspekt der Gefahrenabwehr. Um Unruhen zu vermeiden ordnete sie Personal zur Unterstützung anderer Behörden bei der Registrierung ab (vgl. EaCD, Z. 59-62) und übte Druck auf die beteiligten Behörden aus, um so die Prozesse zu beschleunigen (vgl. EaCD, Z. 55-58, Z. 73f, 78f, EaE, Z. 97f). Zu diesem Zwecke organisierte die Polizei Transfers der Bewohnerinnen und Bewohner in Wohnungen der Kommunen und übernahm die Leitung der Koordinationsgespräche der Kooperierenden, wofür sie eigentlich das DRK verantwortlich sehe (vgl. EaCD, Z. 24-27, EaE, Z. 82-84). Das DRK hingegen leiste momentan psychosoziale Beratung durch Angestellte, die dafür nicht vorgesehen sind (vgl. EaCD, Z. 134).

Nachdem die wesentlichen Ergebnisse nun kategorisiert und strukturiert wiedergegeben wurden, interpretiert das anschließende Kapitel die Ergebnisse hinsichtlich der sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation beider Professionen.

#### **5.4. Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit im Flüchtlingsbereich**

Sich auf die dargestellten Ergebnisse stützend wendet sich dieser Abschnitt nun der Interpretation der Ergebnisse zu. Die im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse festgelegten Kategorien bilden die Orientierung für die Gegenüberstellung der Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit von Polizei und Sozialer Arbeit. Wegweisend sind dabei außerdem die in den vorausgegangenen Kapiteln beschriebenen theoretischen Charakterisierungen der Professionen.

In der niedersächsischen Noterstaufnahmeeinrichtung arbeiten Behörden, soziale Träger und Ehrenamtliche erfolgreich zusammen. Die Ergebnisse der Untersuchung belegen, dass eine breite Akzeptanz gegenüber der Einrichtung geschaffen werden konnte und die Unterbringungsstrukturen für die Zielgruppe eine menschenwürdige Unterkunftsform darstellen (vgl. Anhang 6, K1.1).

Erfolge lassen sich aus der Pragmatik des polizeilichen Handelns und der Schaffung sozialer Strukturen vor Ort ableiten. Als besonders gewinnbringend wurden Kooperationen der Professionen innerhalb des Kinder- und Jugendbereichs empfunden, da hier die Möglichkeit besteht frühzeitig ein positives Bild der Polizei zu vermitteln und über die Aufgaben der Polizei aufzuklären. Gleichzeitig können Ängste und Vorbehalte innerhalb der Flüchtlingsthematik genommen werden, indem Kinder und Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen

finden. Die Rolle der Sozialen Arbeit wurde dabei von der Polizei als bereichernder Kooperationspartner empfunden (vgl. EaA, Z. 36-38), der durch seine Beziehungen eine Brücke schlagen und der Polizei Zugänge zu schwer erreichbaren Zielgruppen ermöglichen kann. Für Streifenbeamtinnen und -beamten stellt die Präventionsarbeit eine gelungene Abwechslung dar und so können sie motivierende Wertschätzung erfahren, Einblicke in verschiedene Lebensweltmodelle erhalten und sind nicht nur mit konfliktbehafteten Situationen belastet. Ebenfalls bieten sich Möglichkeiten zu gemeinsamen Angeboten und Projekten, denn es zeigte sich, dass beide Institutionen sozialraumorientiert vorgehen und über ein nützliches Netzwerk an Kontakten verfügen. Daraus entstehen Synergieeffekte für beide Akteure.

Die Polizei wird in der breiten Gesellschaft als Indikator für die Flüchtlingssituation gesehen. Bleibt sie ruhig, so strahlt sich dies auch auf die Bürger aus. So war in der untersuchten Polizeibehörde ein klares Verständnis im Vorgehen gegen rechten Gruppierungen vorzufinden, jedoch bleibt die Frage offen, ob dies auf alle Bundesländer generalisierbar ist. Die Vorbildfunktion der Polizei in diesem Themenbereich ist maßgeblich, um Vorurteilen und Rassismus in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Die Soziale Arbeit kann als Partner auf die Mitarbeitenden der Polizei einwirken sowie bezüglich Diskriminierung und Rassismus sensibilisieren. Vorstellbar ist dies durch Workshops, Kooperationen bei Projekten zu diesen Themen oder in der gemeinsamen Präventionsarbeit an Kindergärten und Schulen. Indirekt erschließt sich die Profession Soziale Arbeit so einen sprachwirksamen Partner, der gleichzeitig auch ihr mehr Wirksamkeit in der Öffentlichkeit verleiht.

Kritisch zu sehen sind die in Kapitel 4.2 angesprochenen „Kolonialisierungsversuche“ durch die Polizei. Auch in der vorliegenden Arbeit wurden von Angehörigen der Polizei Begriffe verwendet, die auf eine fehlende Kenntnis über die eigentlichen Aufgaben der Sozialen Arbeit hindeuten. So sehen sich Streifenbeamte beispielsweise in der „Rolle der Sozialarbeiter“ (EaB, Z. 28), wenn sie in der Notunterkunft regelmäßigen Kontakt zu einer festen Zielgruppe pflegen. Konfliktlösung bei kleineren Drängeleien oder Streitigkeiten werden unreflektiert als „Streetwork“ (EaCD, Z. 104f) bezeichnet. Die Polizei geht sogar so weit von sich zu behaupten, dass sie das DRK über Sicherheitsfragen hinaus beratend unterstützt und dessen Aufgaben zu übernimmt. In diesem Zusammenhang deutet sich eine Art „Machtkampf“ (vgl. Kap. 4.2) an. Mehrmals wurde das DRK als mit der Arbeit in der Noterstaufnahmeeinrichtung als „überfordert“ (EaE, Z. 76, 94) bezeichnet. Ihm wurden fehlende Kompetenzen in Organisation und Führung unterstellt, was auf ein negatives Bild der Sozialen Arbeit bei den Befragten schließen lässt. Für eine erfolgreiche Kooperation ist eine Begegnung auf Augenhöhe allerdings unabdingbar, welche momentan nicht gegeben zu sein scheint.

Die Soziale Arbeit ist in der Pflicht ihr Selbstverständnis deutlich zu formulieren und bei Kooperationen zu verdeutlichen. Eine Bescheidenheit aufgrund des doppelten Mandats gegenüber Staat und Schutzsuchenden (vgl. Kap. 3.1) spielt bei einer Zusammenarbeit mit der Polizei keine Rolle, da sich die Polizei in einem ähnlichen Zwiespalt befindet. Zwar ist ihr Auftrag vom Gesetzgeber klar definiert und ihr Handeln stets auf der Wahrung der Sicherheit und Ordnung der Gesellschaft ausgerichtet, so berichten die Beamtinnen und Beamten dennoch von „Beziehungsarbeit“ (EaE, Z. 21) oder sieht sich in der Rolle des „Freundes“ (EaB, Z. 51) im Rahmen der Flüchtlingsarbeit. Diese Parallele bildet das Fundament für eine Begegnung auf Augenhöhe. Zwar sind die Gewichtungen der jeweiligen Mandate für die Professionen sehr unterschiedlich, dennoch resultieren daraus Anknüpfungspunkte für Kooperationen.

Obgleich des nicht festzustellenden Wissens über das Expertentum der Sozialen Arbeit (vgl. Anhang 6, K2.3) hält die Soziale Arbeit einige Kompetenzen und Qualifizierungen bereit, um die Polizeiarbeit positiv zu ergänzen. So wurde beispielsweise interkulturelle Kompetenz (EaE, Z. 67) als zunehmend wichtiger für die künftige Flüchtlingsarbeit werdend benannt und die Mediation (EaCD, Z. 106) als eines der möglichen Kooperationsfelder in den Unterkünften identifiziert. Für beide Bereiche liegt innerhalb der Profession eine Fülle an Methoden vor.

Daraus ergeben sich mehrere Nutzungsmöglichkeiten. Eine Möglichkeit der Zusammenarbeit könnte sein, Konzepte für Fortbildungen durch Fachkräfte der Sozialen Arbeit für die Polizei zu entwickeln. Gerade im Umgang mit der speziellen Zielgruppe der Flüchtlingsunterkünfte kommt eine Reihe an geforderten Kompetenzen auf die Polizei zu. Wichtig sind neben der interkulturellen Kompetenzen etwa auch der traumasensible Umgang mit den Schutzbedürftigen oder interreligiöses Verständnis. Weiterhin könnten zukünftig Stellen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit bei der Polizeibehörde entstehen, um so als Polizei Zugang zu qualifiziertem Wissen zu erlangen. Eine Konzentration auf die Kernkompetenzen der Professionen wäre somit weiterhin gegeben und mögliche Übergriffe auf Zuständigkeitsbereiche würden verhindert. Ein Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten und Kooperationen im Bereich Ausbildung und Studium bietet die Möglichkeit, gegenseitiges Verständnis zu schaffen und fördert den Abbau von Vorbehalten zwischen den Professionen.

Dieser Abbau von Vorbehalten muss insbesondere in den älteren Generationen der Fachkräfte der Sozialen Arbeit stattfinden. Diese sehen die Polizei häufig noch staatliches Instrument zur Gewaltensicherung, dass die Zivilbevölkerung durch Ausübung von Gewalt ruhig stellen möchte (s. Kap.4.2). Doch die befragte Polizeiinspektion beschrieb eine Wandlung innerhalb der Profession, die einen Abbau hierarchischer Strukturen mit sich bringen würde. Dieses Verständnis muss dringend abgelegt werden, um eine produktive Zusammenarbeit einzurichten. Vielmehr sollte in der Polizei ein sprachwirksamer Partner gesehen werden, der durch seine Beziehungen zu anderen Behörden und staatlichen Institutionen auch der Sozialen Arbeit

mehr Sprachwirksamkeit verleihen könnte. Die Untersuchung zeigte, dass durch den Druck der Polizei ein enormer Strukturwandel bei behördlichen Prozessabläufen vorangetrieben werden konnte. Die Polizei hatte dabei das Interesse, langfristig ihre Einsätze zu reduzieren und ihre Ressourcen zu schonen. Während sich auch für Individuen der Zielgruppe der Sozialen Arbeit eine Verbesserung ihrer Lebenswirklichkeiten ergab. Die in Kapitel 4 angesprochene Bescheidenheit könnte verringert werden, indem die Soziale Arbeit und Polizei sich als Partner bei der Optimierung gesellschaftlicher Strukturen erkennen. Eine Grenze ist hierbei in der Flexibilität der Polizei zu erkennen. Für sie als Behörde besteht stets die Gefahr einer Zuständigkeitsverschiebung durch die Behörden. Wie in den Interviews angedeutet, besteht ein Konkurrenzkampf innerhalb der Behörden. Fängt die Polizei alle Unzulänglichkeiten seitens der Behörden auf, könnten sich diese ihrer Verantwortung entziehen. Auch der Polizeibehörde stehen nur knappe Ressourcen zur Verfügung (vgl. Kap. 3.4). Daher muss diese sich langfristig mehr als druckausübende Instanz und Sprachrohr verstehen als anfallende Arbeiten durch eigene Ressourcen aufzufangen.

Der Polizei sind aufgrund ihres Auftrags Grenzen innerhalb der Beziehungsarbeit gesetzt. So hat diese die Pflicht das Gesetz des Staates direkt anzuwenden, Aufträge müssen erfüllt und Verstöße verfolgt werden. Sie Soziale Arbeit kann hier zu einer Verbesserung der Situation beitragen, indem sie als fürsprechende Instanz die Schutzsuchenden unterstützt. Wie in Kapitel 4.4 beschrieben arbeitet sie nach dem Prinzip der Verschwiegenheit und hat keine Verpflichtung Schutzsuchende gegenüber der Polizeibehörde zu belasten. Angesprochene „signalwirksame Maßnahmen“ (EaB, Z. 20) sollten als Kernkompetenz der Polizei begriffen werden. Eine Vermischung dieser Aufgabe würde dazu führen, dass die Soziale Aufgabe ihre Macht als Profession missbraucht und Schutzsuchende sich allein gelassen fühlen. Aufgrund der biografischen Erfahrungen kann dies zu einem gänzlichen Rückzug führen. Gerade in Erstaufnahmeeinrichtung ist es wichtig für die Zielgruppe die Strukturen und Zuständigkeiten in der Aufnahmegesellschaft zu verorten und Ansprechpartnerinnen beziehungsweise Ansprechpartner zu identifizieren.

Von der Polizei wurden die künftigen Rollenkonflikte im Rahmen von Abschiebungen befürchtet (vgl. EaE, Z.22f), da sie als ausführende Instanz entgegen der präventiven Bemühungen als eine Bedrohung wahrgenommen werden würde. Die Initiative Hochschullehrender zu Sozialer Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften (2016) schrieb in ihrem Positionspapier „Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften. Professionelle Standards und sozialpolitische Basis“, dass die Mitwirkung an Abschiebungen dem professionellen Ethos und dem fachlichen Selbstverständnis Sozialer Arbeit widerspreche. Sie erklärt diese sowie sich auf die Zielgruppe als negativ auswirkende Auskünfte als „Amtshilfe“ und somit eine mandatswidrige

Erwartung an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (vgl. Initiative Hochschullehrender zu Sozialer Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften 2016, S. 5). Auch das Kirchenasyl soll als ziviler Ungehorsam ein Zeichen gegen die teilweise menschenunwürdigen Entscheidungen setzen und die Menschen vor Gefahren bei einer Rückkehr in das Herkunftsland bewahren (vgl. Asyl in der Kirche 2016). Doch in Anbetracht durchaus kritischer Vorgehensweisen der Polizeibehörde wie beispielsweise plötzlichen nächtlichen Abschiebungen oder fehlender sprachlicher Vermittlungen braucht es mehr als ein starres Verteidigen des Berufsethos. Es gilt einerseits die parteilichen asylpolitischen Forderungen zu stellen und für die Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu sprechen wie es auch das erwähnte Positionspapier beschreibt. Darüber hinaus ist die Soziale Arbeit als eine menschenrechtsorientierte Profession in der Verantwortung den betroffenen Menschen Unterstützung zu leisten. Sie können ihr Expertentum zur Lebenswelt und den Umgang der Zielgruppe einbringen und die Wahrung der Menschenrechte überprüfen. Durch psychosoziale Unterstützung der Abzuschiebenden und Einsatzkräfte würden sie den Abschiebungsprozess menschenwürdiger gestalten. In Anlehnung an die Forderung der Initiative der Hochschullehrenden ist diese Aufgabe nicht durch in den Gemeinschaftsunterkünften Tätige zu erledigen. Es bedarf externer Fachkräfte, um geschaffene Beziehungen zwischen den Mitarbeitenden der Unterkünfte und der Zielgruppe nicht zu belasten. Entgegen des ablehnenden Diskurses zur Mitwirkung der Sozialen Arbeit an Abschiebungen sollte in erster Linie das Wohlergehen der Schutzbedürftigen stehen. Die Abschiebungen werden nach gültigen Bescheiden durchgeführt - die Soziale Arbeit kann diese nun boykottieren und unter Verletzung der menschlichen Würde geschehen lassen oder die unangenehme Realität akzeptieren und eine bestmögliche Versorgung der Betroffenen gewährleisten, indem die polizeilichen Maßnahmen kontrolliert werden und im Zweifelsfall eingeschritten werden kann - im Zweifelsfalle unter Einbezug des Kirchenasyls. Diese Kontrolle soll dabei nicht im Sinne einer ausführenden „Amtshilfe“ stattfinden, sondern vielmehr als eine über die Staatsgewalt wachende Maßnahme verstanden werden.

## 6. Resümee

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, die Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit von Sozialer Arbeit und Polizei im Flüchtlingsbereich zu untersuchen. Daraus sollten Anregungen für mögliche Kooperationsfelder abgeleitet und Impulse für Qualitätsverbesserung innerhalb des Aufnahmeverfahrens von Asylsuchenden gegeben werden.

Zu diesem Zwecke wurden zunächst theoretische Zugänge zu den Professionen erarbeitet. Dabei ergab sich, dass beide Professionen einen gemeinsamen Ursprung aufweisen können und sich erst im Laufe der Geschichte ausdifferenziert haben. Denn zunächst oblag die Wohlfahrtspflege der Polizei. Dies deutet an, dass sich bis heute Differenzen zwischen den Professionen zeigen, welche eine Zusammenarbeit aufgrund von Vorbehalten und Vorurteilen erschweren. Ebenfalls konnte festgestellt werden, dass sich beide Professionen im Wandel befinden. Die Soziale Arbeit befindet sich professionstheoretisch noch in der Findungsphase und behauptet sich vor anderen als eigenständige Profession. Die Polizei beschreibt einen notwendigen werdenden Strategiewechsel von „Feuerwehreinsätzen“ hin zu einer sozialeren Polizeiarbeit zu vollziehen.

Was die Soziale Arbeit betrifft, so konnte anhand einer professionstheoretischen Betrachtung gezeigt werden, dass sie sich im Flüchtlingsbereich als „Fürsprechende“ Instanz versteht. Sie bringt menschenrechtliche Aspekte in die gesetzlich verankerten Pflichten gegenüber Asylsuchenden ein und fördert die Entstehung von Qualitätsstandards in der Flüchtlingsarbeit.

Die Polizei sieht sich vor allem unter Aspekten der Gefahrenabwehr sowie der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in der Gesellschaft der Flüchtlingsarbeit verpflichtet. In Anbetracht der Bleibeperspektive der Schutzsuchenden wurde erkannt, dass es nachhaltiger Konzepte und Präventionsarbeit in diesem Bereich bedarf, um die Sicherheit der Bevölkerung auch künftig leisten zu können.

Es ergeben sich beispielsweise Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen der Präventionsarbeit, der Aus- und Fortbildungen, gemeinsame Projekte und dem Aufbau von lösungsorientierten Strukturen im Flüchtlingsbereich. Als besonders relevanter Bereich konnte der Abschiebungsprozess identifiziert werden, da die Polizei diesbezüglich Rollenkonflikte befürchtet und immer wieder menschenunwürdige Praktiken eingesetzt werden. Fachkräfte der Sozialen Arbeit könnten hier als Kontrollinstanz fungieren und eine Durchführung unter Wahrung der Menschenwürde gewährleisten.

Als besondere Synergieeffekte können einerseits die mögliche Vermittlungsfunktion der Polizei gegenüber anderen Behörden und ihre Wirkung auf die Gesellschaft. Andererseits liefert

die Soziale Arbeit neue Zugänge zur Zielgruppe, sei es durch Expertenwissen oder durch Empathievermögen und Perspektivwechsel. Somit könnten sich die Professionen bei ihren aktuellen Ausgestaltungsprozessen bereichern: die Soziale Arbeit bekäme Unterstützung bei der Behauptung ihrer Profession und dadurch mehr Sprachwirksamkeit. Es könnte ein Wandel von der „bescheidenen“ zur „selbstsicheren“ Profession stattfinden. Die Polizei würde unterstützt beim Abbau hierarchischer Strukturen und könnte sich durch präventive Angebote als wichtiger Partner etablieren und Wertschätzung erfahren. Somit würde schrittweise das Negativbild der Polizei als Gewaltmonopolist abgebaut.

Zwar kann anhand des Befundes im Rahmen der explorativ ausgerichteten Untersuchung darauf geschlossen werden, dass eine Zusammenarbeit von beiden Seiten befürwortet wird. Doch gilt dies, wie anhand bereits untersuchter Berührungspunkte gezeigt werden konnte, nur unter folgender Einschränkung: Prämisse für eine bereichernde Zusammenarbeit ist eine Begegnung auf Augenhöhe, Anerkennung des Expertentums der anderen Profession sowie eine Konzentration auf die jeweiligen Kernkompetenzen um eine „Kolonialisierung“ auszuschließen und einem „Machtkampf“ vorzubeugen.

Eine Frage, die durch diese Arbeit nicht abschließend geklärt werden konnte, ist wie die Zielgruppe zu den Professionen steht und deren Rollen in der Noterstaufnahmeeinrichtung einschätzen würde. Darüber hinaus würden sich tiefergehende Forschungen anbieten, die sich intensiver mit der Perspektive der Sozialen Arbeit beschäftigen. Als ein Nebeneffekt der Studie zeigte sich, dass es sich sowohl bei der Kommissariatsleiterin als auch der Flüchtlingskoordinatorin um weibliche Führungskräfte in der polizeilichen Flüchtlingsarbeit handelt. Ob Frauen durch deren Herangehensweisen und Haltungen innerhalb der Profession den Erfolg der Noterstaufnahmeeinrichtung zu verantworten haben, ist eine lohnenswerte Aufgabe für weitere Studien.

Insgesamt lässt sich aus der vorliegenden Arbeit der Schluss ziehen, dass im vorgestellten Forschungsbereich noch große Lücken vorhanden sind. Die dargestellten Ergebnisse zeigten aber durchaus eine künftige Relevanz weiterer Untersuchungen aus.

Insofern bleibt zu hoffen, dass sich in Zukunft durch eine Stärkung der Zusammenarbeit von Sozialer Arbeit und Polizei positive Auswirkungen auf die Gestaltung der Asylverfahren und damit verbundene Leistungen für Schutzsuchende in Deutschland ergeben. Wenn Nuscheler (1995) Recht behält und kein großer Einfluss auf die Ursachen der weltweiten Flucht- und Wanderungsbewegungen ausgeübt werden kann, so muss es zumindest in der Verantwortung der vorgestellten gesellschaftlichen Akteure liegen, vor Ort menschenwürdige Strukturen zum Schutze Verfolgter vorzuhalten.

## Literaturverzeichnis

**AEMR (1948):** Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948 / Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Unter: [http://www.unric.org/html/german/menschenrechte/UDHR\\_dt.pdf](http://www.unric.org/html/german/menschenrechte/UDHR_dt.pdf), abgerufen am 13.05.2016.

**AG MASF Brandenburg (2011a):** Anlage zum Positionspapier zu den Anforderungen an die sozial-, asyl- und aufenthaltsrechtliche Beratung und die soziale Betreuung von Flüchtlingen im Land Brandenburg der AG MASF Brandenburg vom 18.8.2011: Zu erfüllende Tätigkeitsfelder in der Flüchtlingssozialarbeit. Unter [http://www.fluechtlingsrat-mv.de/wp-content/uploads/Unterbringung/AG\\_MASF\\_Aufgabenfelder\\_der\\_Fluechtlingssozialarbeit.pdf](http://www.fluechtlingsrat-mv.de/wp-content/uploads/Unterbringung/AG_MASF_Aufgabenfelder_der_Fluechtlingssozialarbeit.pdf), abgerufen am 17.05.2016.

**AG MASF Brandenburg (2011b):** Positionspapier zu den Anforderungen an die sozial-, asyl- und aufenthaltsrechtliche Beratung und die soziale Betreuung von Flüchtlingen im Land Brandenburg. Unter <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2011/10/AG-MASF-Positionspapier-Beratung-und-Betreuung-v.-18.08.2011.pdf>, abgerufen am 17.05.2016.

**Asyl in der Kirche (2016):** Erstinformation. Unter <http://www.kirchenasyl.de/erstinformation/>, abgerufen am 21.06.2016.

**BAMF (2016a):** Politisch Verfolgte genießen Asyl. Asylrecht hat in Deutschland Verfassungsrang. Unter <http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylrecht/asylrecht-node.html>, abgerufen am 05.05.2016.

**BAMF (2016b):** Verteilung der Asylbewerber. Unter <http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylverfahren/Verteilung/verteilung-node.html>, abgerufen am 05.05.2016.

**Blumer, H. (1973):** Der methodologische Standort des Symbolischen Interaktionismus. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen und Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit 1 - Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 80-146.

**Borscheinen, S. (2015):** Integration beim „Türöffner-Tag“. Polizeipräsidium Essen lässt Kinder hinter die Kulissen blicken. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 20-21.

**Bosold, C. (2006):** Polizeiliche Übergriffe: Aspekte der Identität als Erklärungsfaktoren polizeilicher Übergriffsintentionen - eine handlungspsychologische Perspektive. Baden-Baden: Nomos.



**Böhnisch, L.; Lösch, H. (1973):** Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Otto, H.-U.; Schneider, S. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Bd. 2, Neuwied/Berlin: Luchterhand.

**Bundesregierung (2015):** Nationaler Sozialbericht im Kabinett. Viele Europa-2020-Ziele erfüllt Unter <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/04/2016-04-13-sozialbericht-2016.html>, abgerufen am 06.05.2016.

**Bundesregierung (2016a):** Fragen und Antworten: Flucht, Migration, Integration. Unter [https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Fluechtlings-Asylpolitik/4-FAQ/\\_node.html?id=GlossarEntry1659092](https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Fluechtlings-Asylpolitik/4-FAQ/_node.html?id=GlossarEntry1659092), abgerufen am 05.05.2016.

**Bundesregierung (2016b):** EU-Türkei-Abkommen. Erste Syrien-Flüchtlinge legal eingereist. Unter <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/04/2016-04-04-neu-eu-tuerkei.html>, abgerufen am 07.07.2016.

**Chatzigianni-Henrion, C. (2009):** Interkulturelle Ansätze müssen von oben gewollt und von unten getragen werden. In: Oetker-Funk, R.; Maurer, A. (Hrsg.): Interkulturelle psychologische Beratung. Entwicklung und Praxis eines migrantensensiblen Konzepts. S. 101-102.

**Coskuneren, Sevinc (2015):** Dein Freund und Flüchtlingshelfer Die NRW-Polizei unterstützt bei der Registrierung. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 9-10.

**DBSH (2014):** Global Definition of Social Work. Unter [https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/Global\\_Definition\\_of\\_Social\\_Work\\_Original.pdf](https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/Global_Definition_of_Social_Work_Original.pdf), angerufen am 12.05.2016.

**Dold, A. (2010):** Polizei und soziale Hilfe als soziale Systeme. Chancen und Grenzen der Koordination. In: Ebertz, M. N.; Nickolai, W.; Schwalb, H. (Hrsg.): MenschenArbeit. Freiburger Studien. Band 29, Konstanz: Hartung-Gorre.

**Dorsheimer, S. (2008):** Selbstbild und Außenwahrnehmung der Polizei - Sozialisation im Polizeivollzugsdienst. München/Ravensburg: Grin.

**DRK Landesverband Niedersachsen e.V. (2015):** [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

**Exil e.V. (2015):** Unerträgliche Situation in Bramsche-Hesepe: Asylsuchende schlafen in unbeheizten Zelten. Unter <http://exilverein.de/unertraegliche-situation-in-bramsche-hesepe-asylsuchende-schlafen-in-unbeheizten-zelten/>, abgerufen am 20.05.2016.

- Gillo, M. (2013):** Hinschauen lohnt sich „Heim-TÜV“ 2013 über das Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften. Unter [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=13948&dok\\_art=Drs&leg\\_per=5&pos\\_dok=201](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=13948&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=201), abgerufen am 17.05.2016.
- Götz, V. (1995):** Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht. 12. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Grande, J. (2015):** Flüchtlingsproblematik in Braunschweig. In: proPOLIZEI 111. Jg., H. 6, S. 5.
- Grimm, J.; Grimm, W. (1854-1961):** Fürsprechen. In: Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm. Bd. 16, Leipzig, Sp. 837. Online-Version unter <http://woerterbuchnetz.de/cgi-bin/WBNetz/genFOplus.tcl?sigle=DWB&lemid=GF12868>, abgerufen am 18.05.2016.
- Halstrup, C. (2016):** 11 statt 500: Balkanroute dicht, Erstaufnahme leer. Unter [http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck\\_emsland/fluechtlinge/500-Betten-11-Fluechtlinge-Nordhorn-hat-noch-Platz,erstaufnahme168.html](http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/fluechtlinge/500-Betten-11-Fluechtlinge-Nordhorn-hat-noch-Platz,erstaufnahme168.html), abgerufen am 07.05.2016.
- Heimannsberg, B. (2000):** Interkulturelle Beratung. Ein Leitfaden für Prozessbegleiter. In: Heimannsberg, B.; Schmidt-Jellek, C. J. (Hrsg.): Interkulturelle Beratung und Mediation. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Köln: EHP. S. 69-86.
- Heite, C. (2008):** Soziale Arbeit im Kampf um Anerkennung. Professionstheoretische Perspektiven. Weinheim/München: Juventa.
- Hoffmann, H. (2004):** Flüchtlingssozialarbeit: Strafbar? In: ASYLMAGAZIN , 15. Jg., H. 3, S. 5-9).
- Initiative Hochschullehrender zu Sozialer Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften (2016):** Positionspapier: Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften. Professionelle Standards und sozialpolitische Basis. Berlin: Alice Salomon Hochschule Berlin. Unter [http://www.fluechtlingssozialarbeit.de/Positionspapier\\_Soziale\\_Arbeit\\_mit\\_Gefl%C3%BChteten.pdf](http://www.fluechtlingssozialarbeit.de/Positionspapier_Soziale_Arbeit_mit_Gefl%C3%BChteten.pdf), abgerufen am 17.05.2016.
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2008):** Förderungen der sozialen Beratung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen. Bericht des Innenministeriums über die Tätigkeit der geförderten Beratungsstellen. Unter [http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user\\_upload/editors/import/aus/doks/berfluechtberat2008.pdf](http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/editors/import/aus/doks/berfluechtberat2008.pdf), abgerufen am 17.05.2016.
- Jäger, R. (2015):** Editorial: Die nordrhein-westfälische Polizei ist Teil einer überwältigenden Welle der Hilfsbereitschaft. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 2.
- Kalkmann, M. (2015):** Basisinformationen für die Beratungspraxis Nr. 1: Das

Asylverfahren in Deutschland. Unter [http://www.asyl.net/fileadmin/user\\_upload/redaktion/Dokumente/Publicationen/Basisinformationen/Basisinf1.pdf](http://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/redaktion/Dokumente/Publicationen/Basisinformationen/Basisinf1.pdf), abgerufen am 05.05.2016.

**Kaatz, J. (2015):** Flüchtlinge und Polizei im Grenzdurchgangslager Friedland. In: proPOLIZEI 111. Jg., H. 6, S. 6.

**Keller, G. (2015):** Polizei besänftigt Flüchtlinge. Vorfall in der Notunterkunft. Unter [http://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche\\_artikel,-Vorfall-in-der-Notunterkunft-\\_arid,1216766.html](http://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel,-Vorfall-in-der-Notunterkunft-_arid,1216766.html), abgerufen am 18.05.2016.

**Kleist, J. O. (2016a):** Das Netzwerk Flüchtlingsforschung. Unter <http://fluechtlingsforschung.net/uber-netzwerk-fluechtlingsforschung/>, abgerufen am 06.05.2016.

**Kleist, J. O. (2016b):** Wissenschaftliches Netzwerk „Grundlagen der Flüchtlingsforschung. Unter <http://fluechtlingsforschung.net/grundlagen/>, abgerufen am 06.05.2016.

**Kromrey, H. (2000):** Empirische Sozialforschung. 9. Aufl., Opladen: Leske und Budrich.

**Kuckartz, U. (2007):** Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 2. Aufl., Wiesbaden: VS.

**Kugelman, D. (2012):** Polizei- und Ordnungsrecht. 2. Aufl., Berlin/Heidelberg: Springer.

**Kunze, N. (2009):** Sprache und Sprachlosigkeit in der interkulturellen psychotherapeutischen Beratungsarbeit. In: Oetker-Funk, R.; Maurer, A. (Hrsg.): Interkulturelle psychologische Beratung. Entwicklung und Praxis eines migrantensensiblen Konzeptes. Norderstedt: Books on Demand. S. 67-72.

**Lamnek, S. (2010):** Qualitative Sozialforschung. 5. Aufl., Weinheim/Basel: Beltz.

**Land Niedersachsen (2016a):** Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Unter [http://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/koodinierung\\_fluechtlingsversorgung/fluechtlinge\\_niedersachsen/erstaufnahmeeinrichtungen/leistungen-nach-dem-asylbewerberleistungsgesetz-139033.html](http://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/koodinierung_fluechtlingsversorgung/fluechtlinge_niedersachsen/erstaufnahmeeinrichtungen/leistungen-nach-dem-asylbewerberleistungsgesetz-139033.html), abgerufen am 06.05.2016.

**Land Niedersachsen (2016b):** Belegungszahlen. Unter [http://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/koodinierung\\_fluechtlingsversorgung/fluechtlinge\\_niedersachsen/erstaufnahmeeinrichtungen/belegungsstand-139645.html](http://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/koodinierung_fluechtlingsversorgung/fluechtlinge_niedersachsen/erstaufnahmeeinrichtungen/belegungsstand-139645.html), abgerufen am 07.07.2016.

**Land Niedersachsen (2016c):** Entwicklung der Zugangszahlen. Unter [http://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/koodinierung\\_fluechtlingsversorgung/fluechtlinge\\_niedersachsen/grundsatzliches/entwicklung-der-zugangszahlen-139059.html](http://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/koodinierung_fluechtlingsversorgung/fluechtlinge_niedersachsen/grundsatzliches/entwicklung-der-zugangszahlen-139059.html), abgerufen am 07.07.2016.

**Land Niedersachsen (2016d):** Sicherheitslage in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Unter [http://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/koodinierung\\_fluechtlingsversorgung/fluechtlinge\\_niedersachsen/probleme\\_im\\_zusammenleben/probleme\\_im\\_zusammenleben/sicherheitslage-in-den-erstaufnahmeeinrichtungen-138234.html](http://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/koodinierung_fluechtlingsversorgung/fluechtlinge_niedersachsen/probleme_im_zusammenleben/probleme_im_zusammenleben/sicherheitslage-in-den-erstaufnahmeeinrichtungen-138234.html), abgerufen am 07.05.2016.

**Land Niedersachsen (2016e):** Die Aufgaben der LAB NI. Unter [http://www.lab.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=25236&article\\_id=86606&psmand=193](http://www.lab.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=25236&article_id=86606&psmand=193), abgerufen am 07.05.2016.

**Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (2016):** Genau mein Fall! Hast du's drauf? Unter <http://www.genau-mein-fall.de/>, abgerufen am 10.05.2016.

**Lillig, M. (2004):** Polizisten und Asylbewerber in Duisburg. In: Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen (Hrsg.): Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, 2/2004. Unter: [http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/11760/ssoar-2004-lillig-polizisten\\_und\\_asylbewerber\\_in\\_duisburg.pdf?sequence=1](http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/11760/ssoar-2004-lillig-polizisten_und_asylbewerber_in_duisburg.pdf?sequence=1), abgerufen am 10.05.2016.

**Mayring, P. (2010):** Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. Aufl., Weinheim: Beltz.

**Mayring, P. (2016):** Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken. 6. Aufl., Weinheim/Basel: Beltz.

**Mawby, R. (1990):** Comparative Policing Issues. The British and American System in International Perspective. London/Boston: Unwin Hyman.

**Motzke, K. (2014):** Soziale Arbeit als Profession. Zur Karriere „sozialer Hilfstätigkeit“ aus professionssoziologischer Perspektive. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

**Möller, K. (2010a):** Polizei und Soziale Arbeit - von Konfrontation und Substitution zu Dialog und Kooperation? In: Möller, K. (Hrsg.): Dasselbe in Grün? Aktuelle Perspektiven auf das Verhältnis von Polizei und Sozialer Arbeit. Weinheim/München: Juventa. S. 9-12.

**Möller, K. (2010b):** Soziale Arbeit und Polizei. Sozialarbeitswissenschaftlich-pädagogische Eckpunkte einer Zweckbeziehung. In: Möller, K. (Hrsg.): Dasselbe in Grün? Aktuelle Perspektiven auf das Verhältnis von Polizei und Sozialer Arbeit. Weinheim/München: Juventa. S. 14-27.

**Nagel, U. (1997):** Engagierte Rollendistanz. Professionalität in biographischer Perspektive. Opladen: Leske und Budrich.

**NDR (2015):** Überbelegung fördert Konflikte unter Flüchtlingen. Unter [http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig\\_harz\\_goettingen/Ueberbelegung-foerdert-Konflikte-unter-Fluechtlingen,massenschlaegerei120.html](http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Ueberbelegung-foerdert-Konflikte-unter-Fluechtlingen,massenschlaegerei120.html), abgerufen am 20.05.2016.

**Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (2016):** Beantwortung der mündl. Anfrage der FDP zur Kapazität von Erstaufnahmeeinrichtungen. In: Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 15. April 2016; Fragestunde Nr. 43. Unter [http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=14797&article\\_id=142552&\\_psmand=33](http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14797&article_id=142552&_psmand=33), abgerufen am 07.07.2016.

**Nuscheler, F. (1995):** Internationale Migration. Flucht und Asyl. Opladen: Leske und Budrich.

**Ohlemacher, T. (2003):** Folgen einer fahrlässigen Etikettierung? Wahrgenommene Fremdwahrnehmung und Selbstbild der Polizei. In: Menzel, B.; Ratzke, K. (Hrsg.): Grenzlose Konstruktivität? Standortbestimmung und Zukunftsperspektiven konstruktivistischer Theorien abweichenden Verhaltens. Opladen: Leske und Budrich. S. 125-140.

**o.V. (2015):** Organisation von Erstaufnahmeeinrichtungen. Unter [http://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Zuwanderung/Erstaufnahme/Downloads/organisationEAE.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Zuwanderung/Erstaufnahme/Downloads/organisationEAE.pdf?__blob=publicationFile&v=1), abgerufen am 05.05.2016.

**Petrović, S. (2015):** Pensionäre im Einsatz. Diese Erfahrungen bereichern meinen Alltag. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 16-18.

**PGASYL (2011):** Modellprojekt für eine neue Erstaufnahmeeinrichtung in Bayern. Unter <http://www.pgasy.de/cms/images/stories/PGAsyl/PGAsyl-Modellprojekt-EAE-Bayern.pdf>, abgerufen am 05.05.2016.

**Pieroth, B.; Poscher, R.; Kingreen, T.; Kniesel, M.; Schlink, B. (2014):** Polizei- und Ordnungsrecht. 8. Aufl., München: Beck.

**Pirmoradi, S. (2012):** Interkulturelle Familientherapie und -beratung. Eine systemische Perspektive. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

**Polizeiakademie Niedersachsen (2010):** Anforderungen. Unter <http://www.polizei-studium.de/anforderungen,3.html>, abgerufen am 10.05.2016.

**Pröiß, C.-U. (2011):** Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsarbeit in der Stadt Köln. In: Ottersbach, M.; Pröiß, C.-U. (Hrsg.): Flüchtlingsschutz als globale und lokale Herausforderung. Wiesbaden: VS. S. 169-191.

**Rassmann, R. (1999):** Sozialarbeit in Refugio - Versuch einer Positionsbestimmung: „Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen“ oder „Du hast keine Chance,

aber nutze sie“. In: Refugio München (Hrsg.): Verfolgung, Flucht - und dann? Hilfe für gefolterte und traumatisierte Flüchtlinge. Frankfurt am Main: IKO - Verlag für interkulturelle Kommunikation. S. 67-78.

**Radio Bremen (2015):** [REDACTED]

**Redaktion Streife (2015a):** Polizei NRW unterstützt mit vereinten Kräften. Viele Hilfsangebote für Schutzsuchende. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 5-8.

**Redaktion Streife (2015b):** Polizeisportvereine in der Flüchtlingshilfe aktiv Sportfest für Kinder und Jugendliche in Dortmund. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 11.

**Redaktion Streife (2015c):** Verkehrspuppenbühne der Polizei NRW mit neuem Konzept: „Herzlich willkommen bei uns im Straßenverkehr!“. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 14-15.

**Redaktion Streife (2015d):** Mehr Sicherheit im Straßenverkehr: Radfahr-Trainings für Flüchtlinge. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 12-13.

**Regierung von Niederbayern (2014):** Hintergrund: Wie funktioniert die Erstaufnahmeeinrichtung in Deggendorf? Unter [http://www.regierung.niederbayern.bayern.de/media/service/presse/2014/pm14460\\_1.pdf](http://www.regierung.niederbayern.bayern.de/media/service/presse/2014/pm14460_1.pdf), abgerufen am 05.05.2016.

**Reuters, B. (2015):** EU eröffnet Strafverfahren gegen Deutschland. Unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-09/asyl-verfahren-eu-kommission>, abgerufen am 05.05.2016.

**Schirilla, N. (2016):** Migration und Flucht. Orientierungswissen für die Soziale Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer.

**Schlemmer-Kaune, S. (2015):** „Kompetenzen erkennen – Gut ankommen in Niedersachsen“. Unter <http://www.mw.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/kompetenzen-erkennen--gut-ankommen-in-niedersachsen-133122.html>, abgerufen am 06.05.2016.

**Schmitt-Zimmermann (2000):** Sozialarbeit und Polizei. Sozialarbeit im Polizeirevier als neues Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit. Neuwied/Kriftel: Luchterhand.

**Schönwald, W. (2015):** Asylsuchende: Einsatzkräfte im Dauerstress. In: Deutsche Polizei 64. Jg., H. 10, S. 4-11.

**Schröder, D. (2015a):** Hann. Münden: Flüchtlinge und Polizei unter einem Dach. In: proPOLIZEI 111. Jg., H. 6, S. 7-8.

**Schröder, A. (2015b):** LAB NI-Unterkünfte. Zwischen Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und humanitärer Hilfe. In: proPOLIZEI 111. Jg., H. 6, S. 12.

**Seithe, M. (2012):** Schwarzbuch Soziale Arbeit. 2. Aufl., Wiesbaden: VS.

**Staub-Bernasconi, Silvia (2005):** Soziale Arbeit und Soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung. In: Thole, W. (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 2. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 245-258.

**Staub-Bernasconi, S. (2007a):** Soziale Arbeit: Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft. In: Lob-Hüdepohl, A.; Lesch, W. (Hrsg.): Ethik Sozialer Arbeit - Ein Handbuch: Einführung in die Ethik der Sozialen Arbeit. Stuttgart: UTB/Schöningh. S. 20-54.

**Staub-Bernasconi, S. (2007b):** Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit. Unter [http://www.avenirsocial.ch/cm\\_data/vom\\_doppel-\\_zum\\_tripelmandat.pdf](http://www.avenirsocial.ch/cm_data/vom_doppel-_zum_tripelmandat.pdf), abgerufen am 13.05.2016.

**Steinkopff, B. (1999):** Berücksichtigung kultureller Aspekte bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge. In: Refugio München (Hrsg.): Verfolgung, Flucht - und dann? Hilfe für gefolterte und traumatisierte Flüchtlinge. Frankfurt am Main: IKO - Verlag für interkulturelle Kommunikation. S. 5-22.

**Sterzenbach, G. (2013):** Interkulturelles Handeln zwischen Polizei und Fremden. Münster: Waxmann.

**Schütze, F. (1992):** Sozialarbeit als „bescheidene“ Profession. In: Dewe, B.; Ferchhoff, W.; Radtke, F. (Hrsg.): Erziehen als Profession: zur Logik professionellen Handelns in pädagogischen Feldern. Opladen: Leske und Budrich. S. 132-275.

**Schütze, F. (1996):** Organisationszwänge und hoheitsstaatliche Rahmenbedingungen im Sozialwesen: Ihre Auswirkung auf die Paradoxien des professionellen Handelns. In: Combe, A.; Helsper, W. (Hrsg.): Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns in pädagogischen Feldern. Frankfurt a. Main: Suhrkamp. S. 183-275.

**Strübing, J. (2013):** Qualitative Sozialforschung. Eine komprimierte Einführung für Studierende. München: Oldenbourg.

**Telöken, S. (2011):** Politische Aspekte: Entwicklung und Stand des internationalen Flüchtlingsschutzes. In: In: Ottersbach, M.; Prölß, C.-U. (Hrsg.): Flüchtlingsschutz als globale und lokale Herausforderung. S. 51-59.

**Thurm, F. (2016):** Thomas de Maizière. Weniger Flüchtlinge, mehr Asylanträge. Unter <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-04/de-maizi-re-weniger-fluechtlinge-mehr-asylantraege>, abgerufen am 07.05.2016.

**Tiedemann, P. (2015):** Flüchtlingsrecht. Die materiellen und verfahrensrechtlichen Grundlagen. Heidelberg: Springer.

**Von Schlippe, A.; El Hachimi, M. (2000):** Konzepte interkultureller Therapie und Beratung. Ein Beitrag zur interkulturellen Kompetenz. In: Heimannsberg, B.; Schmidt-Jellek, C. J. (Hrsg.): Interkulturelle Beratung und Mediation. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Köln: EHP. S. 87-114.

**Von Schlippe A.; El Hachimi, M.; Jürgens, G. (2004):** Multikulturelle systemische Praxis. Ein Reiseführer für Beratung, Therapie und Supervision. 2. Aufl., Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.

**Weber, M. (1976):** Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. Aufl., Studienausgabe, besorgt von Johannes Winckelmann. Tübingen: Mohr.

**Wendel, K. (2014):** Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich. Frankfurt am Main: Förderverein PRO ASYL e.V..

**Wroblewski, S. (2015a):** Unterstützung für weibliche Flüchtlinge in Borchten. Polizeibeamtin informiert zu Gewaltschutzgesetz und Hilfsangeboten. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 19.

**Wroblewski, S. (2015b):** Aktion „Gemeinsam mit uns“ der Polizei Dortmund Fußball spielen – Vertrauen gewinnen. In: Streife 55. Jg., H. 5, S. 22.

**Ziegler, H.; Schrödter, M.; Oelkers, N. (2010):** Capabilities und Grundgüter als Fundament einer sozialpädagogischen Gerechtigkeitsperspektive. In: Thole, W. (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 3. Aufl., Wiesbaden: VS. S. 297-310.



## **Ehrenwörtliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit,

- dass ich die vorliegende Studienarbeit selbstständig angefertigt,
- keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt,
- die wörtlich oder dem Inhalt nach aus fremden Arbeiten entnommenen Stellen, bildlichen Darstellungen und dergleichen als solche genau kenntlich gemacht und
- keine unerlaubte fremde Hilfe in Anspruch genommen habe.

Köln, den 31.05.2016

---

Stefanie Pipiale

**Abkürzungsverzeichnis**

AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
Aufenth	Aufenthaltsgesetz
AsylG	Asylgesetz
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BÜMA	Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender
DBSH	Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.
EAE	Erstaufnahmeeinrichtung
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
GdP	Gewerkschaft der Polizei
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
GG	Grundgesetz
IASSW	International Association of Schools of Social Work
IFSW	International Federation of Social Workers
RL	Richtlinie

## **Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1: Belastungen in verschiedenen Lebensphasen von Flüchtlingen.....	14
---	----

**Tabellenverzeichnis**

Tab. 1: Nutzbare Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Niedersachsen (Stand: 15.04.2016): .....	10
Tab. 2: Belegungszahlen der Aufnahmeeinrichtungen des Landes Niedersachsen: .....	11
Tab. 3: Herkunftsländer der Asylsuchenden im Land Niedersachsen 2015: .....	13
Tab. 4: Unterschiede zwischen Sozialer Arbeit und Polizei: .....	33
Tab. 5: Kategoriensystem der Gedächtnisprotokolle (EaA, EaB, EaCD, EaE): .....	48

## Anhang

*Aus Gründen der Anonymisierung ist in dieser Version der Arbeit der Anhang nicht einsehbar. Bei bestehendem Interesse können Sie sich gerne mit der Verfasserin in Verbindung setzen unter: [s.pipiale@gmx.de](mailto:s.pipiale@gmx.de).*

Anhang 1	Übersicht der Gedächtnisprotokolle
Anhang 2	Gesprächsprotokoll EaCD
Anhang 3	Gesprächsprotokoll EaE
Anhang 4	Gesprächsprotokoll EaA
Anhang 5	Gesprächsprotokoll EaB
Anhang 6	Kodierleitfaden